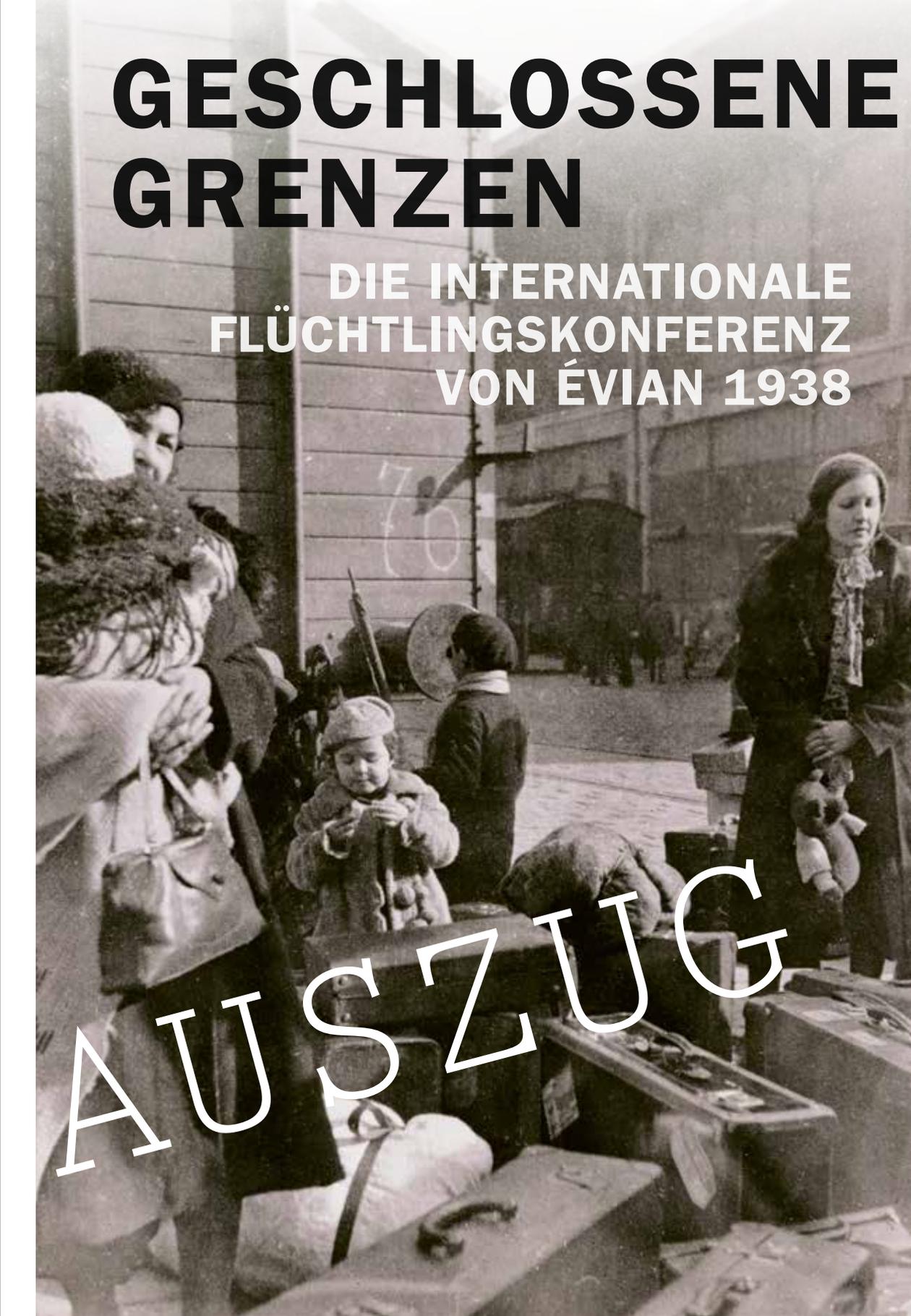


GESCHLOSSENE GRENZEN

DIE INTERNATIONALE
FLÜCHTLINGSKONFERENZ
VON ÉVIAN 1938

AUSZUG





**Geschlossene Grenzen
Die Internationale Flüchtlingskonferenz
von Évian 1938**

Herausgegeben von

Frédéric Bonnesoeur

Christine Kausch

Thomas Lindner

Winfried Meyer

Julia Pietsch

Juli 2018

Titelbild:

Jüdische Flüchtlinge warten auf Ausreisegenehmigungen,
um an Bord eines Dampfers nach Palästina gehen zu können, um 1935
© American Jewish Joint Distribution Committee Archives, New York, NY

Umschlag Innenseiten:

Der britische Delegierte Lord Winterton
während einer Ansprache auf der Konferenz von Évian
© Getty Images

Umschlag Rückseite:

Werbeplakat für Évian-les-Bains, Lucien Peri, ca. 1930
Zentrum für Antisemitismusforschung/TU Berlin – Repro: Jean-Charles Giroud

Inhalt

Vorwort.....	5
CHRONOLOGIE	8
VORGESCHICHTE, VERLAUF, ERGEBNISSE UND FOLGEN DER KONFERENZ	
Flüchtlingskrise 1938	
Ausgrenzung, Entrechtung, Enteignung.....	18
Deutschland verlassen – aber wohin?.....	26
Flucht und Vertreibung der Juden aus Österreich.....	32
Präsident Roosevelts Ausweg.....	40
Vorbereitungen und Erwartungen.....	48
Tagungsort Évian-les-Bains	
Flüchtlingspolitik im mondänen Badeort.....	56
Die Konferenz: Akteure und Themen	
Unter der Regie der „Großen Drei“.....	66
Im Einsatz für Flüchtlinge.....	74
Suche nach einer Heimat.....	82
Im Visier von SD und Gestapo.....	90
Presse, Prominente und politische Beobachter.....	98
Ergebnisse und Folgen der Konferenz	
Zwischenstaatliches Komitee für Flüchtlinge.....	106
Reaktionen von Hoffnung bis Häme.....	114
Verschärfung des Auswanderungsdrucks.....	122
Reaktionen auf den Novemberterror.....	130
Export von Menschen und Waren.....	138
Flüchtlingsschicksale nach Évian	
Kibbuz in der Karibik-Diktatur.....	146
Flüchtlingsdrama auf dem Atlantik.....	154
Aus dem Schweizer Exil ins deutsche KZ.....	162
Rabbi Schneersohns Rettung.....	170

* Zu diesen Delegierten konnten bisher keine biografischen Informationen recherchiert werden.

DIE KONFERENZ VON ÉVIAN UND DIE WELT VON 1938.....	178
Vereinigte Staaten von Amerika.....	182
Myron Charles Taylor 186 James G. McDonald 188 Robert Thompson Pell 190 George Louis Brandt 192 George Lewis Warren 194 Heyward Gibbes Hill 195	
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	196
Edward Turnour, 6th Earl Winterton 201 Michael Palairet 202 John Evelyn Shuckburgh 203 J. G. Hibbert* E. N. Cooper* Roger Mellor Makins 204 Victor Alexander Cazalet 205 T. B. Williamson*	
Frankreich.....	206
Henry Bérenger 212 Georges Coulon 214 Pierre Bressy 216 François Seydoux de Clausonne 218 Louis Baron Brincard 219 Yves Fourcade 220 Pierre Combes 221	
Belgien.....	222
Robert de Foy 227 Joseph-Marie Schneider 229	
Niederlande.....	230
Willem Cornelis Beucker Andreae 235 Robert Antony Verwey 236 Johannes P. Hooykaas 237	
Dänemark.....	238
Niels Carl Gustav Magnus Rasmussen 242 Troels Hoff 243	
Schweden.....	244
Gösta Engzell 248 Carl Albert Magnus Hallenborg 249 E. G. Drougge*	
Norwegen.....	250
Michael Hansson 253 Carl Nicolai Stoud Platou 254 Leif Ragnvald Konstad 255 Finn Moe 256	
Schweiz.....	258
Heinrich Rothmund 264 Henri Werner 266	
Irland.....	268
Francis Thomas Cremins 272 John Edwin Duff 273 William Maguire*	
Australien.....	274
Thomas W. White 278 Alfred Thorpe Stirling 279 A. W. Stuart-Smith*	
Neuseeland.....	280
Cyril Blake Burdekin 285	
Kanada.....	286
Humphrey Hume Wrong 291 W. R. Little*	
Mexiko.....	292
Primo Villa Michel 296 Manuel Tello Baurraud 297	
Dominikanische Republik.....	298
Virgilio Trujillo Molina 302 Salvador E. Paradas*	
Haiti.....	304
Léon Robert Thébaud 309	
Kuba.....	310
Juan Antigua y Escobar 315	
Zentralamerika.....	316
Costa Rica.....	320
Luis Dobles Segreda 323	
Guatemala.....	324
José Gregorio Díaz Luarda 327	
Nicaragua.....	328
Constantino Herdocia y Terán 331	
Panama.....	332
Ernesto Hoffmann 334	
Honduras.....	336
Mauricio Claudio Rosal Bron 338	
Ecuador.....	340
Alejandro Gastelú Concha 344	
Kolumbien.....	346
Jesús María Yepes Herrera 350 Luis Cano Villegas 351 Abelardo Forero-Benavides*	
Venezuela.....	352
Carlos Aristimuno Coll 355	
Chile.....	356
Fernando Garcia Oldini 361	
Peru.....	362
Francisco García Calderón Rey 366	
Bolivien.....	368
Adolfo Costa du Rels 372 Simón Iturri Patiño 373	
Brasilien.....	374
Hélio Lobo 378 Jorge Olinto de Oliveira 379	
Paraguay.....	380
Gustavo Adolfo Wiengreen-Leuenroth 383	
Argentinien.....	384
Tomás A. Le Breton 390 Carlos A. Pardo Bidart 391	
Uruguay.....	392
Alfredo Carbonell Debali 397	
Dank und Impressum.....	398

Vorwort

Dazusitzen, in diesem wunderbaren Saal, zuzuhören, wie die Vertreter von 32 Staaten nacheinander aufstanden und erklärten, wie furchtbar gern sie eine größere Zahl Flüchtlinge aufnehmen würden und wie schrecklich leid es ihnen tue, dass sie das leider nicht tun könnten, war eine erschütternde Erfahrung. [...] Ich hatte Lust, aufzustehen und sie alle anzuschreien: Wisst Ihr denn nicht, dass diese verdammten ‚Zahlen‘ menschliche Wesen sind?

Konferenzbeobachterin Golda Meïr, 1975

Vom 6. bis zum 15. Juli 1938 tagten in Évian-les-Bains, am französischen Ufer des Genfer Sees, die Vertreter von 32 Staaten, um Lösungen für die „Flüchtlingskrise“ ihrer Zeit zu finden. Diese war vom deutschen NS-Regime ausgelöst worden, das bis Ende 1937 bereits fast ein Drittel der 1933 in Deutschland lebenden Juden aus dem Land getrieben und nach der Annexion Österreichs im März 1938 durch eine radikalisierte antijüdische Politik eine Massenflucht österreichischer Juden ausgelöst hatte.

Als Reaktion auf diesen Massenexodus, aber unter Berücksichtigung der tiefen Spaltung in der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft in der Frage der Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge, hatte die US-Regierung Franklin Delano Roosevelts zehn Tage nach der Annexion Österreichs zu der internationalen Konferenz eingeladen. Den kontaktierten Staaten war versichert worden, die Teilnahme an der Konferenz verpflichtete sie weder zu finanziellen Hilfen noch zur Aufnahme von Flüchtlingen über ihre jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus. Auf der Konferenz bekundeten dann alle Delegationen zwar ihre Anteilnahme am Schicksal der Menschen, lehnten aber auch mit unterschiedlichen Begründungen die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge ab, nachdem sie teilweise ihre Einreisebestimmungen noch vor oder sogar während der Konferenz verschärft hatten.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin nehmen den 80. Jahrestag der Konferenz von Évian zum Anlass, mit einer Ausstellung an deren Vorgeschichte, Verlauf, Ergebnisse und Folgen zu erinnern.

Vor allem aber wurde diese Ausstellung durch aktuelle Vorgänge angeregt, die auch die Wahrnehmung und Bewertung der historischen Vorgänge beeinflussen. Ende März 2016 zum Beispiel endete eine von den Vereinten Nationen anberaumte internationale Flüchtlingskonferenz mit dem Ergebnis, dass, entgegen der

Hoffnungen des UNO-Generalsekretärs Ban Ki Moon, in der „größten Flüchtlings- und Vertreibungskrise unserer Zeit“ Aufnahmeländer für 302.000 syrische Flüchtlinge zu finden, von den rund 90 vertretenen Staaten lediglich die Verteilung von 7.000 weiteren Flüchtlingen zugesagt wurde. Dabei ähnelten die Begründungen der Staaten für ihre mangelnde Aufnahmebereitschaft verblüffend den 1938 in Évian vorgetragenen Stellungnahmen. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt und die Flüchtlinge und Fluchtursachen von heute andere sind als die von 1938, kann es hilfreich sein, mit der Konferenz von Évian ein historisches Exempel für den Umgang der Staatengemeinschaft mit Flucht und Migration genauer in den Blick zu nehmen.

1938 erreichte die „Appeasement“-Politik gegenüber dem NS-Regime ihren Höhepunkt, während in Spanien der Bürgerkrieg in seine entscheidende Phase trat und in Europa die „Sudeten-Krise“ auszubrechen drohte. Diesen zeitgeschichtlichen Kontext illustrieren in der Ausstellung Kalenderblätter für die zehn Tage der Konferenz, auf denen jeweils die Ereignisse in Évian-les-Bains mit einem Ereignis aus Politik, Kultur oder Gesellschaft konfrontiert werden.

Eine Konferenz mit zahlreichen Wortbeiträgen auf der Grundlage umfangreicher schriftlicher Stellungnahmen sperrt sich eigentlich der vor allem visuellen Darstellung im Medium der Ausstellung. Deswegen werden Verfolgung und Vertreibung der Juden aus Deutschland und Österreich sowie die amerikanische Initiative zur Konferenz als Vorgeschichte, die wichtigsten Akteure und Themen der Konferenz, deren Ergebnisse und Folgen, und schließlich einzelne Flüchtlingsschicksale nach der Konferenz mit Fotos und Faksimiles auf insgesamt 20 Ausstellungstafeln dokumentiert. Die Teilnehmerstaaten, ihre jeweilige Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik 1938, ihre Stellungnahmen auf der Konferenz sowie ihre Delegationen werden dagegen in Mappen auf einem nachempfundenen Konferenztisch dargestellt. Alle Ausstellungsinhalte finden sich im vorliegenden Katalog.

Besonders hinsichtlich der jeweiligen Flüchtlingspolitik der Staaten und der Biografien ihrer Vertreter in Évian – insgesamt konnten für 63 der 72 Delegationsmitglieder kurze Lebensläufe erstellt werden – mussten in der knappen für die Vorbereitung der Ausstellung zur Verfügung stehenden Zeit umfangreiche Forschungsarbeiten geleistet werden, da es kaum entsprechende Vorarbeiten gab. Es ist zu wünschen, dass die Ausstellung zur Fortsetzung dieser Forschungen anregt.

Winfried Meyer
Juli 2018

Mercredi
Juillet **6** Évian-les-Bains
France



Henry Bérenger, als Leiter der französischen Delegation Vertreter des Gastgeberlandes, bei seiner Ansprache zur Eröffnung der Konferenz. Stellungnahmen der Delegierten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Norwegens

Jeudi
Juillet **7** Évian-les-Bains
France



Die Franzosen Henry Bérenger (vorne li.) und Jean-Louis Paul-Boncour (re. außen) sowie die Amerikaner (sitzend v. li.) Robert T. Pell, George L. Brandt, James G. McDonald und George L. Warren. Wahl von Myron C. Taylor zum Präsidenten der Konferenz und Stellungnahmen Brasiliens, Belgiens, Australiens, Kanadas, Argentinien und der Niederlande

Wednesday
July **6** Riverhead
Long Island, USA



Der „Führer“ (Fritz Kuhn, 2. v. li.) und Funktionäre des nationalsozialistischen *Deutsch-Amerikanischen Bundes* vor dem Bezirksgericht. Mit dem Sommerlager „Camp Siegfried“ verstößt der Bund gegen eine Bestimmung des Staates New York, nach der „geheime Organisationen“ den Behörden ihre Mitglieder melden müssen.

Thursday
July **7** London
Great Britain



Aufhängung von Max Beckmanns Triptychon „Versuchung“ Als Protest gegen die NS-Ausstellung „Entartete Kunst“ von 1937 eröffnen die New Burlington Galleries die Ausstellung „20th Century German Art“ mit 270 Werken moderner deutscher Künstler.

Dimanche 10 Évian-les-Bains
Juillet France



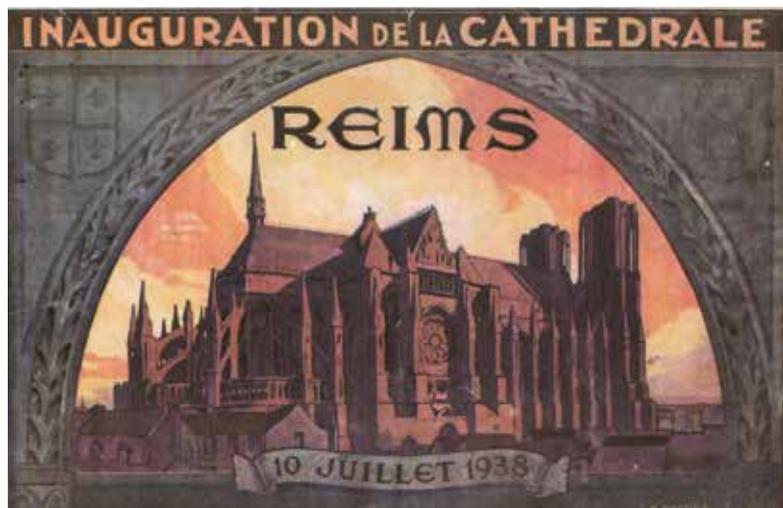
Ansichtskarte von Évian-les-Bains am Ufer
des Genfer Sees, um 1910
— Ruhetag der Konferenz —

Lundi 11 Évian-les-Bains
Juillet France



Die Delegierten von Costa Rica (Luis Dobles Segreda), Nicaragua (Constantino Herdocia y Terán), Guatemala (José G. Díaz Luarda) und Honduras (Mauricio C. Rosal Bron) Bericht des Technischen Unterkomitees und Stellungnahmen der Delegierten Schwedens, Mittelamerikas (Nicaragua, Costa Rica, Honduras und Panama), Paraguays, Irlands, der Schweiz und Haitis

Dimanche 10 Reims
Juillet France



Programmheft für die Einweihung der Kathedrale Die gotische Kathedrale Notre-Dame ist im Ersten Weltkrieg durch deutschen Artilleriebeschuss schwer beschädigt worden. Nach fast zwanzigjährigen Restaurierungsarbeiten wird sie in Anwesenheit zahlreicher Prominenter aus Klerus und Politik wieder eingeweiht.

Montag 11 Berlin
Juli Deutsches Reich



Ansichtskarte mit judenfeindlichem Schild im Nordseebad Dangast, um 1935 Ein Erlass des Reichsinnenministers verbietet Juden das Betreten von Kurorten. Schon im Kaiserreich hatten sich viele Seebäder von sich aus für „judenfrei“ erklärt. In Dangast setzt sich dieser „Bäder-Antisemitismus“ erst nach 1933 durch.

Mardi
Juillet **12** Évian-les-Bains
France



Teilnehmer der Konferenz auf der Terrasse des Hotel Royal Nichtöffentliches Treffen der Delegierten der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit den Leitern weiterer Delegationen zur Vorbereitung der Schlussresolution

Mercredi
Juillet **13** Évian-les-Bains
France



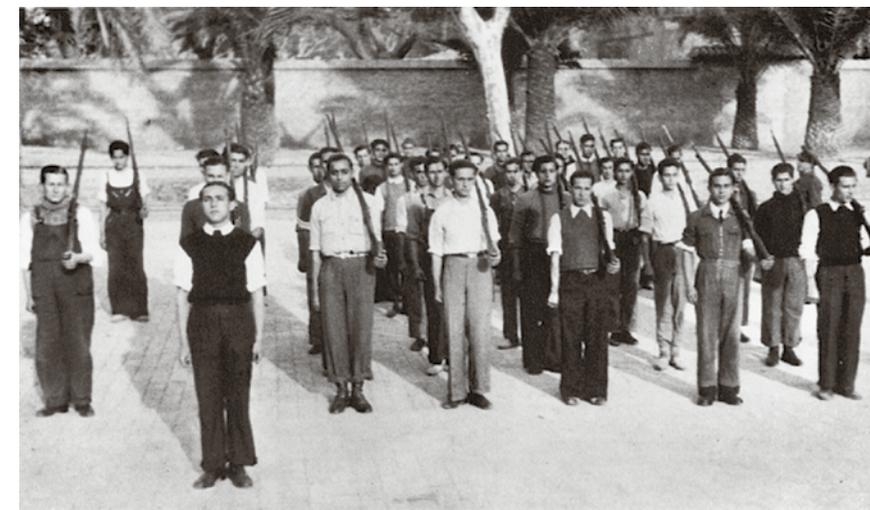
Französische Polizisten vor dem Hotel Royal
Nichtöffentliche Sitzung des Technischen Unterkomitees

вторник
июль **12** Владивосток
СССР



Angreifende Soldaten der Roten Armee am Chassansee, Juli 1938 Sowjetische Truppen überschreiten südwestlich von Wladiwostok die Grenze zum japanischen Marionettenstaat Mandschukuo. Eine japanische Gegenoffensive scheidet Anfang August 1938 in der für beide Seiten verlustreichen Schlacht am Chassansee.

Miércoles
Julio **13** Sagunto
España



Militärische Ausbildung von Arbeitern in Valencia, Juli 1938 Die nationalspanischen Truppen eröffnen eine Großoffensive auf Sagunto mit dem Ziel der Eroberung Valencias. Eine Gegenoffensive der Republikaner am Ebro scheidet gegen die von der deutschen „Legion Condor“ aus der Luft unterstützten Franco-Truppen.

Flüchtlingskrise 1938

Ausgrenzung, Entrechtung, Enteignung

Die rassenideologisch begründete Judenfeindschaft steht im Zentrum der Programmatik der 1920 gegründeten *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*. Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wird ihr die Macht im Deutschen Reich übertragen.

Parallel zur Sicherung ihrer Macht durch Terror beginnen die neuen Machthaber, mit Aktionen ihrer Parteiorganisationen, gesetzlichen Regelungen und staatlichen Maßnahmen die ca. 500.000 in Deutschland lebenden Juden gesellschaftlich auszugrenzen, politisch zu entrechteten und wirtschaftlich ihrer Existenzgrundlagen zu berauben. Ziel der NS-Politik ist die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Das Leben dort soll ihnen so unerträglich gemacht werden, dass sie sich zur Auswanderung entschließen.

Im Juni 1938 verschärft das NS-Regime seine antijüdischen Maßnahmen: In Berlin werden Geschäfte beschmiert und geplündert. Mehr als 2.000 Juden werden in einer reichsweiten Aktion der Kriminalpolizei gegen „Asoziale“ festgenommen und in Konzentrationslager eingeliefert.

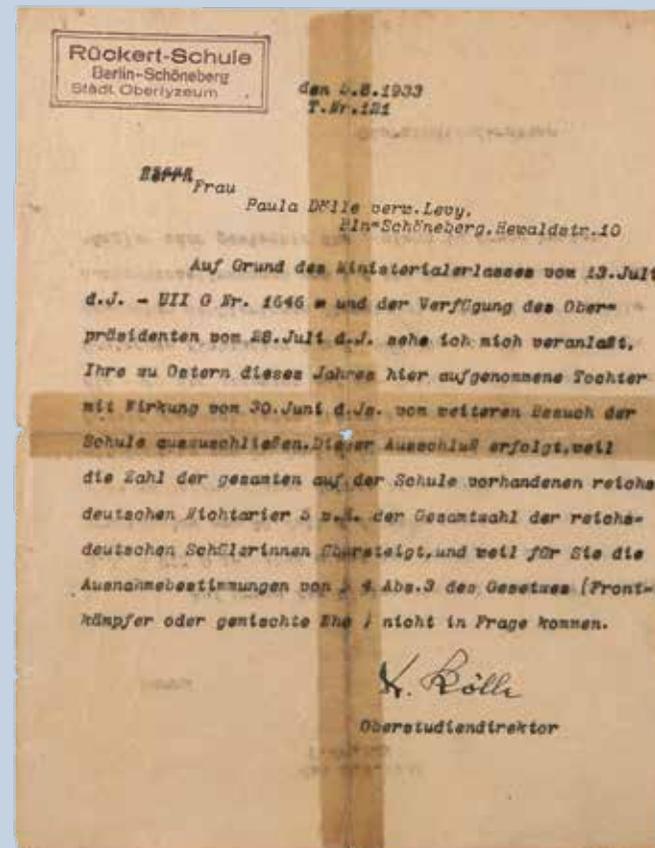
Jüdische Anwälte warten vor der Berliner Anwaltskammer auf ihre Wiederzulassung, April 1933 Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 schafft die rechtliche Grundlage dafür, Juden aus dem Staatsdienst zu entlassen. Mit dem „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ verlieren die meisten jüdischen Anwälte ihre Zulassung. Auf Intervention des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg können lediglich vor 1914 zugelassene „Alt-Anwälte“ und Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs ihre Wiederzulassung beantragen.





SA-Angehöriger neben einer Tafel mit der Aufschrift „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“ am 1. April 1933 vor dem Berliner Kaufhaus Tietz. Am Morgen des 1. April 1933 beginnt der vom Zentral-Komitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze unter dem fränkischen NSDAP-Gauleiter Julius Streicher organisierte reichsweite Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte und Notariate. Polizei und Justiz gehen nicht gegen die Ausschreitungen vor.

Ein jüdischer Student, der ein Schild mit der Aufschrift „Ich habe ein Christenmädchen geschändet!“ tragen muss, wird von der SA durch Marburg getrieben, 24. August 1933. Bereits vor dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ finden an vielen Orten Übergriffe gegen Juden wegen angeblicher „Rassenschande“ statt. Eine Vielzahl kleinerer Pogrome in der Provinz veranlasst viele Juden zum Umzug in die Großstädte, in deren Anonymität sie dieser Form der Verfolgung weniger ausgesetzt sind.



Rückert-Schule Berlin-Schöneberg an Paula Dölle über den Ausschluss ihrer Tochter Grete Myriam vom Schulbesuch, Berlin 5. August 1933. Ab dem 23. April 1933 wird durch das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ der Anteil jüdischer Schüler und Studenten auf fünf Prozent begrenzt. Der bürokratische Ton des Briefes, den die Schulleitung an die Eltern der betroffenen Schüler verschickt, verschleiern die gravierenden Folgen für die Kinder und Jugendlichen.



Flüchtlingskrise 1938

Deutschland verlassen – aber wohin?

Schon in den ersten Wochen und Monaten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fliehen Tausende Juden aus Deutschland. Die meisten von ihnen wollen damit der Verfolgung wegen ihres politischen Engagements als Funktionäre der Arbeiterparteien, als Journalisten oder Künstler entgehen. Die Mehrheit der Juden in Deutschland denkt zunächst nicht an Auswanderung.

Ihre zunehmende Diskriminierung und Entrechtung veranlasst in den folgenden Jahren aber immer mehr Menschen zur Emigration. Die Erhebung der bereits 1931 eingeführten Reichsfluchtsteuer in Höhe von 25 Prozent des Vermögens und Vorschriften, die den Transfer des Restvermögens behindern, machen es aber immer schwieriger, Einreisegenehmigungen für die Zielländer zu erhalten. Die jüdischen Organisationen sehen ihre Hauptaufgabe nunmehr darin, Auswanderungswillige zu beraten und zu unterstützen und auf eine neue Existenz in den Exilländern vorzubereiten. Bis Mitte 1938 sind von den 1933 in Deutschland lebenden ca. 500.000 Juden 143.000 ausgewandert.

Ankunft jüdischer Flüchtlinge in Frankreich bei Metz, 1936

Nachdem 1933 37.000 Juden aus Deutschland geflohen sind, werden in den folgenden Jahren jeweils zwischen 21.000 und 25.000 jüdische Auswanderer gezählt, bevor ihre Zahl im ersten Halbjahr 1938 auf 14.000 ansteigt. Viele der Flüchtlinge gehen in die westlichen Nachbarländer Deutschlands, vor allem die Niederlande, Frankreich und die Schweiz.



33 Rasse-Juden im Reichstag

als Vertreter der Arbeiterklasse

S.P.D. (Sozialdemokraten)		K.P.D.
Aufhäuser	Oettinghaus	Koenen
Crispien	Kirschmann	Reese
Heinig	Sender	Münzenberg
Löwenstein	Stücklen	Gräf
Heilmann	Meyer	Rippenberger
Hertz	David	Zetkin
Fröhlich	Hilferding	Löwenthal
Rosenfeld	Landsberg	Staatspartei
Wurm	Stampfer	Meyer
Eggerstedt	Heimann	Stolper
Janschek	Moses	Fischer

und **Dessauer** vom Zentrum!

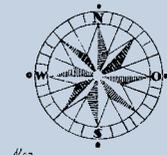
Wer von diesen ist Arbeiter?

August Bebel sagte einmal: „Arbeiter, sich dir deine Funktionäre, nach Schluß mit dieser Bevormundung!“

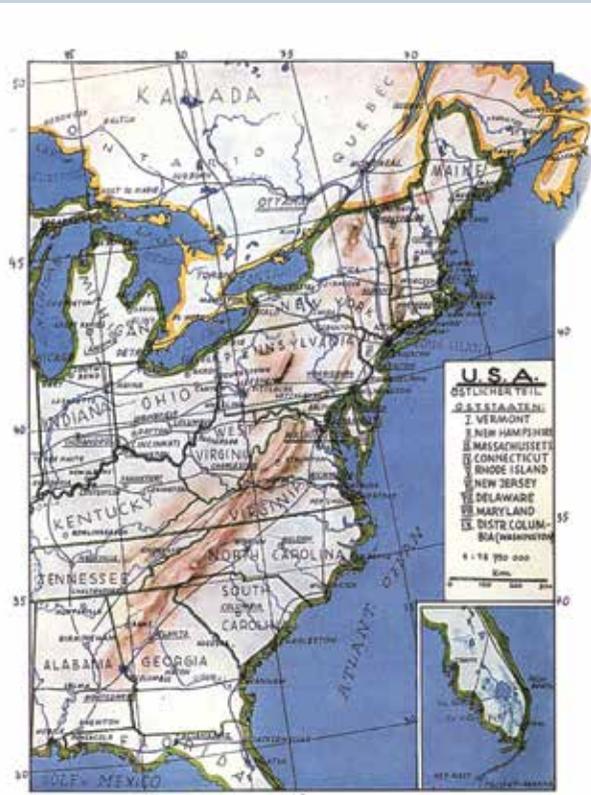
Werde Nationalsozialist!

Nationalsozialistische Partei
Gau Süd-Hannover-Drauz.

NSDAP-Plakat „33 Rasse-Juden im Reichstag als Vertreter der Arbeiterklasse“, um 1930 // Sidonie Zippora (Toni) Sender, um 1930 Mit besonderem Hass verfolgen die Nationalsozialisten Funktionäre von SPD und KPD, die jüdischer Herkunft sind. Toni Sender stammt aus einer jüdisch-orthodoxen Familie. Seit 1920 ist die Sozialdemokratin Mitglied des Reichstags und ab 1927 Redakteurin der SPD-Zeitschrift *Frauenwelt*. Nach Morddrohungen flüchtet sie am 5. März 1933 in die Tschechoslowakei, geht später in die Niederlande und 1935 schließlich in die USA.



Ma



Verzeichnis

der im Monate März 1938 für die Norddeutschen Lloyd gebuchten III. Klasse-Passagiere österreichischer Staatsbürgerschaft

Vor- und Zuname	Geburts-		Ausstellende Pafstelle, womöglich auch Heimatgemeinde	ledig oder verh.	Beruf	Abfahrtshafen	Ankunftshafen	Anmerkung
	Jahr	Ort						
Carlton Hartl	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Karl Dragotz	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Anna Schwaner	1882	St. Veit	St. Veit	verh.	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Karl Beer	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Walter Beer	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Leopold Jankovics	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Josef Hübner	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Anton Löwenthal	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Anna Bergel	1882	St. Veit	St. Veit	verh.	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Josef Jankovics	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Josef Ritsch	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Anna	1882	St. Veit	St. Veit	verh.	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Anna	1882	St. Veit	St. Veit	verh.	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Josef	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	
Josef	1882	St. Veit	St. Veit	ledig	Handwerk	Breunau	St. Gallen	

Verzeichnis der im März 1938 für den Norddeutschen Lloyd gebuchten III.-Klasse-Passagiere österreichischer Staatsbürgerschaft Laut dem Jahresbericht 1938 des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS wandern zwischen 11. März und 31. Dezember 1938 14.487 österreichische Juden nach Nordamerika, 4.844 nach Südamerika, 1.660 nach Zentralamerika, 4.095 nach Palästina sowie 29.250 legal in andere, europäische Staaten aus, während ca. 12.000 illegal in Nachbarstaaten fliehen.

Jüdische Flüchtlinge aus Österreich beim Grenzübertritt in die Schweiz bei Diepoldsau im Kanton St. Gallen, 20. August 1938 Das unübersichtliche Grenzgebiet im Schattenwald wird für viele jüdische Flüchtlinge aus Österreich zum „Tor zur Schweiz“. Wegen der zahlreichen Grenzübertritte in dieser Region wird im Juni 1938 in einer ehemaligen Stickereifabrik in Diepoldsau ein Auffanglager für bis zu 300 Flüchtlinge eingerichtet, das vom Roten Kreuz verwaltet und von der Israelitischen Kultusgemeinde St. Gallen finanziert wird.





Anti-Nazi-Demonstration in Detroit, 13. März 1938 Die „picket line“ ist von amerikanischen Gewerkschaften ursprünglich als gesetzlich zulässige Form einer Streikpostenkette entwickelt worden. In der damals noch vitalen Industriemetropole Detroit nutzen Demonstranten diese, um gegen die Annexion Österreichs und Hitlers Verfolgung der Juden sowie für die Freilassung der politischen Gefangenen des NS-Regimes und für den Frieden zu demonstrieren.



Abnahme einer Mai-Parade in „Camp Nordland“ in Andover, NJ, durch Fritz Kuhn, „Führer“ des German-American Bund, 1. Mai 1938 Im 1936 gegründeten nationalsozialistischen *German-American Bund* sind ca. 25.000 deutschstämmige Amerikaner organisiert. Der erst 1934 in den USA eingebürgerte Fritz Kuhn erklärt die Juden zu Feinden Amerikas und Präsident Roosevelts *New Deal* zum „Jew Deal“ und gilt bald als bekanntester Antisemit der USA. Besonders die 8.000 „Storm-Trooper“ des *Bundes* gehen brutal gegen Juden vor.

Publication Date

Monday, March 21

FOREIGN AFFAIRS VII 1938

Vol. 16

APRIL 1938

LET. No. 3

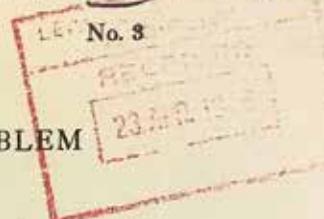
REFUGEES: A WORLD PROBLEM

By Dorothy Thompson

AS I write this article the news from Europe is distressing in the extreme. Hitler is in Vienna. Central Europe is in turmoil, as every small state of the Danubian Basin feels the increasing pressure of Nazidom. Great Britain, and, following her leadership, France, are considering whether — and if so how — to protect Czechoslovakia, and whether — and if so how — to save even a modified League of Nations. The Soviet system seems in a state of serious disintegration. The war in Spain continues, to what final dénouement we cannot yet foresee. But one thing is certain: these chaotic situations cannot fail to add to a problem which is already a world headache — the problem of dispossessed racial and political minorities.

If one side or the other wins the Spanish civil war there will immediately be a forced emigration of political refugees. Every indication from Spain, too, is that both sides are beginning to wish to rid themselves of foreigners, and not all of them can return to the places from which they came. In Germany, more and more Jews are being deprived of the means to continue living in the homes they have had for centuries, while the situation of many Christians, both Protestant and Catholic, is, to say the least, precarious. Austria has lost her struggle for independence. The victory of the Nazis there creates a vast new problem of refugees — of Jews, of partisans of Dollfuss and Schuschnigg, of still surviving liberals, of proponents of a Hapsburg restoration, and probably also of Catholics. Rumania is experimenting with anti-Semitic laws; the Jewish question in Poland has been acute for some years.

In the Danubian Basin alone — in Austria, Czechoslovakia, Rumania, Hungary and Jugoslavia — live some two million Jews. There are over three million more in Poland. And these figures



Foreign Affairs, April 1938 „Flüchtlinge – ein Weltproblem“. Dorothy Thompson setzt sich für die Aufnahme der Flüchtlinge aus Österreich ein. Eine Druckfahne ihres Artikels „Refugees – a World Problem“ sendet sie Mitte März 1938 an US-Außenminister Cordell Hull. Die dadurch in der US-Regierung ausgelöste Diskussion führt schließlich zu der Entscheidung, auf einer internationalen Konferenz eine neue zwischenstaatliche Organisation zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu schaffen.



Time, 12. Juni 1939 Die Journalistin Dorothy Thompson arbeitet seit 1924 als Korrespondentin in Berlin, interviewt 1932 Hitler und wird 1934 aus Deutschland ausgewiesen. Ihre Kolumne „On the Record“ in der *New York Herald Tribune* und ihre Rundfunkkommentare auf NBC finden ein Millionenpublikum. Deswegen erklärt sie das Magazin *Time* 1939 zur einflussreichsten Frau der USA nach Präsidentengattin Eleanor Roosevelt.

Krisensitzung des Kabinetts Roosevelt, 1938 Das Foto zeigt Präsident Franklin D. Roosevelt (2. v. li.) mit (im Uhrzeigersinn) Finanzminister Henry Morgenthau, Justizminister Homer Cummings, Marineminister Claude A. Swanson, Landwirtschaftsminister Henry A. Wallace, Arbeitsministerin Frances Perkins, Kriegsminister Harry Woodring und Außenminister Cordell Hull.



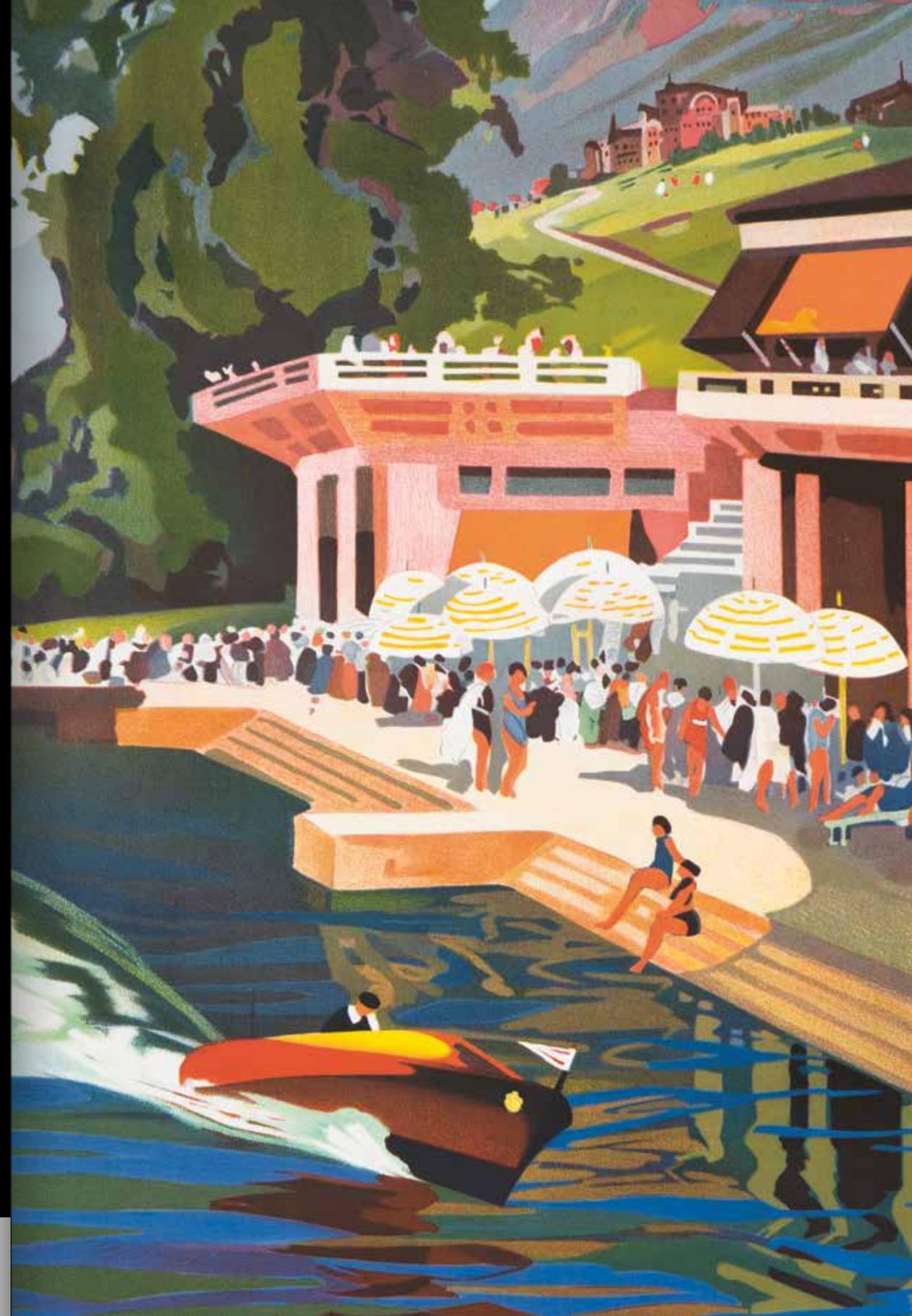
Tagungsort Évian-les-Bains

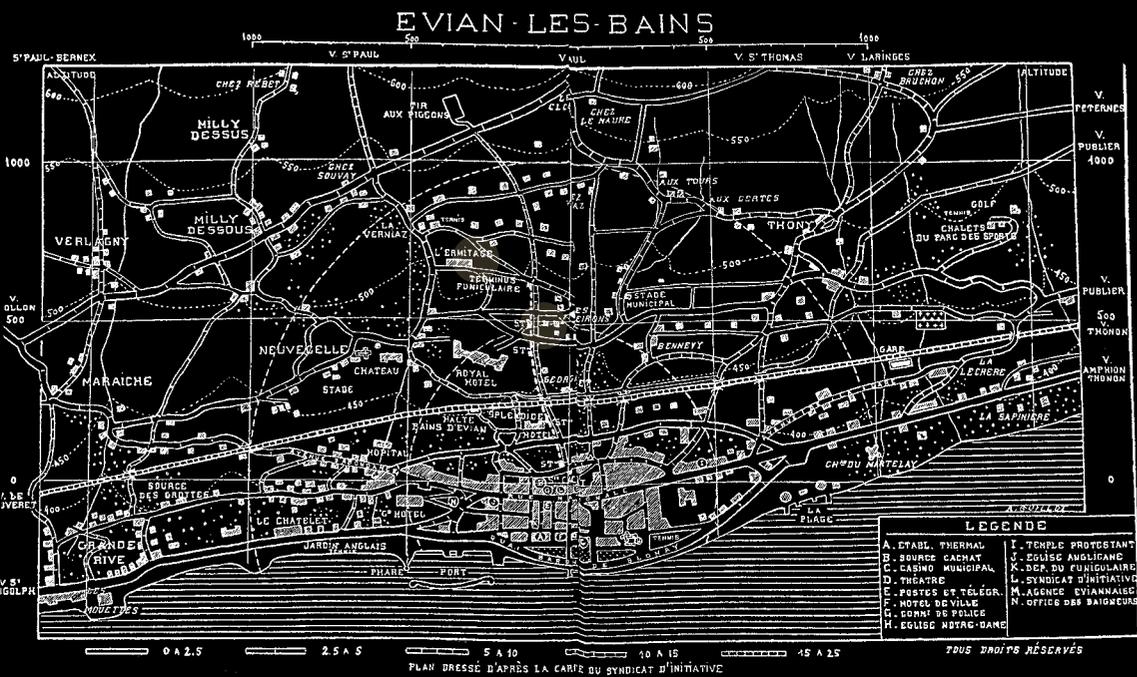
Flüchtlingspolitik im mondänen Badeort

Die Schweiz lehnt es ab, die Konferenz in Genf, dem Sitz des Völkerbunds, zu eröffnen. Die französische Regierung bietet als Konferenzort Évian-les-Bains im Département Haute-Savoie an. Der Kurort liegt am französischen Ufer des Genfer Sees und besitzt eine direkte Eisenbahnverbindung über Lyon nach Paris. Das ermöglicht es den Teilnehmern der Konferenz, rechtzeitig zum Besuch des britischen Königspaares, der für den 19. Juli 1938 geplant ist, in der französischen Hauptstadt einzutreffen.

Ein Adelige, der vor der französischen Revolution in das damals noch zu Savoyen gehörende Évian geflohen war, hat 1793 die Heilkraft des dortigen Wassers entdeckt. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt sich Évian zu einem mondänen Badeort und zum Treffpunkt der internationalen Hautevolee. Seine großen und luxuriösen Hotels bieten den Teilnehmern und Gästen der Tagung neben einem Tagungsraum komfortable Unterkünfte. Für Erholung und Zeitvertreib sorgen Bäder, Trinkhallen, Golf- und Tennisplätze, eine Pferderennbahn, das Kasino und der Strand.

Werbeplakat (Ausschnitt) für Évian-les-Bains nach einem Entwurf des korsischen Landschafts-Malers und Graphikers Lucien Peri (1880–1948), ca. 1930 Mit der Demokratisierung vieler Gesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg verlieren die fünf Luxushotels in Évian einen großen Teil ihrer Stammgäste aus dem Adel. Aus wirtschaftlichen Gründen muss die Gemeinde sich jetzt dem wohlhabenden französischen Bürgertum als Erholungs- und Freizeitparadies empfehlen. Die Zahl der Gäste steigt von 13.000 in der Vorkriegszeit auf 18.000 im Jahr 1929, von denen 8.500 aus dem Ausland kommen.

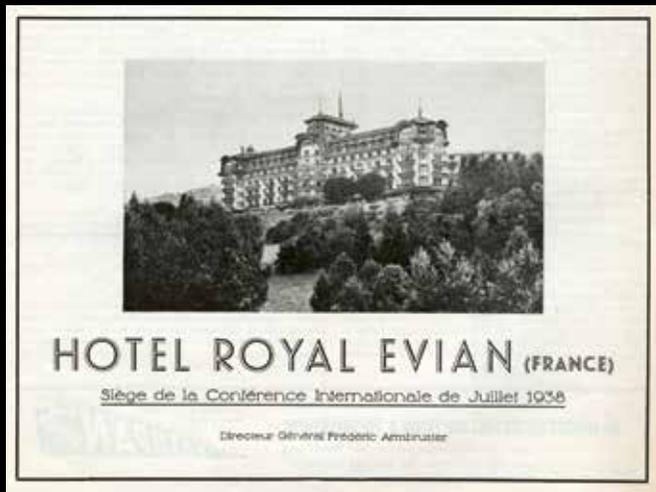




Stadtplan von Évian-les-Bains, 1930

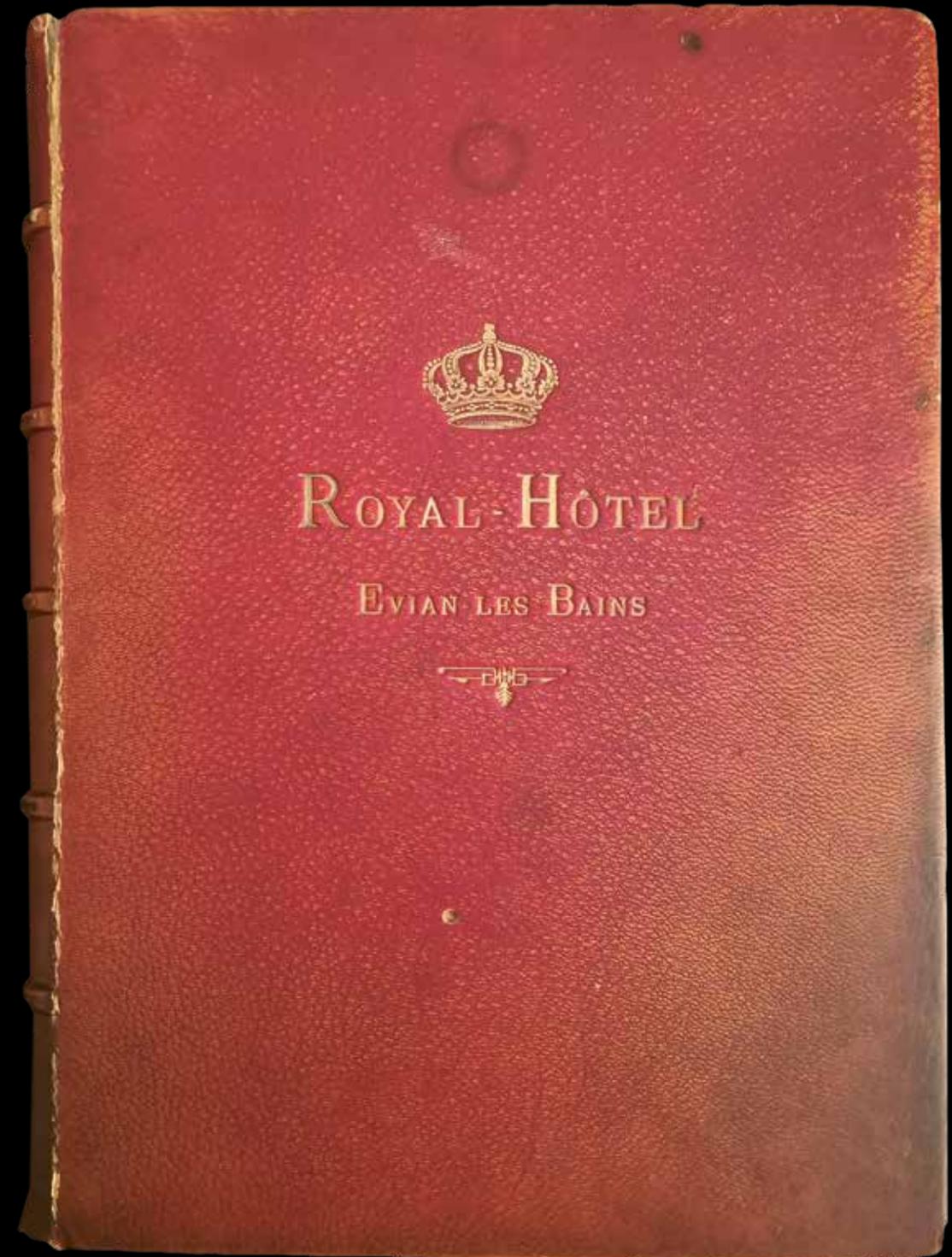
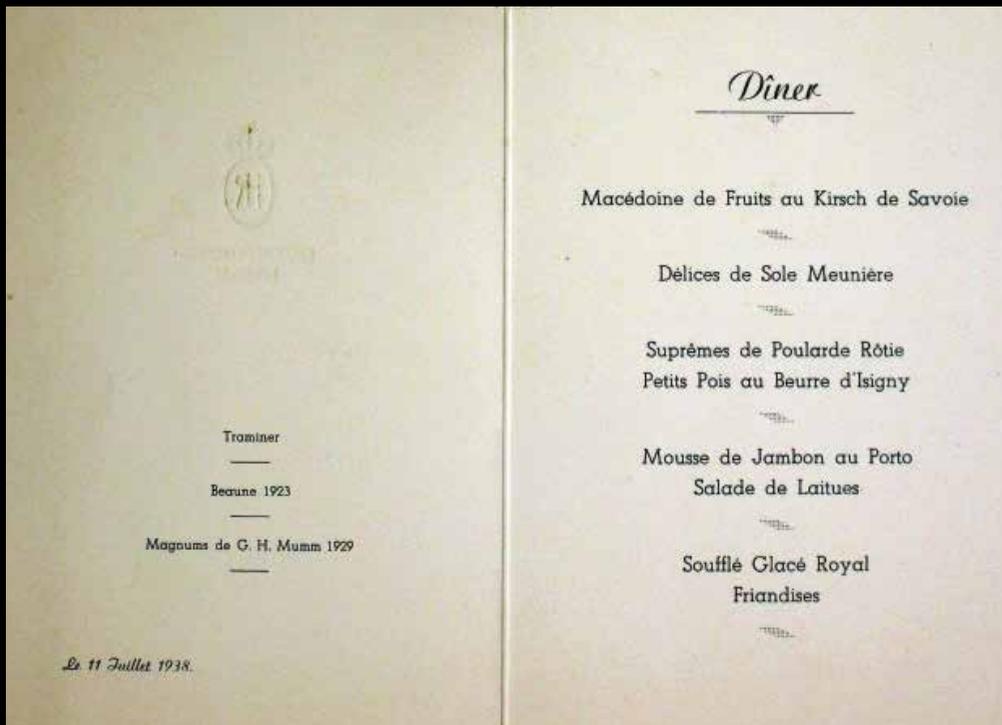


Ansichtskarte von Évian und dem Genfer See, um 1900 Die Karte bietet einen Blick vom Dent d'Oche, dem Hausberg Évians, über die Stadt und den Genfer See (frz.: Lac Léman) bis zum nördlichsten Teil der französischen Alpen. Ganz rechts ist das Hotel Royal, Tagungsort und Unterkunft für zahlreiche Delegierte, zu erkennen, links davor das Hotel Splendide, wo weitere Delegierte, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Presseleute logieren.



Werbung des Hotel Royal als „Schauplatz der internationalen Konferenz vom Juli 1938“, *Jüdische Presszentrale Zürich*, Nr. 999/1000 Mit der Flüchtlingskonferenz von 1938 etabliert sich Évian als Gastgeber bedeutender internationaler Zusammenkünfte. Auf Konferenzen in Évian im Mai 1961 und März 1962 einigen sich Frankreich und die algerische Nationale Befreiungsfront auf einen Waffenstillstand und die Unabhängigkeit Algeriens. Anfang Juni 2003 findet das Gipfeltreffen der acht wichtigsten Industrienationen in Évian statt.

Wein- und Menükarte des Hotel Royal für den 11. Juli 1938 Das Hotel Royal bietet gastronomische Spitzenqualität bei den täglichen Mahlzeiten und bei den Empfängen, die vor allem der französische Ehrenpräsident und der amerikanische Präsident der Konferenz für die Delegationsführer der anderen Staaten geben.



Gästebuch für 1938 des Hotel Royal in Évian-les-Bains

DATES	NOMS ET PRÉNOMS	DOMICILE
	<i>France:</i>	
	S. G. M. M. Henry Bérenger - Ambassadeur de France	
	M. Bressy - Ministre plénipotentiaire	
	M. Georges Coulon	
	<i>Grande Bretagne:</i>	
	The Right Hon. the Earl Minto, M.P.	
	Chancelier de Duché de Lancaster	
	Sir Charles Michael Calvert	
	Ministre plénipotentiaire	
	Sir John Shuckburgh	
	Sous-Secrétaire d'Etat adjoint au Colonial Office	
	M. J. C. Hibbert	
	Directeur au Colonial Office	
	M. S. M. Cooper	
	Conseiller adjoint pour les questions de la S.D.N. au Foreign Office	
	Capt. Victor Cazaret, M.P.	
	M. S. F. Williamson, Home Office	
	<i>Guatemala:</i>	
	M. Jose Gregorio Diaz, Ministre plénipotentiaire	
	<i>Honduras:</i>	
	M. Domingo Rosal, Ministre plénipotentiaire	
	<i>Irlande:</i>	
	M. Francis Thomas Cremins, Délégué permanent près la S.D.N.	
	M. John Duff	
	M. William Waquice	
	<i>Nicaragua:</i>	
	M. Constantino Medocia, Ministre plénipotentiaire	

DATES	NOMS ET PRÉNOMS	DOMICILE
	<i>Norvège:</i>	
	M. Michael Hansson	
	Président de l'Office International Nansen pour les Réfugiés	
	M. C. W. S. Katou	
	<i>Panama:</i>	
	Dr. Ernesto Hoffmann, Délégué permanent près la S.D.N.	
	<i>Pays Bas:</i>	
	M. H. C. Bencke, Andraac	
	M. P. A. Verwey	
	M. J. G. Hooykaas	
	<i>Pérou:</i>	
	M. Francisco Garcia Calderon, Ministre plénipotentiaire	
	<i>Venezuela:</i>	
	M. Carlos Aristimuno, Coll, Ministre plénipotentiaire	
	<i>Haut-Commissariat pour les Réfugiés venant d'Allemagne:</i>	
	Sir Cecil Malcolm	
	Forst Duncannon	
	<i>Secrétariat Général du Comité intergouvernemental:</i>	
	M. Jean Paul Boncompagni, Secrétaire général	
	M. G. Boisseau	
	M. Maizieres	
juillet	5 S. G. M. le Comte Apponyi	Budapest
	M. Fabius Herion	Paris
	M. M. Paul Bustin	.
	M. Jareski	.
	6 M. H. H. Blanchet	Eyon
	Dr. Howitt	London
	M. Robert Harris	Paris

Eintragungen von Konferenzteilnehmern im Gästebuch des Hotel Royal in Évian-les-Bains 1938

Die Konferenz: Akteure und Themen

Unter der Regie der „Großen Drei“

Schon vor der Einladung zur Konferenz konsultiert das US-Außenministerium einige europäische Regierungen, darunter die von Großbritannien und Frankreich. Ende Juni 1938 trifft sich der US-Delegierte Myron C. Taylor zur Vorbereitung mit dem Franzosen Henry Bérenger und dem Briten Michael Palaret in Paris, spricht auch mit den Delegierten Argentiniens und Brasiliens und empfängt Vertreter zahlreicher privater Organisationen.

Ab dem 5. Juli 1938 steht Taylor in Évian im ständigen Austausch mit Bérenger und dem britischen Chefdelegierten Lord Winterton, die die Konferenz dem Hochkommissar für Flüchtlinge und dem „Nansen-Büro“ des Völkerbunds unterstellen wollen. Die Amerikaner setzen schließlich die Unabhängigkeit des aus der Konferenz hervorgehenden Zwischenstaatlichen Komitees für Flüchtlinge durch. Dabei helfen nicht nur die zahlreichen von Taylor in Évian gegebenen Empfänge, sondern auch die Aussicht für Winterton und Bérenger, Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des Komitees zu werden.

Lord Winterton, Myron C. Taylor und Senator Bérenger im Park des Hotel Royal, 6. Juli 1938 Noch am Vormittag des 6. Juli 1938 ist nicht klar, wer den Vorsitz der Konferenz übernehmen wird. Die Franzosen lehnen ab, weil die Konferenz auf Initiative von US-Präsident Roosevelt zustande gekommen ist. In letzter Minute einigt man sich darauf, dass der Franzose Henry Bérenger als Ehrenpräsident die Konferenz eröffnen und schließen und Myron C. Taylor als Präsident die Arbeitssitzungen leiten wird.



C.I./E.1.
Evian, July 5th, 1938.

INTERGOVERNMENTAL COMMITTEE.

Evian, July 1938.

AGENDA OF THE COMMITTEE.

COMMUNICATED BY THE GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA TO THE GOVERNMENTS INVITED.

1. To consider what steps can be taken to facilitate the settlement in other countries of political refugees from Germany (including Austria). The term "political refugees", for the purposes of the present meeting, is intended to include persons who desire to leave Germany as well as those who have already done so. The conference would of course take due account of the work now being done by other agencies in this field and would seek means of supplementing the work done by them.

2. To consider what immediate steps can be taken, within the existing immigration laws and regulations of the receiving countries, to assist the most urgent cases. It is anticipated that this would involve each participating Government furnishing, in so far as may be practicable, for the strictly confidential information of the Committee, a statement of its immigration laws and practices and its present policy regarding the reception of immigrants. It would be helpful for the Committee to have a general statement from each participating Government of the number and type of immigrants it is now prepared to receive or that it might consider receiving.

3. To consider a system of documentation, acceptable to the participating States, for those refugees who are unable to obtain requisite documents from other sources.

4. To consider the establishment of a continuing body of Governmental representatives, to be set up in some European capital, to formulate and to carry out, in co-operation with existing agencies, a long-range programme looking toward the solution or alleviation of the problem of refugees from Germany and eventually from certain other countries.

5. To prepare a Resolution making recommendations to the participating Governments with regard to the subjects enumerated above and with regard to such other subjects as may be brought for consideration before the Intergovernmental Meeting.

Agenda der US-Regierung für die Konferenz, 5. Juli 1938 Die Amerikaner sprechen von Anfang an von der Konferenz als vom „Zwischenstaatlichen Komitee“, dessen Einrichtung eigentlich deren Ergebnis sein soll. Obwohl der Anlass die Massenflucht von Juden aus Deutschland und vor allem Österreich ist, ist während der Konferenz nur von „political refugees“ (politischen Flüchtlingen) und in der Schlussresolution von „involuntary emigrants“ (unfreiwilligen Auswanderern) die Rede.

U.S.A President S.F.

U.S.A

U.S.A

FRANCE

FRANCE

Royaume Uni

Royaume-Uni

Guatemala

Haiti

Honduras

Irlande

Etats-Unis du Mexique

Nicaragua

Norvege

Nouv-Zelande

Panama

Pays-Bas

U.S.A

President

S.F.

Sir W.E.K. Nelson

Australie

Argentine

Belgique

Bolivie

Bresil

Canada

Chili

Colombie

Costa Rica

Cuba

Danemark

Republique Dominicaine

Equateur?

Uruguay

Venezuela

Suisse

Paraguay

Perou



Konferenz-Geschäftsführung: Sitzordnung und erste öffentliche Sitzung der Konferenz mit Eröffnungsansprache Senator Bérengers, 6. Juli 1938

Die Konferenz: Akteure und Themen

Im Einsatz für Flüchtlinge

Die internationalen Hilfsorganisationen verfügen über jahrelange Erfahrungen in der Hilfe für Flüchtlinge oder einzelne Flüchtlingsgruppen. Weil sie, wie die Quäker mit ihrem *Vienna Centre*, vor Ort aktiv sind, besitzen sie Informationen zur Dimension und zu den spezifischen Problemen der bisherigen und zu erwartenden Fluchtbewegungen. Dennoch wird den 71 bei der Konferenzleitung angemeldeten Hilfsorganisationen nur wenig Raum für Stellungnahmen gegeben.

Ein Unterkomitee unter dem Vorsitz des australischen Delegierten Thomas Walter White nimmt am Nachmittag des 8. Juli 1938 kurze Stellungnahmen von 24 Persönlichkeiten, die 39 Organisationen vertreten, zur Kenntnis. Alle anderen Hilfsorganisationen sollen schriftliche Stellungnahmen einreichen. Die angehörten Repräsentanten drängen vor allem auf eine Erleichterung der Einwanderung jüdischer Flüchtlinge, erhöhten Druck auf deren Herkunftsländer, die Ratifizierung der Flüchtlingskonvention des Völkerbunds vom Februar 1938 sowie die Lösung des Problems fehlender Ausweispapiere staatenloser Flüchtlinge.

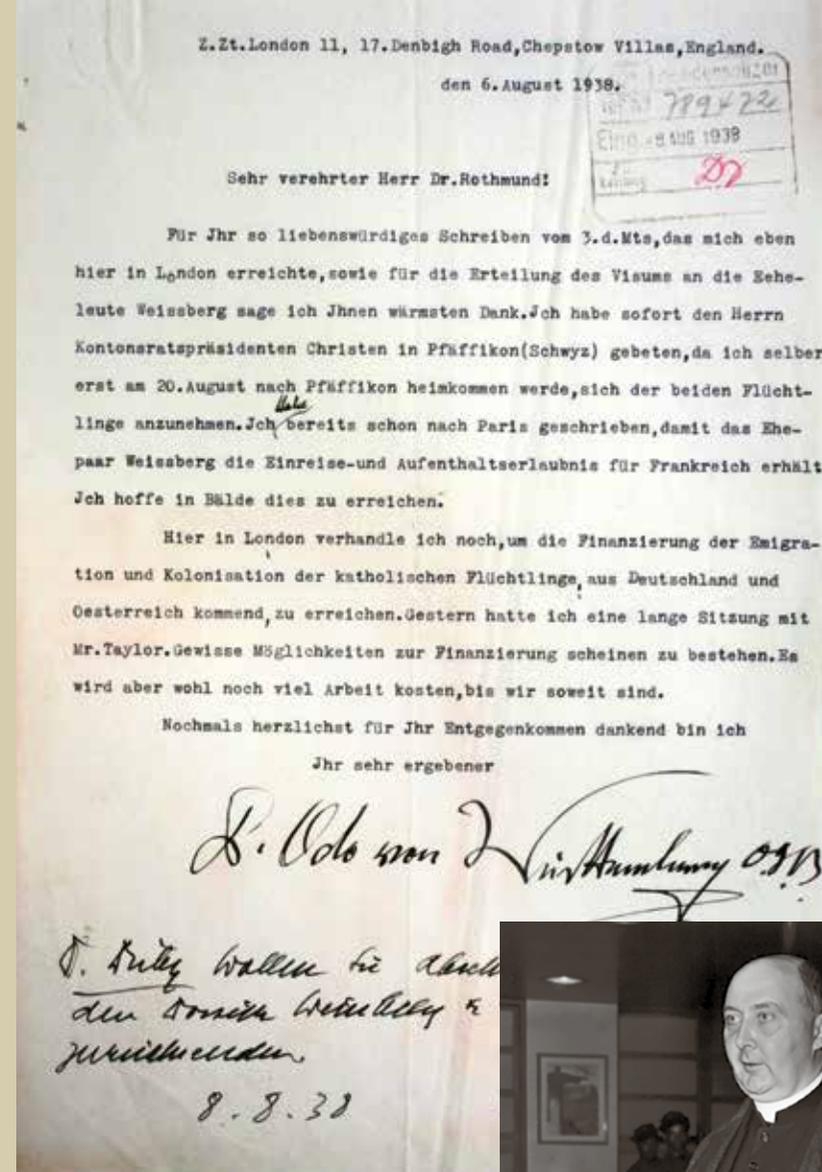
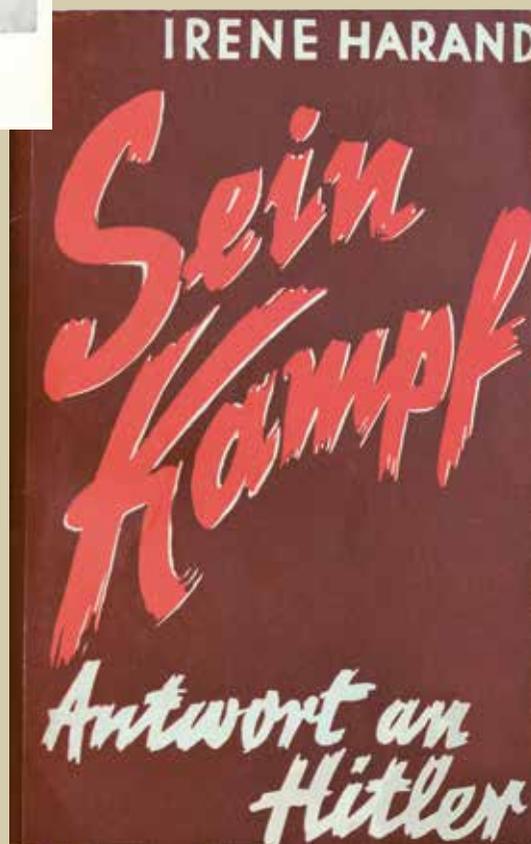
Georg Bernhard (Mitte) im Gespräch mit Nahum Goldmann,
Évian, Juli 1938, *Zürcher Illustrierte*, Nr. 29 vom 15. Juli 1938





Irene Harand, ca. 1935

Irene Harand, „Sein Kampf – Antwort an Hitler“, Wien 1935 Die katholisch-konservative Wienerin Irene Harand kämpft seit 1933 mit ihrer als „Harand-Bewegung“ bekannt gewordenen Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot gegen den Antisemitismus. Diesen vor allem geißelt sie auch in ihrem 1935 erschienenen Buch „Sein Kampf – Antwort an Hitler“, das im Deutschen Reich sofort verboten wird. Deswegen kann Harand im Frühjahr 1938 von einem Vortrag in London nicht nach Wien zurückkehren und emigriert im September 1938 in die USA.



Pater Odo an den Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei, 6. August 1938 // Pater Odo bei der Ankunft in den USA, 8. Oktober 1940 Pater Odo (Carl Alexander Herzog von Württemberg) wird als katholischer Jugendführer seiner Heimatregion nach etlichen Gestapo-Verhören im April 1934 in die Schweiz ausgewiesen. Dort leitet er eine Hilfsorganisation für katholische Flüchtlinge. Wegen seines nachhaltigen Einsatzes für Geflüchtete muss er im August 1940 auch die Schweiz verlassen und geht mit einem Zwischenaufenthalt in Portugal im Oktober 1940 in die USA.



Die Konferenz: Akteure und Themen

Suche nach einer Heimat

Die wichtigsten jüdischen Organisationen sind in Évian vertreten und sprechen für diejenigen, über deren Schicksal während der Konferenz verhandelt wird. Der Bericht des Unterkomitees zur Anhörung der Hilfsorganisationen gibt ihre wesentlichen Positionen wieder, denen unterschiedliche Strategien zugrunde liegen: Die zionistischen Organisationen drängen vor allem die Mandatsmacht Großbritannien, mehr Einwanderung nach Palästina zuzulassen. Andere wiederum setzen große Hoffnungen in die Kultivierung unbewohnter Territorien in Übersee.

Einig sind sich die meisten Vereinigungen in der Forderung nach einer Erleichterung der Integration der Flüchtlinge in den Zuflucht gewährenden Staaten sowie der Sicherung ihrer Rechte in den Herkunftsländern. Eine wesentliche Ursache für die mangelnde Aufnahmebereitschaft der Staaten sehen sie in der erzwungenen Mittellosigkeit der Flüchtlinge. Deshalb soll das Deutsche Reich aufgefordert werden, ihnen bei der Auswanderung die Mitnahme zumindest eines Teils ihrer Vermögen zu gestatten.

Golda Myerson, um 1943 Für die *Jewish Agency of Palestine* nimmt Golda Myerson, Leiterin der Politischen Abteilung im Vorstand des zionistischen Gewerkschaftsbundes, an der Konferenz teil. Von deren Verlauf ist sie schwer enttäuscht und erklärt gegenüber der Presse: „Es gibt nur eines, was ich vor meinem Tod noch zu erleben hoffe, nämlich dass mein Volk nicht mehr auf Mitleidsbekundungen von wem auch immer angewiesen ist.“



INFORMATIONS DE PALESTINE

BULLETIN BIMENSUEL

PUBLIE SOUS LES AUSPICES DE L'OFFICE DE L'AGENCE JUIVE
POUR LA PALESTINE AUPRÈS DE LA SOCIÉTÉ DES NATIONS

95, Rue de Lausanne, GENÈVE, Téléphone 27.185

No 54/57

GENÈVE, LE 3 JUILLET 1938

3^{me} ANNEE

La Conférence d'Evian et la Palestine

Le 6 juillet 1938 s'ouvre à Evian-les-Bains une conférence intergouvernementale convoquée sur l'initiative du Gouvernement des Etats-Unis de l'Amérique du Nord, et devant s'occuper de l'organisation d'une aide effective aux victimes (en grande majorité juives) de la politique brutale du Troisième Reich. Non seulement les Juifs d'Allemagne et d'Autriche, mais aussi les masses juives d'autres pays de l'Europe orientale et centrale, faisant également face à une vague de persécutions sans précédent, attachent les plus grands espoirs aux décisions de cette Conférence.

Le problème à résoudre a des aspects multiples, nous n'en mentionnerons que deux: Il faut, en premier lieu, trouver des moyens appropriés pour mettre un frein à la politique du Troisième Reich consistant à ne laisser émigrer les Juifs d'Allemagne et d'Autriche qu'après les avoir dépouillés de tous leurs biens et même de leurs papiers d'identité. Il faut, en outre, élaborer et mettre à exécution un plan financier permettant de mettre sur pied une émigration méthodique et l'établissement des « réfugiés » dans des conditions qui ne troubleraient pas la structure économique des pays qui veulent les accueillir. Sous ces deux aspects du problème, il s'agit d'une tâche qui ne peut être accomplie que par une action concertée de tous les gouvernements représentés à la Conférence.

Dans ce numéro des « Informations de Palestine », nous nous bornerons à exposer une autre face, très importante, du problème: l'aide que peut apporter à sa solution la Palestine, en tant que pays offrant les possibilités d'une forte absorption constructive de l'immigration juive.

Le sionisme et le problème des migrations juives.

Le Mandat pour la Palestine, en concordance avec les buts du mouvement sioniste, prévoit la mise en exécution, par le Mandataire, de la Déclaration Balfour originellement faite le 2 novembre 1917 par le Gouvernement britannique et adoptée par les Principales Puissances Alliées, en faveur de l'établissement en Palestine d'un Foyer National pour le peuple juif, étant bien entendu que rien ne sera fait qui puisse porter préjudice... aux droits et au statut politique dont jouissent les Juifs dans tout autre pays.

Il est donc clair que la conception sioniste de la question juive et sa réalisation dans le cadre du Mandat pour la Palestine, tout en se fondant sur le droit des Juifs de revenir en Palestine et d'y reconstruire leur Foyer National, exclut tout préjudice aux droits civiques des Juifs (ou à leurs droits de minorité nationale là où ils vivent en grand nombre) dans les pays dont ils sont les citoyens accomplissant tous leurs devoirs.

Le sionisme n'a jamais considéré l'émigration juive des pays d'Europe comme un moyen équitable ou admis-

sible pour ces pays de se débarrasser ou de réduire leur population juive. Un droit semblable ne peut d'ailleurs être reconnu à aucun Etat envers aucune section de sa population, exactement comme il est impossible d'admettre le droit d'un pays à prohiber l'émigration d'un citoyen quelconque qui désire émigrer. L'émigration est un droit du citoyen, non un devoir. Elle doit donc être libre et non imposée.

D'autre part, le sionisme a toujours tenu compte du fait que l'émigration est un des facteurs les plus importants de la vie juive. L'histoire juive, depuis la destruction de l'Etat juif indépendant, est avant tout l'histoire des migrations des Juifs d'un pays à l'autre.

L'importance de ces mouvements migratoires juifs au cours des dernières cinquante à soixante années ressort des tableaux que nous reproduisons plus bas (voir pp. 8-11).

Il s'agissait là de mouvements migratoires faisant partie intégrante d'un mouvement général englobant des populations non-juives aussi bien que juives, d'hommes quittant des pays économiquement moins développés pour se créer une nouvelle existence dans des pays plus dé-

מפלגת פועלי ארץ ישראל == סניף חיפה

ביום שבת, 20 אוגוסט בשעה 10 בבקר
באולם ביתנו

הרצאה של
הח

גולדה מאירסון

על הנושא:

אמריקה - אוי"אן - ארץ ישראל

הכניסה 10 סמ"י לכסוי ההוצאות.

כרטיסים להשיג במזכירות בכל ערב בשעות 7-9.

Plakat der Arbeiterpartei des Landes Israel (Mapei), Bezirk Haifa, August 1938 Das Plakat wirbt für einen Vortrag der „Genossin Golda Myerson“ zum Thema „Amerika – Évian – Eretz Israel“ am 20. August 1938 in Haifa. In ihren Memoiren beklagt die spätere israelische Ministerpräsidentin Golda Meir, in Évian nur „Phrasen“ gehört zu haben, die sie in der Meinung bestätigt hätten, dass jede Nation ihre eigene Antwort auf die Frage nach Sein oder Nichtsein zu geben habe: „Die Juden sollten nicht davon abhängig sein, dass ihnen irgendetwas die Erlaubnis erteilt, am Leben zu bleiben.“

Informations de Palestine, 3. Juli 1938 In der Zeitschrift ihrer Vertretung beim Völkerbund in Genf stellt die Jewish Agency for Palestine ihre Haltung zum Flüchtlingsproblem dar. In deren Zentrum steht die Forderung nach einer Öffnung Palästinas für Flüchtlinge durch die britische Mandatsmacht.



Norman Bentwich an Myron C. Taylor in Schifanoia, 1. Mai 1938



Norman Bentwich bei der Konferenz im Gespräch mit Henry Bérenger, *Zürcher Illustrierte*, 15. Juli 1938 Norman Bentwich, der Vertreter des *Council for German Jewry*, hat schon bei der Vorbereitung der Konferenz eng mit den Repräsentanten der „Großen Drei“ zusammengearbeitet. Nachdem er der Konferenz ein gemeinsames Memorandum mehrerer jüdischer Organisationen eingereicht und vor dem Unterausschuss eine größere Aufnahmebereitschaft der Staaten angemahnt hat, versucht er in London, ausgewählte britische Politiker für eine Beteiligung am geplanten Zwischenstaatlichen Komitee für Flüchtlinge zu gewinnen.

Ergebnisse und Folgen der Konferenz

Zwischenstaatliches Komitee für Flüchtlinge

Auf der Konferenz bekunden die Vertreter aller Staaten zwar Mitgefühl mit den Flüchtlingen, aber keiner erklärt sich zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge bereit. Auch die Schlussresolution bekräftigt, kein Staat sei verpflichtet, finanzielle Mittel bereitzustellen oder den „gegenwärtigen Rahmen der Gesetze und der Einwanderungspraxis“ zu verändern.

Da das Flüchtlingsproblem nur durch ein langfristiges und umfassendes Hilfsprogramm gelöst werden könne, nicht nur für bereits Geflüchtete, sondern auch für zukünftige „unfreiwillige Auswanderer“ aus Deutschland und Österreich, macht sich die Konferenz in der Schlussresolution selbst als Zwischenstaatliches Komitee für Flüchtlinge zu einer ständigen Einrichtung.

Anders als der Flüchtlingskommissar des Völkerbundes, aus dem das Deutsche Reich 1933 ausgetreten ist und dessen Organe es seitdem boykottiert, kann das Zwischenstaatliche Komitee mit der Reichsregierung über eine Erleichterung der Emigration von Juden durch die teilweise Mitnahme ihrer Vermögen verhandeln. Außerdem lässt das Komitee unerschlossene Gebiete in Britisch-Guyana, der Dominikanischen Republik und dem französischen Neu-Kaledonien auf ihre Eignung für die Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge untersuchen.

Tischordnung für den Empfang Myron C. Taylors bei der ersten Sitzung des Komitees am 3./4. August 1938 in London Die Mitgliedsstaaten entsenden teilweise ihre Delegierten von der Konferenz in Évian, teilweise andere Diplomaten oder eine Kombination von beidem in das Zwischenstaatliche Komitee. Einige Teilnehmerstaaten der Konferenz von Évian schließen sich dem Komitee nicht an oder scheiden nach kurzer Zugehörigkeit aus.

TABLE PLAN OF MR. MYRON C. TAYLOR'S DINNER FOR THE INTERGOVERNMENTAL COMMITTEE HELD AT CLARIDGE'S HOTEL, LONDON, AUGUST 4, 1938.

S.E. MONSIEUR HENRY BERENGER Ambassador of France	
Sr. Don Guillermo de Blanck (Cuban Minister)	Sr. Don Luis Cano (Colombian Minister)
Hernan Pallares (Ecuador)	Sr. de Bustamante (Uruguay)
M. Coulon	M. Bressy
Don J. Penaranda	Herschel Johnson, Esq.
Lord Duncannon	George Brandt, Esq.
Robert Pell, Esq.	Dr. Perez-Alfonseca
Roger Makins, Esq.	M. Rasmussen (Denmark)
M. G. Engzell (Sweden)	Monsieur de Foy (Belgium)
Judge Hansson	Sr. Regis de Oliveira (Brazilian Amb.)
LORD WINTERTON	MR. TAYLOR
Dr. Malbran (Argentine Amb.)	Sr. Don Henriquez-Urena (Dominican Minister)
Don Humberto Videla (Chile)	Eligio Ocana (Panama)
M. Hooykaas	E. N. Cooper, Esq.
Sr. de Weguelin Vieira	Nathan Katz, Esq.
H. Hill, Esq.	Sr. Gustavo Ludere de Negri (Mexico)
Raymond Geist, Esq.	M. J. Schneider
C. B. Burdekin, Esq.	M. Fourcade
W. R. Little, Esq. (Canada)	The Rt. Hon. C. R. Attlee
Sr. Alfredo Benavides (Peruvian)	
M. BEUCKER ANDREAE	

~~CONFIDENTIAL.~~BERLIN.

This city, according to reports, is experiencing a boom, produced artificially to a great extent by government expenditures. There has been a tremendous increase in bureaucratic activities and a great re-building program is being carried on. Many private and public buildings are being demolished and parks and streets torn up in pursuance of the program. Prices are high for food and other necessities which are generally of low quality. Imported goods are scarce, under the strict governmental control of imports. The population generally is said to stand in fear of Party activity against individuals and the city to be unlike the contented Berlin of former days.

Jewish Situation.

Berlin is a large Jewish center, about one-third of the total Jewish population of Germany being located here. The situation of the Jews here is not as desperate as that of those in Austria, nor is it as bearable, by comparison, as that of the Jews in southern Germany, particularly in recent days, notice having been served by the Party upon the Jews that they would not be permitted to find refuge in Berlin. The same oppression reported in the Stuttgart area and now and then the more oppressive measures inflicted upon the Jews in Vienna, are being experienced by the Jews in Berlin, except that the commissar system used in Vienna has not yet been instituted in Berlin. The Jewish businesses are nevertheless being Aryanized and only one large Jewish store in Berlin is still open and being conducted by its owners. Jewish business houses are required to post signs here indicating their management by Jews and they are in continual danger of being closed for any or no reason by the authorities. They are not allowed to purchase any imported goods. Jews are liable to insult whenever they appear in public. It is reported that the concentration camps for this district are being enlarged and more being built and more and more Jews (males) are being sent to them, and that from eight to ten Jews per day die in them. Jews applying for the official dole are not openly refused as the authorities do not wish to have any such refusal record, but they are told that they cannot be given money for doing nothing and that they will be put to work for wages - in what is described as a semi-concentration camp from which they may travel back and forth to hard labor under mistreatment by the camp authorities. Jews having funds in banks are liable to have their deposits blocked by the authorities

against

George L. Brandt, Memorandum Nr. 3 (Berlin), 30. Juli 1938 Unmittelbar nach der Konferenz in Évian wird George L. Brandt, Berater der US-Delegation, nach Stuttgart, Wien und Berlin entsandt, um Nachforschungen über die aktuelle Lage der jüdischen Bevölkerung in diesen Städten anzustellen. Er fasst seine Erkenntnisse in jeweils mehrseitigen Memoranden zusammen, die dem Zwischenstaatlichen Komitee bei seiner ersten Sitzung am 3. August 1938 in London vorgelegt werden.



George Rublee, 1939

Myron C. Taylor an George Rublee, 24. Oktober 1938 Direktor des Zwischenstaatlichen Komitees wird der 70-jährige George Rublee, ein bekannter Washingtoner Anwalt, der als erfahrener und erfolgreicher Aushandler internationaler Abkommen gilt. Er und Taylor legen gemeinsam die Strategie fest, nach der mit der deutschen Regierung über die Freigabe zumindest eines kleinen Teils der Vermögen der auswandernden Juden verhandelt werden soll, um deren Einwanderung für potenzielle Aufnahme-länder attraktiver zu machen.

Charge to the account of _____ \$ _____

CLASS OF SERVICE DESIRED		CHECK
DOMESTIC	CABLE	
TELEGRAM	FULL RATE	ACCT'G INFRM.
DAY LETTER	DEFERRED	
NIGHT MESSAGE	NIGHT LETTER	
NIGHT LETTER	SWIP	
LETTER	ENCIPHERED	

Please should check date of return desired; otherwise message will be transmitted as a full-rate communication.

R. B. WHITE PRESIDENT NEWCOMB CARLTON CHAIRMAN OF THE BOARD J. C. WILLEVER FIRST VICE-PRESIDENT

Send the following message, subject to the terms on back hereof, which are hereby agreed to

WESTERN UNION

October 24 1938

COPY

Hon. George Rublee,
Hyde Park Hotel,
London (England).

Regarding approach, my personal opinion would be not to stress too much the preliminary character of your first reception, but to continue the negotiation if once started without any break until a definite conclusion one way or the other is reached STOP If the preliminary character is stressed too much it offers too good an opportunity to grant a reception and then to let matter drop, whereas what I think we need is a negotiation that concludes either with a definite understanding or a failure to reach one, letting the responsibility for success or failure rest where it should STOP I repeat; this is entirely my personal view on which I have consulted no one. Affectionate regards.

MYRON TAYLOR.

WESTERN UNION GIFT ORDERS SOLVE THE PERPLEXING QUESTION OF WHAT TO GIVE.



Die französische Delegation bei der Sitzung des Zwischenstaatlichen Komitees in London am 2. Dezember 1938 Vordere Reihe, v.l.n.r.: Georges Coulon, Henry Bérenger, René Thierry (Beamter des französischen Außenministeriums). Ganz hinten in der Mitte François Seydoux de Clausonne.



Sitzung des Zwischenstaatlichen Komitees (v.l.n.r.: Rublee, Taylor, Winterton, Bonnet, Caracano, Lobo, Bérenger) im französischen Außenministerium, Paris, 15. Februar 1939 Die Schlussresolution sieht vor, dem Direktor des Komitees einen Vorstand an die Seite zu stellen. Dessen Vorsitz übernimmt Lord Winterton, seine Stellvertreter sind Myron C. Taylor (USA), Henry Bérenger (Frankreich), Willem Cornelis Beucker Andreae (Niederlande) und Hélio Lobo (Brasilien), dessen Ernennung als Vertreter Lateinamerikas vor allem den USA wichtig ist. Als Geschäftsführer des Komitees wird auf ausdrücklichen Wunsch Rublees der erfahrene US-Diplomat Robert T. Pell eingesetzt.

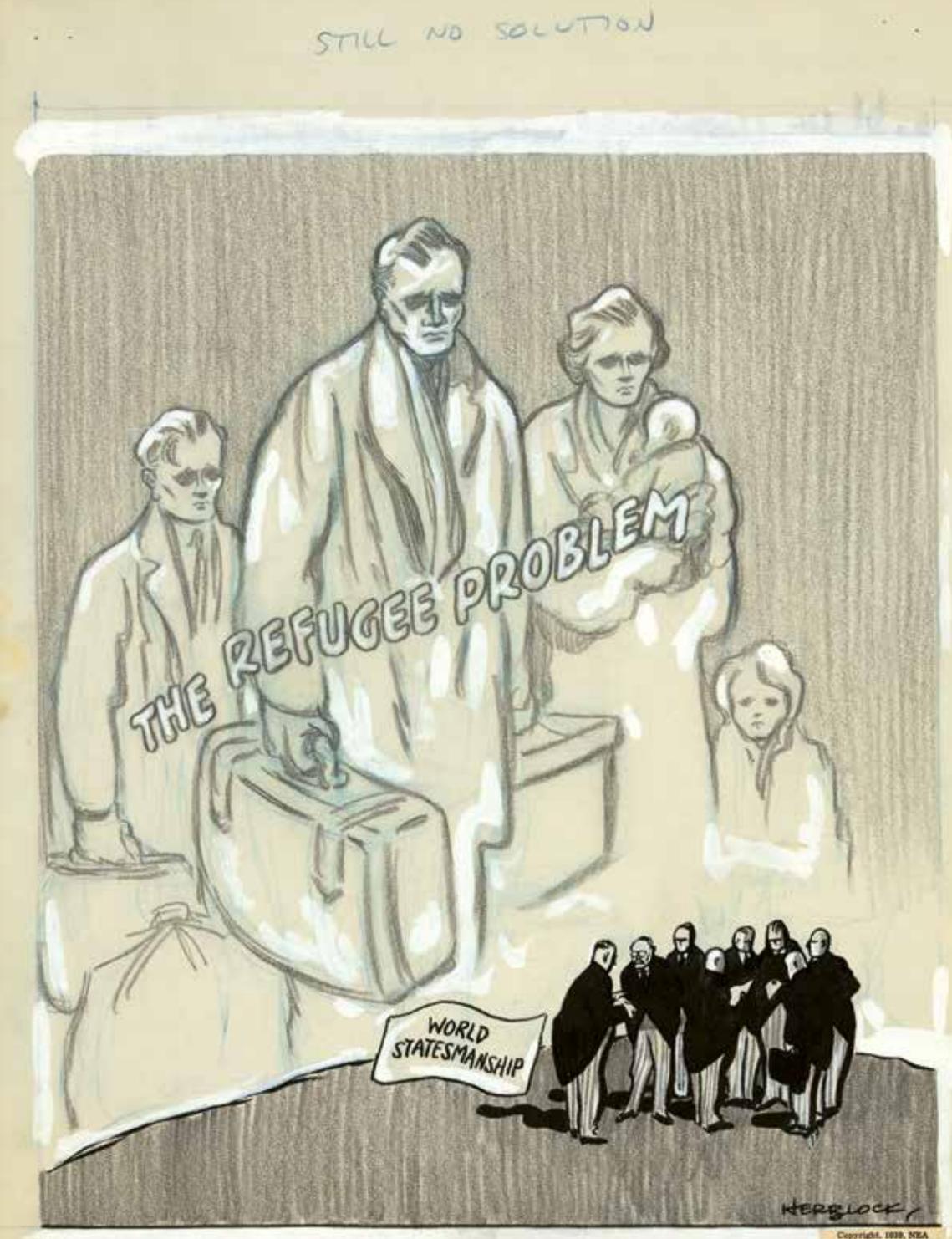
Ergebnisse und Folgen der Konferenz

Reaktionen von Hoffnung bis Häme

Internationale jüdische Organisationen bescheinigen der Konferenz Erfolg. Dagegen wird von den zionistischen Organisationen in Palästina kritisiert, dass dessen Grenzen und die anderer Länder für jüdische Flüchtlinge weiterhin geschlossen bleiben. Mit verhaltener Hoffnung auf Erleichterung der Auswanderung durch die Konferenzbeschlüsse reagieren dagegen die Organisationen der Juden in Deutschland.

Der Ehrenpräsident der Konferenz hat den anwesenden Pressevertretern zum Abschluss der Konferenz dafür gedankt, dass sie „diskret, aber doch weitreichend“ berichtet und dem Anliegen der Konferenz entsprochen hätten, „niemanden zu verletzen, aber allen zu helfen.“ Die Ergebnisse der Konferenz werden aber von der internationalen Presse – je nachdem, ob vom Interesse der Staaten oder vom Schicksal der Flüchtlinge ausgegangen wird – außerordentlich unterschiedlich kommentiert.

Die vom Propagandaministerium gelenkten deutschen Zeitungen betonen in Kommentaren und Karikaturen die in Évian zu Tage getretene mangelnde Aufnahmebereitschaft der Staatengemeinschaft für jüdische Flüchtlinge und werten sie hämisch als Bestätigung der NS-Judenpolitik.



Herbert Block: „Still no solution“, 25. Januar 1939 Der US-Karikaturist Herbert Block sieht mehr als ein halbes Jahr nach der Konferenz in Évian „immer noch keine Lösung“ des „Flüchtlingsproblems“.

Ergebnisse und Folgen der Konferenz

Verschärfung des Auswanderungsdrucks

Das bis dahin für die „Judenpolitik“ maßgebliche Referat des Sicherheitsdienstes der SS (SD) zieht aus den Ergebnissen der Konferenz von Évian den Schluss, dass die vollständige Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland nicht durch Erleichterungen bei der Einwanderung in andere Länder erreicht werden kann. Daher geht das NS-Regime unter Federführung der Gestapo dazu über, einige Juden direkt aus dem Reichsgebiet abzuschieben und den Auswanderungsdruck durch physischen Terror, die Ausschaltung aus Berufen und Gewerben sowie zusätzliche wirtschaftliche Ausplünderung zu erhöhen.

Durch die Einführung der Zwangsnamen „Sara“ und „Israel“ und die Kennzeichnung ihrer Reisepässe mit einem roten „J“ im Oktober 1938 sind Juden jedoch leicht für die Behörden der potenziellen Einwanderungsländer erkennbar. Diese Maßnahmen und die verstärkte wirtschaftliche Ausplünderung der Juden reduzieren die Chancen auf Einreisegenehmigungen. Trotzdem emigrieren 1939 aus Deutschland 78.000 Juden und damit fast doppelt so viele wie im Vorjahr.

Abschiebung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit, 28./29. Oktober 1938, Bildausschnitt



Der Angriff, 14. November 1938 Am 12. November 1938 erlässt Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan eine „Verordnung über die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“. Betriebe jüdischer Eigentümer müssen zum 1. Januar 1939 schließen. Außerdem wird den Juden für die bei den Ausschreitungen entstandenen Schäden eine „Sühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt.



Festgenommene jüdische Männer werden von SS-Leuten und Polizei abgeführt, Baden-Baden, 10. November 1938 An diesen und den folgenden Tagen werden mehr als 26.000 Juden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt, wo Hunderte von ihnen sterben. Die Überlebenden werden nur entlassen, wenn ihre Angehörigen die Absicht und Möglichkeit der sofortigen Auswanderung aus dem Deutschen Reich nachweisen können.

Hart, aber gerecht

Berührung mit Juden nicht mehr nötig

Hermann hat nicht lange gefadelt. Wir sind nie Scheiter, sondern allezeit gute Schiefer gewesen, hat er damals auf dem letzten Parteitag in Nürnberg gesagt; und wenn ein kleiner Judenbengel glaubte, auf einen deutschen Diplomaten schielen zu können, weil die Judenheit ihm neben der Birkole 3000 Franken in die Hand drückte, dann muß das Volk Israels erkennen, daß das deutsche Volk genauer rechnet und trifft: eine blanke Milliarde toten sie die Schülle von Paris, und das trifft sie ins Herz, das sie meist ins Vortemonnaie eingewöhnt haben. Eine Milliarde und die Schäden, die sie durch den ersten deutschen Jörn an ihren Zentersauslagen davontragen. Diese Schäden müssen sie nun zum erstenmal selbst tragen, und zum erstenmal erleben sie am eigenen Leibe, was es heißt, in kurzer Frist gekündigt zu werden.

1 000 000 000,— RM. I

Die Abrechnung, die dem Judentum jetzt erteilt wurde, ist endgültig und gerecht. So beginnt die Folge der Bestimmungen Hermann Görings:

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor seinen Verdorben nicht zurücksteht, erfordert entschlossene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I S. 887) das Folgende:

§ 1.

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2.

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Schäden beseitigt der Jude

Die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben sieht folgendes vor:

§ 1.

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hege des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8. 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2.

Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

§ 3.

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Die Wirtschaft ohne Hebräer

Die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben lautet:

§ 1.

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Verkaufsstellen oder Selbstkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Stellungen darauf anzunehmen.

Jüdische Gewerbebetriebe (§ 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 627 —), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2.

Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 45) sein.

Flüchtlingsschicksale nach Évian

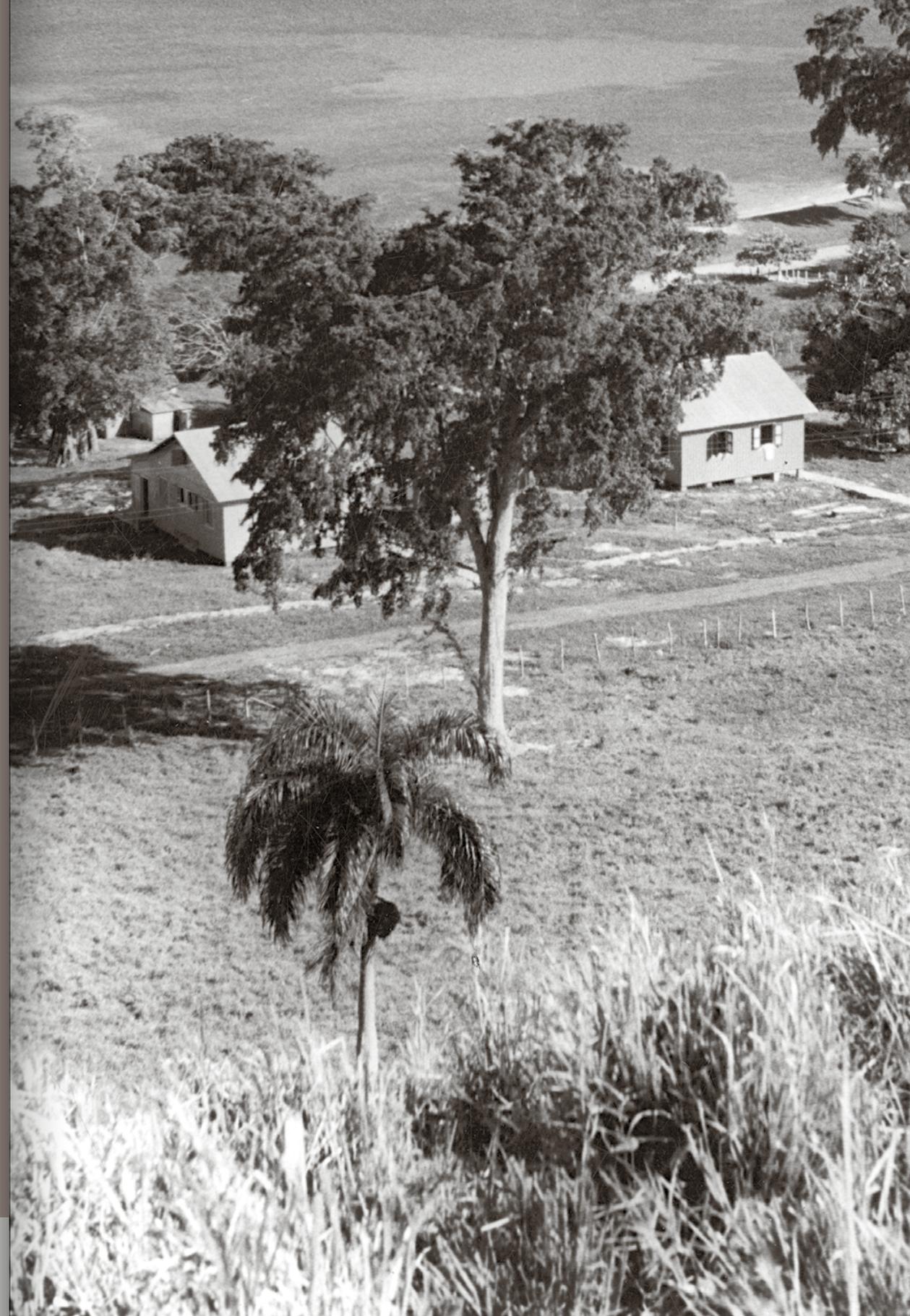
Kibbuz in der Karibik-Diktatur

Auf der Konferenz erklärt der dominikanische Delegierte wie viele seiner Kollegen aus Lateinamerika, sein Land würde allenfalls landwirtschaftliche Fachkräfte einreisen lassen. Erst am 12. August 1938 macht der Diktator Rafael Leonidas Trujillo das überraschende Angebot, „sofort 50.000 bis 100.000 unfreiwillige Auswanderer“ aufzunehmen. Mit diesem Schritt möchte Trujillo den Massenmord an bis zu 20.000 dunkelhäutigen haitianischen Wanderarbeitern aus dem Vorjahr vergessen machen. Gleichzeitig möchte er sich als humanitärer Wohltäter zeigen, den wenig erschlossenen Norden seines Landes bevölkern und durch Ehen der Zuwanderer mit Einheimischen die Hautfarbe der Bevölkerung „aufhellen“.

Nach anfänglicher Skepsis diesem Angebot gegenüber lassen das Zwischenstaatliche Komitee und das *American Jewish Joint Distribution Committee* mögliche Siedlungsgebiete überprüfen. Die Experten halten Sosúa an der Nordküste der Dominikanischen Republik für geeignet. Daraufhin gründen ihre Auftraggeber mit Unterstützung des US-Außenministeriums die *Dominican Republic Settlement Association* (DORSA).

Die jüdische Siedlung an der Bucht von Sosúa, 1940, Bildausschnitt

Die DORSA kauft mit Spendengeldern Land für die Siedlung in Sosúa, übernimmt die Auswahl der Siedler in Europa und organisiert ihre Überfahrt. Nach der Gründung der Sosúa-Siedlung 1940 siedeln sich dort etwa 500 aus Mitteleuropa geflüchtete Familien an. Insgesamt finden statt der angekündigten 50.000–100.000 Flüchtlinge nur etwa 3.000 Zuflucht in der Dominikanischen Republik. Für viele von ihnen ist der Inselstaat lediglich eine Durchgangsstation auf dem Weg in die USA. Einige Nachkommen der Siedler leben aber noch heute in Sosúa, das sich zu einem Zentrum des Tourismus in der Dominikanischen Republik entwickelt hat.





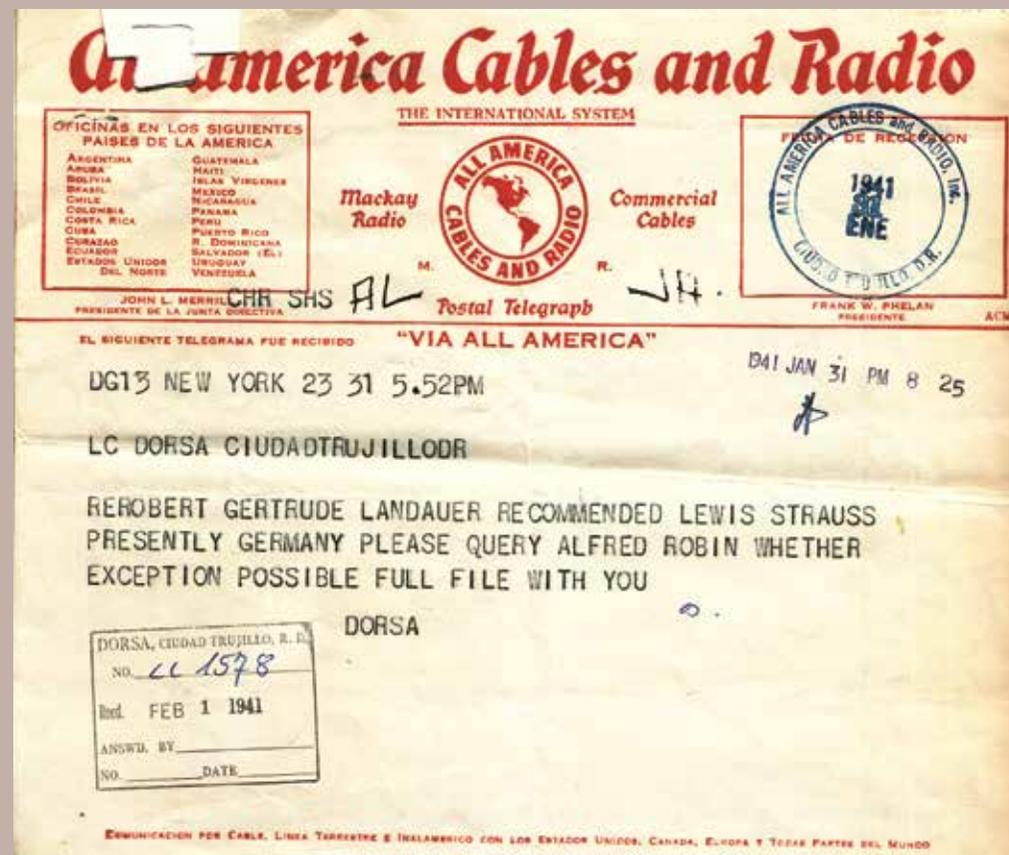
Eselskarren des „Sosúa Settlement“ (SS), 1940 Die landwirtschaftlich meist unerfahrenen jüdischen Siedler müssen oft erst dichten Wald roden, um Felder anlegen zu können. Nach einiger Zeit bauen sie jedoch eine funktionierende Milch- sowie Fleischwirtschaft auf und brauen in der eigenen Destilliererei Schnaps. Die Produkte des „Sosúa Settlement“ werden überregional bekannt und nachgefragt. Ärztliche Versorgung, Schulwesen und Unterhaltungsangebote in der Siedlung werden nach dem Kibbuz-Prinzip organisiert.



Sosúa-Siedler, 1940 Viele der Siedler haben nur vorgegeben, in der Landwirtschaft ausgebildet zu sein, in Wahrheit sind sie Ärzte, Juristen, Lehrer oder Künstler. Sie müssen sich somit nicht nur an ein anderes Klima anpassen und eine neue Sprache lernen, sondern sich auch in völlig neuen Berufen beweisen. Die meisten halten an den kulturellen Traditionen ihrer Herkunftsländer fest, so dass Sosúa zu einer kleinen europäisch-jüdischen Enklave in der Karibik wird.



Die jüdische Siedlung an der Bucht von Sosúa, 1940



DORSA-Zentrale in New York an die Niederlassung in Ciudad Trujillo (Santo Domingo), 31. Januar 1941 In dem Fernschreiben wird gefragt, ob der 47-jährige Kaufmann Robert Landauer und seine Ehefrau Gertrude ausnahmsweise in Sosúa aufgenommen werden könnten, da sich beide noch in Deutschland und damit in großer Gefahr befänden.



Erleichterte Passagiere der *St. Louis* bei der Ankunft in Antwerpen, 21. Juni 1939

Telephone:—ABREY 6077-78-79.
Cables: PELRU, LONDON.

SM

INTERGOVERNMENTAL COMMITTEE.

Director:
Sir HERBERT EMERSON,
O.C.I.E., K.C.S.I., C.B.E.
Vice-Director:
Mr. ROBERT PELL.

1, CENTRAL BUILDINGS,
WESTMINSTER,
LONDON, S.W.1.

June 26, 1939

Dear Pierrepont:

Bob sent on to you last week my report of the handling of the refugees on board the "St. Louis" at Antwerp. We have only now received the final ^{corrected} ~~accurate~~ figures on the allocation of the 907 refugees on board that ship to the four countries involved. They are as follows:

England	287
France	224
Belgium	215
Netherlands	181.

Cordially yours,

Joe Harsch
J. C. Harsch

Pierrepont Moffat, Esq.,
Department of State,
Washington, U. C.

Intergovernmental Committee an das Department of State, 28. Juni 1939 Robert T. Pell, Vizedirektor des Zwischenstaatlichen Komitees für Flüchtlinge, setzt in zähen Verhandlungen schließlich durch, dass Großbritannien, Frankreich, Belgien und die Niederlande die Passagiere der *St. Louis* aufnehmen. Sie gehen zunächst in Antwerpen von Bord und reisen von dort in ihre Zielländer weiter. Von den auf dem Kontinent aufgenommenen Flüchtlingen werden später 254 im Holocaust ermordet.

Flüchtlingsschicksale nach Évian

Aus dem Schweizer Exil ins deutsche KZ

Nach der Konferenz von Évian schotteten sich viele Staaten noch stärker gegen jüdische Flüchtlinge ab. Auch auf Druck der Schweiz führen die deutschen Behörden im Herbst 1938 die Kennzeichnung jüdischer Reisepässe mit einem roten „J“ ein, so dass Juden an der Grenze fortan leichter abgewiesen werden können. In Einzelfällen werden sogar jüdische Flüchtlinge nach längerem Exil in der Schweiz nach Deutschland abgeschoben, wo sie sofort in ein Konzentrationslager eingewiesen werden.

Der Wiener Hans Weinberg ist schon im Sommer 1938 in die Schweiz geflohen. Am 25. Oktober 1939 wird er von der kantonalen Polizei in Basel festgenommen und nach Deutschland abgeschoben. Mit viel Glück überlebt er eine fast einjährige Haft im Konzentrationslager Sachsenhausen und eine abenteuerliche Flucht durch Jugoslawien und Italien. 1944 geht er nach Palästina, wo er seinen Namen in Eli Carmel umändert. Erst 1997 entschuldigt sich der Kanton Basel bei ihm und zahlt ihm schließlich eine symbolische Entschädigung für die erlittene Haft.

Eli Carmel (re.) mit Ehefrau Chana in der Gedenkstätte Sachsenhausen, September 1997



Die Konferenz von Évian und die Welt von 1938

Auf der Konferenz sind nur Staaten des amerikanischen Doppelkontinents, Nord- und Westeuropas sowie Ozeaniens vertreten. Afrika ist noch fast gänzlich von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal und Italien, das südliche Asien von Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden kolonialisiert bzw. von Japan besetzt.

Die Sowjetunion ist aus politischen Gründen ebenso wenig an der Konferenz beteiligt wie die mit Deutschland verbündeten oder sympathisierenden Staaten Südeuropas oder die als Aufnahmeländer für jüdische Flüchtlinge nicht infrage kommenden Staaten Mittel- und Südosteuropas wie Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Irland und das Großherzogtum Luxemburg protestieren gegen ihre Nichteinladung, woraufhin Irland eine Einladung erhält, Luxemburg jedoch nicht, da es der US-Regierung als potenzielles Aufnahmeland für Flüchtlinge zu klein ist.

Insgesamt nehmen 32 Staaten an der Konferenz teil und entsenden Delegationen mit 72 Mitgliedern an den Genfer See.

DIE KONFERENZ

Ehrenpräsident

Henry Bérenger (Frankreich)

Präsident

Myron C. Taylor (USA)

Generalsekretär

Jean-Louis Paul-Boncour (Völkerbund)

Fünf öffentliche Sitzungen

Mittwoch, 6. Juli, 16:00

Donnerstag, 7. Juli, 15:30

Samstag, 9. Juli, 11:00

Montag, 11. Juli, 11:00

Freitag, 15. Juli, 11:00

Eine nichtöffentliche Sitzung

Donnerstag, 14. Juli, 17:00

UNTERKOMITEE FÜR DIE ORGANISATIONEN

Anhörung der Vertreter
von Nichtregierungsorganisationen

Vorsitz

Thomas W. White (Australien)

Mitglieder

Australien, Belgien, Costa Rica, Kuba,
Frankreich, Vereinigtes Königreich, Mexiko,
Peru, USA, Venezuela, Nicaragua

Eine nichtöffentliche Sitzung

Freitag, 8. Juli, 14:30

TECHNISCHES UNTERKOMITEE

Bestandsaufnahme bestehender
Einwanderungsbestimmungen

Vorsitz

Michael Hansson (Norwegen)

Mitglieder

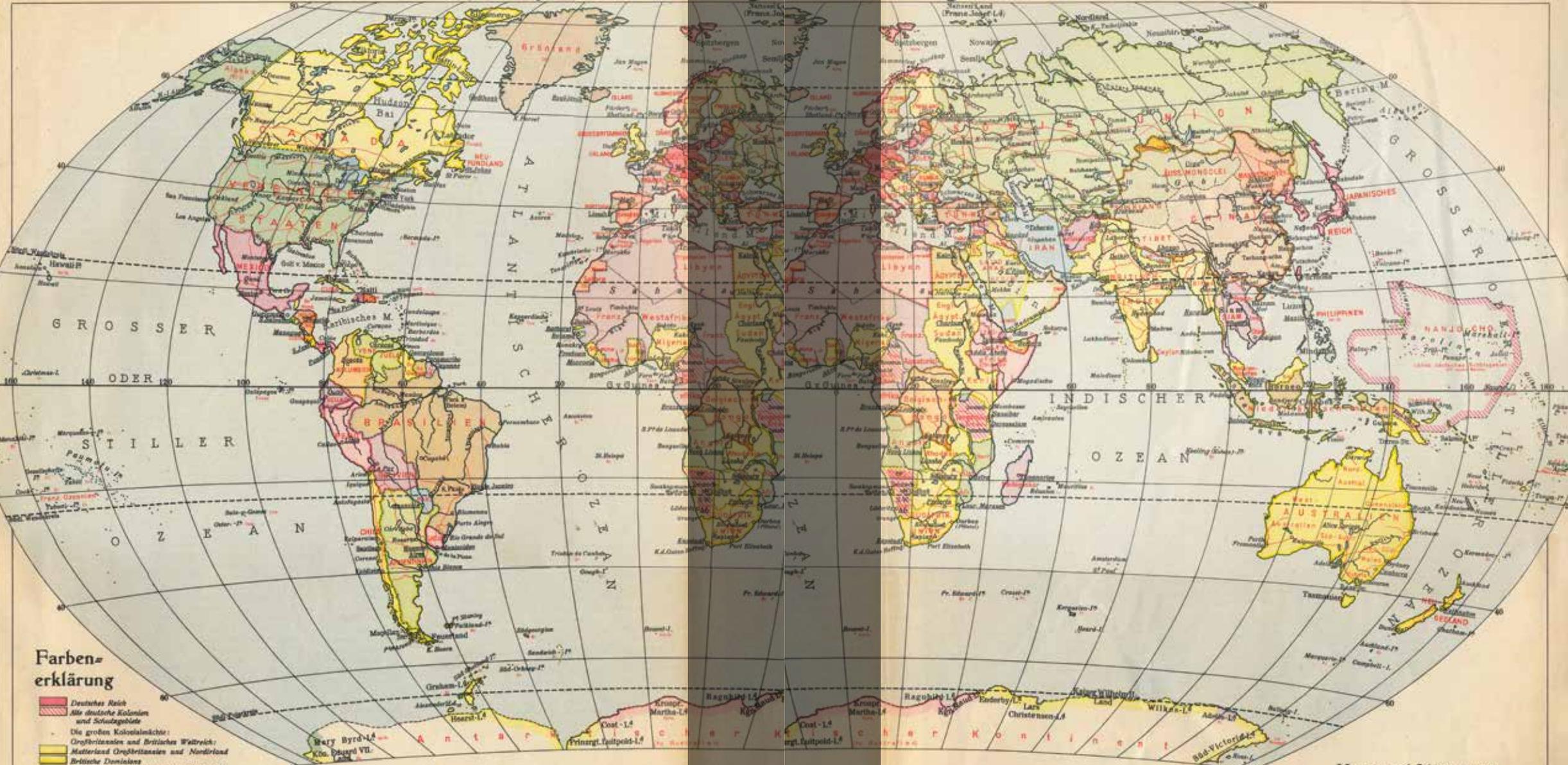
Brasilien, Kanada, Chile,
Vereinigtes Königreich, USA, Frankreich
Haiti, Niederlande, Schweiz

Drei nichtöffentliche Sitzungen

Freitag, 8. Juli

Montag, 11. Juli

Mittwoch, 13. Juli



Farben- erklärung

- Deutsches Reich
Alle deutsche Kolonien und Schutzgebiete
- Die großen Kolonialmächte:
Großbritannien und Britisches Weltreich;
Mutterland Großbritannien und Nordirland
- Britische Dominions
- Britischer Kolonialbesitz (mit Mandatsgebieten)
- Frankreich und französisches Kolonialreich (mit Mandatsgebieten)
- Italien und italienische Kolonien
- Niederlande und niederländische Kolonien
- Belgien und belgischer Kolonialbesitz
- Portugal und portugiesischer Kolonialbesitz
- Japan und japanische Besitzungen
- Vereinigte Staaten von Amerika und ihre Besitzungen
- Chinesisches Reich
- Gebiete, die zum Chinesischen Reich gehörten, aber bisher völlig oder teilweise selbstständig besitzen

Abkürzungen

- Br. = Britisch
- Ö. = Österreichisch
- U. = Ungarisch
- Fr. = Französisch
- N. = Niederländisch
- It. = Italienisch
- Port. = Portugiesisch
- Sp. = Spanisch
- U.S.A. = Vereinigte Staaten
- S.S. = Sowjetunion
- N.S. = Neuseeländisches Mandat

Abkürzungen von Ländernamen Europa

- ALB = Albanien
- B. = Belgien
- D. = Dänisch
- D. = Dänemark
- DEUTSCH. R. = Deutsches Reich
- EST. = Estland
- GR. = Griechenland
- FRANKR. = Frankreich
- LET. = Lettland
- LT. = Litauen

Abkürzungen von Ländernamen Asien

- J-SL = Japanisches Reich
- Tsch-SL = Tschetschenland
- U. = Ungarn
- AFGHANIST. = Afghanistan
- BELARUS. = Belarussien
- CH. = China
- TR. J. L. = Transjordanien

Abkürzungen von Ländernamen Afrika

- Br.-Som. L. = Britisch-Somaliland
- R. = Ruanda
- Sa. = Senegal
- T. = Tunesien
- Br. Nord. = Britisch-Nordafrika
- R. Nord. = Ruanda
- N. = Nigeria
- PAR. = Kamerun
- URUG. = Uruguay
- Kais. W. L. = Kaiser-Wilhelmsland
- Br.-Som. L. = Britisch-Somaliland

Abkürzungen von Ländernamen Amerika

- R. Mex. = Rio Mexiko
- Sa. L. = Sierra Leone
- T. = Tunesien
- Br. Nord. = Britisch-Nordamerika
- R. Nord. = Ruanda
- N. = Nigeria
- PAR. = Kamerun
- URUG. = Uruguay

Abkürzungen von Ländernamen Ozeanien

- Kais. W. L. = Kaiser-Wilhelmsland
- Br. = Britisch

Namen und Abkürzungen von Hauptstädten solcher Staaten, deren Namen nicht in dieser Karte stehen

- Europa**
- A. = Amsterdam, Hauptstadt der Niederlande
- B. = Bern, Hauptstadt der Schweiz
- Br. = Brüssel, Hauptstadt von Belgien
- Asien**
- Oos. = Oosaka, Hauptstadt von Japan
- J. = Jerusalem, Hauptstadt von Palästina
- Amerika**
- Guatemala = Hauptstadt von Guatemala
- Panama = Hauptstadt von Panama
- San Salvador = Hauptstadt von El Salvador
- Afrika**
- Bathurst = Hauptstadt von Gambia
- Bolama = Hauptstadt von Portugiesisch-Guinea



Vereinigte Staaten von Amerika

- vertreten durch
- Myron Charles Taylor
- James Grover McDonald
- Robert Thompson Pell
- George Louis Brandt
- George Lewis Warren
- Heyward Gibbes Hill



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 128.000.000
Fläche ohne Alaska (km ²)	ca. 7.840.000
Einwohner pro km ²	16
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	511 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	4.500.000 (3,5%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	22%
Bergbau und Industrie	35%
Handel und Verkehr	27%
Übrige Berufe	15%

Die Vereinigten Staaten von Amerika gestatten nach ihrer Gründung für mehr als ein Jahrhundert eine nahezu unbegrenzte Einwanderung und verstehen sich als Zufluchtsort für religiös und politisch Verfolgte. Ende des 19. Jahrhunderts untersagen erste Bundesgesetze vor allem Chinesen und Japanern die Einwanderung.

Langfristig wirksam bleibt eine Regelung des „Immigration Act“ von 1882: Die Einreise in die USA wird verurteilten Kriminellen, sofern sie nicht aus politischen Gründen verurteilt worden sind, „Geisteskranken“ sowie Menschen verwehrt, die wahrscheinlich nicht für sich selbst sorgen und deswegen zu einem Fall für die öffentliche Fürsorge werden können. Diese Klausel wird mit zusätzlichen Beschränkungen, z.B. für Analphabeten, im „Immigration Act“ von 1917 noch einmal bestätigt.

TELEGRAM RECEIVED

17po fs 169 84...
FROM
Springfield, Ill., March 25, 1938
Hon Cordell Hull
Secretary of State, Washington, D.C. April 4, 1938

As a candidate for the democratic nomination for United States senator from the State of Illinois I want to protest vigorously against your action as reported in the press which is calculated to flood our country with racial refugees from Austria and elsewhere we already have far too many of these racial elements and those already here have gained far more than their just share of power over American finance industry radio the press and the government itself they have far too much power in the State Department what we need is to take our nation away from these elements which have seized it and give it back to the American people that is what Hitler did in Germany if you as a representative of the American people were to do your duty by the people and the nation you would emulate the example of the German Chancellor in this respect and restore your country to the American people this question is fast becoming a burning issue in our country.

Newton Jenkins...703am

March 26, 1938

FILED
APR 5 1938

B40.48 REFUGEES/15

G-1

Fernschreiben Newton Jenkins an Cordell Hull, 25. März 1938

Die Reaktionen innerhalb der USA auf die Initiative zu einer internationalen Flüchtlingskonferenz sind außerordentlich unterschiedlich. Newton Jenkins ist die Galionsfigur einer von antisemitischen und nationalsozialistischen Gruppen gebildeten *Third Party*, als deren Kandidat er 1935 bei den Bürgermeisterwahlen in Chicago 8,3 Prozent der Stimmen bekommen hat. Er protestiert gegen die Absicht, „unser Land mit Rasseflüchtlingen aus Österreich und sonstwo zu fluten“ und empfiehlt Adolf Hitlers Judenpolitik als Vorbild für die USA.

Antragsteller im Visa-Büro der Berliner US-Botschaft am Pariser Platz 1938, *New York Times Magazine*, 23. Juli 1938 Die USA sind das Traumland vieler Auswanderer. Die US-Konsulate in Deutschland und Österreich sind für die große Zahl der Visumanträge jedoch personell nicht ausgestattet. Da die Visavergabe vollkommen im Ermessen der Konsulatsbeamten liegt, bieten noch nicht einmal die Mitnahme eigenen Vermögens oder Erklärungen in den USA lebender Angehöriger, für den Lebensunterhalt der Einwanderer aufzukommen, eine Gewähr für den Erhalt des Dokuments.



Um die Einwanderung aus Ost- und Südeuropa zu begrenzen, die seit 1880 stark zugenommen hat, werden im „Emergency Quota Act“ von 1921 erstmals Quoten für einzelne Herkunftsländer vorgesehen, deren Höhe im „Immigration Act“ drei Jahre später endgültig festgelegt wird: Auf Deutschland entfallen 25.957 Einwanderer, auf Österreich 1.413.

In Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit in den USA weist die Regierung von Herbert Hoover im September 1930 die Konsulate zu einer wesentlich restriktiveren Interpretation des „Immigration Act“ an, was in den folgenden Jahren zu einem starken Rückgang der Einwanderung in die USA führt. Das ändert sich erst, als die Roosevelt-Administration Anfang 1937 neue Verwaltungsvorschriften einführt und die personelle Ausstattung der Konsulate verbessert. Trotzdem wird die Quote für Deutschland in diesem Jahr noch nicht einmal zur Hälfte ausgeschöpft.

1937 erreicht die Arbeitslosigkeit in den USA Rekordwerte zwischen 8 und 14 Millionen Menschen, so dass die meisten Amerikaner Einwanderer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt fürchten. Isolationistische, nativistische und antisemitische Strömungen drängen auf die Beschränkung des ohnehin geringen Zuzugs vor allem jüdischer Flüchtlinge. Initiativen zur Erhöhung der Quoten oder für eine Zulassung jüdischer Flüchtlinge außerhalb der Quoten haben deswegen keine Chance.

Das einzige Zugeständnis der US-Regierung im Vorfeld der Évian-Konferenz besteht darin, die österreichische Quote mit der deutschen zusammenzulegen, was diese auf 27.370 erhöht. Zwischen 1933 und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges emigrierten insgesamt etwa 95.000 Juden aus Deutschland und Österreich in die USA.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

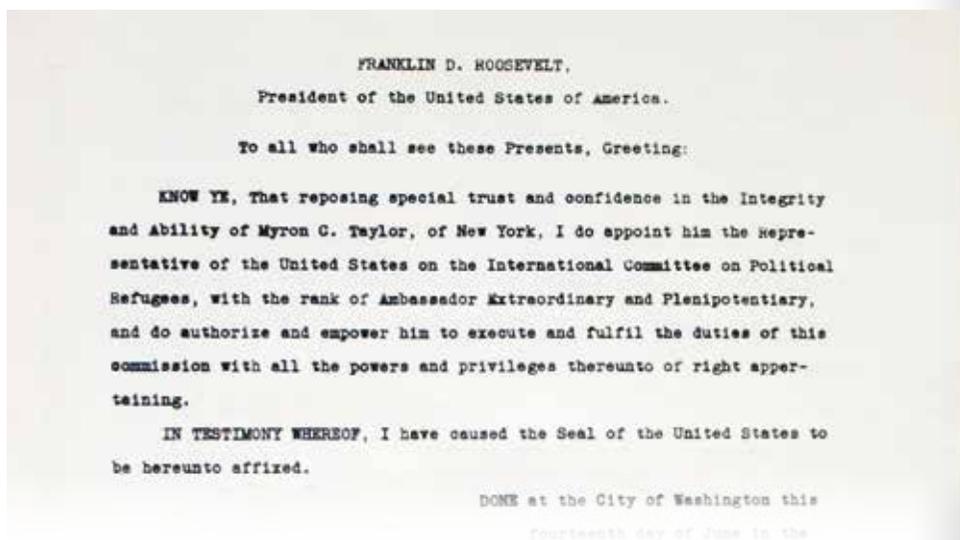
In seiner Eröffnungsrede weist Myron C. Taylor auf die Dringlichkeit, Komplexität und Größe der erzwungenen Migration und Flucht, vor allem aus Deutschland und Österreich, hin – ein „erschütterndes menschliches Problem“, wie er später betont. Diskriminierung und Missachtung von Menschenrechten würden den Prinzipien der Zivilisation zuwiderlaufen, „anarchische“ Migrationsströme den Frieden bedrohen. Évian könne nur ein Anfang sein, um die Kooperation der Staaten untereinander und mit anderen Organisationen zu verbessern und eine langfristige rechtliche, finanzielle sowie logistische Infrastruktur zu schaffen. Eine „geordnete Emigration“ unter Kooperation der Herkunftsländer müsse das Ziel sein. Er bittet die Delegationen vertraulich mitzuteilen, welche Zahl und Art von Flüchtlingen ihre Länder im Rahmen geltender Gesetze aufnehmen könnten.

In seiner Schlussrede zieht Taylor ein positives Fazit: Die Arbeit „müsse und werde“ nun „unermüdlich und ohne Unterbrechung weitergehen“.



Villa Schifanoia, Ansichtskarte, undatiert Taylor ist zwar erfahren in Verhandlungen mit Gewerkschaften und Geschäftspartnern, hat sich bis dahin aber nicht mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt. Deshalb zieht er sich Ende April 1938 zur Vorbereitung auf die Konferenz in die *Villa Schifanoia* zurück. Die Renaissance-Villa bei Florenz hat er 1927 erworben, restauriert und um einen italienischen Garten erweitert.

Ernennungsschreiben Präsident Roosevelts für Myron C. Taylor, 26. April 1938



Myron C. Taylor und Papst Pius XII. im Vatikan, 5. September 1947

Im Dezember 1939 wird Taylor als „persönlicher Gesandter“ Roosevelts zu Papst Pius XII. nach Rom entsandt. Er soll zunächst Italien vom Kriegseintritt an der Seite Deutschlands abhalten, dann den Papst vom Sieg der Alliierten überzeugen und ihn zu einem Protest gegen die Verfolgung der Juden bewegen.

Myron Charles Taylor bei der Rückkehr aus Europa in die USA, 4. September 1939



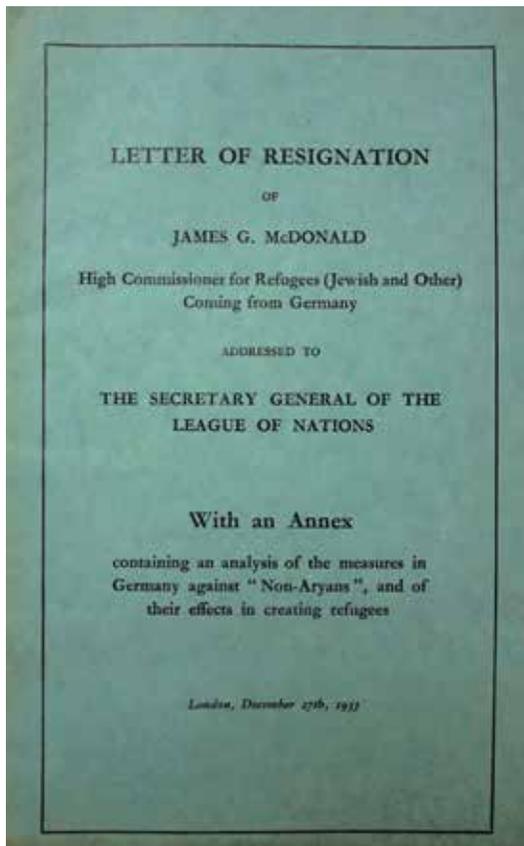
Myron Charles Taylor

18. Januar 1874 Lyons, NY – 5. Mai 1959 New York, NY

Myron C. Taylor praktiziert nach einem Jurastudium als Rechtsanwalt in seiner Geburtsstadt und tritt 1900 in die Wall-Street-Kanzlei seines Bruders ein, spezialisiert auf Unternehmensrecht. Seine Gewinne aus einem Regierungsauftrag für Postversandtaschen und der Erfindung des Fenster-Briefumschlages investiert er in den Kauf verschuldeter Baumwollspinnereien, die er durch Reform der Arbeitsorganisation und technologische Modernisierung saniert.

1925 tritt Taylor in den Finanzvorstand des angeschlagenen Stahlgiganten *U.S. Steel* ein und saniert den Konzern noch vor der Weltwirtschaftskrise 1929. Seit 1932 fungiert er als Vorstandsvorsitzender und öffnet 1937 überraschend den Konzern für eine Kooperation mit den Gewerkschaften.

Als erfolgreicher Unternehmer unterstützt er den Demokraten Franklin D. Roosevelt in dessen Wahlkämpfen. Dieser bittet ihn 1938, die USA auf der geplanten Flüchtlingskonferenz in Évian zu vertreten: „Alles, was Du tun musst, ist diese Leute zusammenzubringen.“ Ab Dezember 1939 dient Taylor den amerikanischen Präsidenten als „persönlicher Gesandter“ beim Papst und anderen religiösen Führern, bis er sich 1950 in den Ruhestand zurückzieht.



Rücktrittserklärung McDonalds als Hochkommissar für die Flüchtlinge aus Deutschland, 27. Dezember 1935 Da immer wieder Zusagen unter anderem des Vatikans und des US-Kongresses nicht eingehalten werden, legt McDonald sein Amt angesichts des mangelnden Mitgefühls mit Flüchtlingen nieder. In einer spektakulären Rücktrittserklärung übt er scharfe Kritik am NS-Regime.

James Grover McDonald nach seiner Ernennung zum Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, New York, 7. Oktober 1933



NS-Kommentar zum Rücktritt McDonalds als Hochkommissar für Flüchtlinge, *Völkischer Beobachter*, 3. Januar 1936



James Grover McDonald

29. November 1886 Coldwater, OH – 25. September 1964 White Plains, NY

Nach einem Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften an der Indiana University lehrt James McDonald an dieser und anderen Universitäten. Als Sohn einer deutschstämmigen Mutter ist er häufig zu Besuch in Deutschland, wo er auch führende Nationalsozialisten trifft. Aufgrund dieser Gespräche ist er früh davon überzeugt, dass das NS-Regime die Vernichtung des europäischen Judentums anstrebt.

Als der Völkerbund 1933 das Amt eines Hochkommissars für die Flüchtlinge aus Deutschland schafft, übernimmt McDonald diesen Posten. Nur zwei Jahre später legt er dieses Amt aufgrund mangelnder Unterstützung nieder. Wenig später wird er Mitherausgeber der *New York Times*. Im April 1938 beruft ihn Präsident Roosevelt zum Vorsitzenden des *President's Advisory Committee on Refugees*. Im selben Jahr wird McDonald Präsident des *Brooklyn Institute of Arts and Sciences* und arbeitet ab 1942 als Kommentator für die *Columbia Broadcasting Corporation*.

1946 gehört er einem britisch-amerikanischen Untersuchungsausschuss an, der sich für die Zulassung von 100.000 jüdischen „Displaced Persons“ in Palästina ausspricht. 1948 wird er US-Sondergesandter und ein Jahr später der erste US-Botschafter in Israel. Nach seiner Rückkehr in die USA 1951 erklärt sich McDonald zum Zionisten und setzt sich bis zu seinem Tode für Israel ein.



Frankreich

vertreten durch

Henry Bérenger

Georges Coulon

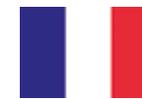
Pierre Bressy

François Seydoux de Clausonne

Louis Baron Brincard

Yves Fourcade

Pierre Combes



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 42.000.000
Fläche (km ²)	ca. 551.000
Einwohner pro km ²	76
Bruttonationalprodukt pro Einwohner	244 US\$
Anzahl der Juden vor 1938270.000 (0,64%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	36%
Bergbau und Industrie	35%
Handel und Verkehr	15%
Übrige Berufe	14%

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entwickelt sich Frankreich zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer der Welt. Die liberale Einwanderungspolitik findet auch in den ersten Monaten des Jahres 1933 unter der neuen Regierung von Premierminister Édouard Daladier seinen Fortgang. Die französischen Vertretungen im Deutschen Reich werden dazu angehalten, die Visabeschränkungen für Flüchtlinge aus Deutschland aufzuheben.

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die sich ab Mitte 1933 auch in Frankreich bemerkbar machen, sowie der zunehmende Einfluss rechtskonservativer und antisemitischer Strömungen führen zu einer sukzessiven Verschärfung der Einreisebestimmungen. Bereits im Juli 1933 legt das Innenministerium fest, dass deut-



Kinder jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland genießen ihre Pause vom provisorischen Schulunterricht in einem leerstehenden Gebäude am Boulevard MacDonald im Dezember 1933 in Paris



Personaldokument von Masza Winecki mit den Stempelmarkierungen „Jüdin“ und „Ausländer unter Bewachung“
Am 4. Oktober 1940 erlässt die Vichy-Regierung ein Gesetz, das den Präfekten die sofortige Internierung von Ausländern „jüdischer Rasse“ erlaubt. Auf Grundlage dieser Verordnung wird die in Polen geborene Schülerin mit ihrer Familie 1941 in das Internierungslager La Lande in Monts verschleppt und 1942 über Drancy nach Auschwitz deportiert.

sche Emigranten nur mit gültigem Pass eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Nicht-Franzosen werden 1934 und 1935 de facto nach und nach von der Ausübung bestimmter, etwa juristischer und medizinischer, Berufe ausgeschlossen, und müssen fortan zuerst einen französischen Arbeitsvertrag vorweisen, um überhaupt eine Arbeitserlaubnis zu erhalten.

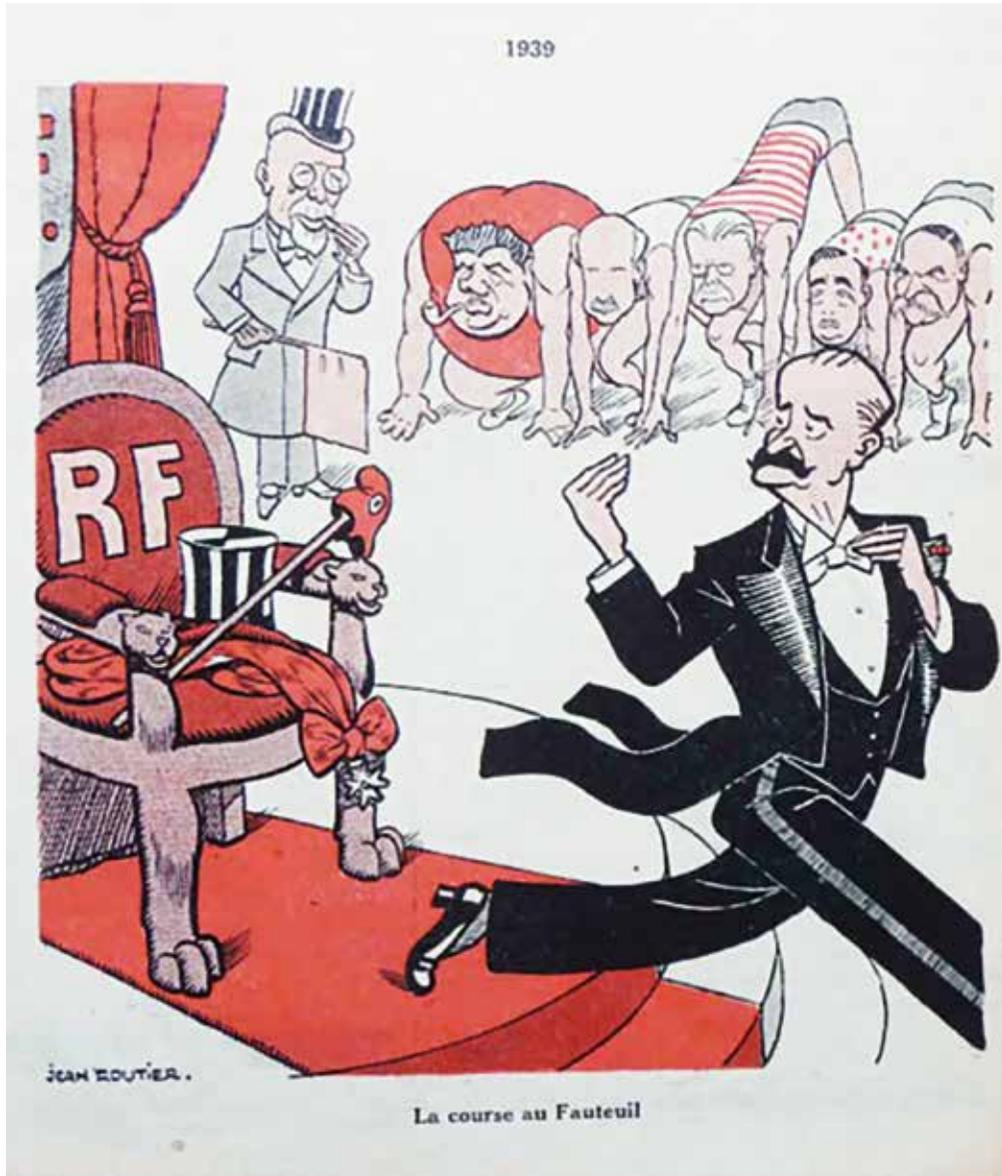
Nach Bildung einer Volksfrontregierung unter dem ersten jüdischen Premierminister Léon Blum werden ab 1936 einige der restriktiven Maßnahmen wieder ausgesetzt. Zugleich führen gezielte Kampagnen der rechtskonservativen Opposition gegen die „jüdisch-bolschewistische“ Regierung zu einer zunehmenden Akzeptanz und Gesellschaftsfähigkeit antisemitischer und antikommunistischer Ideen.

Die Rückkehr Daladiers in das Amt des Premierministers im April 1938 bringt eine erhebliche Verschärfung der Einwanderungsgesetze mit sich. Auch als Reaktion auf illegale Grenzübertritte jüdischer Flüchtlinge nach dem „Anschluss“ Österreichs tritt im Mai ein Dekret in Kraft, das jeden Verstoß gegen die Aufenthaltsregelungen mit hohen Geld- und Freiheitsstrafen belegt. Zudem wird ein Erlass von 1935, der einen begrenzten Nachzug von Familienangehörigen vorsieht, 1939 wieder aufgehoben. Dennoch gelingt es zwischen 1933 und 1939 etwa 100.000 jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich, Zuflucht in der Republik zu erlangen.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs werden alle deutschen und österreichischen Flüchtlinge als „feindliche Ausländer“ in Lagern interniert. Nach dem Beginn der deutschen Besatzung und der Etablierung des als „Vichy-Frankreich“ bekannten État Français im unbesetzten Südtteil des Landes im Sommer 1940 treten in beiden Landesteilen zahlreiche antijüdische Gesetze in Kraft.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz
Die Position Frankreichs ist zwiespaltig: Béranger nennt es ein Land „universeller Gastfreundschaft“, der „Zuflucht und freien Rede“. Er betont die praktische Bedeutung der Konferenz für die zwischenstaatliche Koordinierung und

Karikatur „La course au fauteuil“ („Das Rennen um den Sessel“) aus der Satirezeitschrift *Cri de Paris* vom 30. Dezember 1938. Dritter von rechts: Henry Bérenger. 1938 spekuliert die französische Presse über eine Kandidatur Bérengers für das Amt des französischen Staatspräsidenten. Er selbst hat aber keinerlei Ambitionen.



La course au Fauteuil



Henry Bérenger nach einem Besuch bei Aristide Briand am 14. April 1925

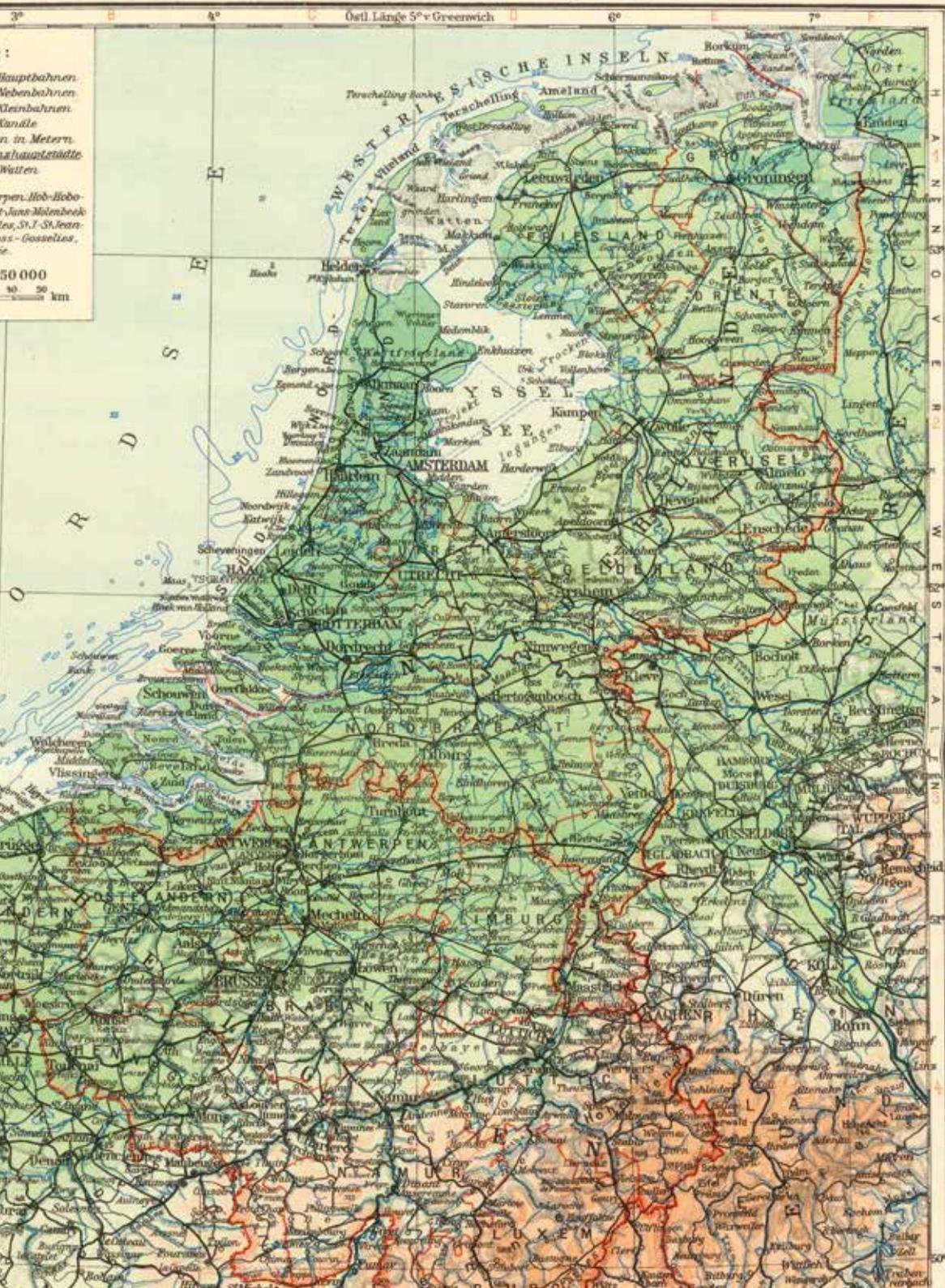
Henry Bérenger

22. April 1867 Rugles – 18. Mai 1952 Saint Raphaël

Nach dem Studium der Literaturwissenschaften nimmt Henry Victor Bérenger eine umfangreiche publizistische Tätigkeit auf und gründet unter anderem die Zeitung *l'Action*. Von 1912 bis 1945 vertritt er als gewählter Repräsentant der linksbürgerlichen *Parti Radical* das französische Überseedepartement Guadeloupe im Senat von Paris.

Mitte der 1920er-Jahre wird Bérenger Botschafter in den USA. In dieser Funktion ist er an der Entstehung des späteren Young-Plans zu den deutschen Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg beteiligt. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich widmet er sich verstärkt der Außenpolitik und übernimmt den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss, den er bis 1939 innehat.

Als die französische Nationalversammlung nach dem Waffenstillstand mit Deutschland 1940 in Vichy über die Verleihung der Generalvollmachten für Philippe Pétain entscheiden soll, lässt sich Bérenger im Vorfeld entschuldigen. Er zieht sich an die Côte d'Azur zurück und tritt bis zu seinem Tod politisch kaum mehr in Erscheinung. 1944 schließt ihn die *Parti Radical* wegen Untätigkeit während der Besatzungszeit aus.



Niederlande

vertreten durch

Willem Cornelis Beucker Andreae

Robert Antony Verwey

Johannes Petrus Hooykaas



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 8.000.000
Fläche (km ²)	ca. 34.000
Einwohner pro km ²	233
Bruttonationalprodukt pro Einwohner	322 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	150.000 (1,87%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	21%
Bergbau und Industrie	39%
Handel und Verkehr	23%
Übrige Berufe	17%

In den 1930er-Jahren herrschen in den Niederlanden stabile politische Verhältnisse. An der Spitze wechselnder konservativer Regierungen steht von 1933 bis 1939 Ministerpräsident Hendrikus Colijn von der *Anti-Revolutionären Partei*. Die Weltwirtschaftskrise hinterlässt auch in den Niederlanden ihre Spuren: Die Folgen sind dort recht spät, dafür aber länger spürbar als in vielen anderen Ländern. Noch 1935/36 sind 20 Prozent der Berufsbevölkerung arbeitslos. Deswegen dient die Wirtschaftslage immer wieder als – teils vorgeschobenes – Argument zur Rechtfertigung der (Flüchtlings-)Politik. Außenpolitisch setzt die Regierung auf Neutralität. Ein wichtiges Ziel ist es dabei, Deutschland als wichtigsten Handelspartner und mächtigen Nachbarn nicht zu verärgern.

Als 1933 die erste Flüchtlingswelle das Land erreicht, verhält sich die Regierung zunächst abwartend. Deutsche Bürger können sich, sofern sie über ausreichend Existenzmittel verfügen, ohne größere Schwierigkeiten im Land niederlassen. Eine Ausnahme stellen Menschen dar, die als potenzielle Gefahr für den Staat angesehen und nach geltendem



Junge Flüchtlinge bei der Feldarbeit im Werkdorp Nieuwesluis, 1936 Ab 1934 werden im *Werkdorp* Hunderte jüdische Flüchtlinge in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk oder Hauswirtschaft ausgebildet. Sie sollen damit auf ein Leben in Palästina oder anderen Ländern vorbereitet werden. Die Regierung hat dazu Teile des Wieringermeerpolders kostenlos zur Verfügung gestellt. Bedingung für eine Aufnahme ist jedoch, dass die Flüchtlinge nach der Ausbildung schnellstmöglich weiterwandern.



Menschenansammlung vor dem Eissalon Koco in der Amsterdamer Rijnstraat Am 24. Mai 1939 wird das von jüdischen Flüchtlingen betriebene Eiscafé zur Zielscheibe der niederländischen *Nationaal-Socialistische Beweging*. Mitglieder der 1931 gegründeten NSB zerstören die Einrichtung des Cafés und schlagen auf die Besucher ein. Mehrere Menschen werden verletzt. Flüchtlinge bilden in den 1930er-Jahren ein beliebtes Ziel für – anfangs meist nur verbale – Angriffe der NSB.

Recht ausgewiesen werden können. Das bekommt ein Teil der politischen Flüchtlinge zu spüren: Die Angst vor „Linken“ ist groß. Ausländern ist jegliche politische Betätigung verboten. 1934 kommt es zu ersten Razzien, und 1935 wird ein Internierungslager eröffnet, das jedoch nach wenigen Monaten wieder geschlossen wird. Dennoch kommt es immer wieder zu Ausweisungen und Internierungen.

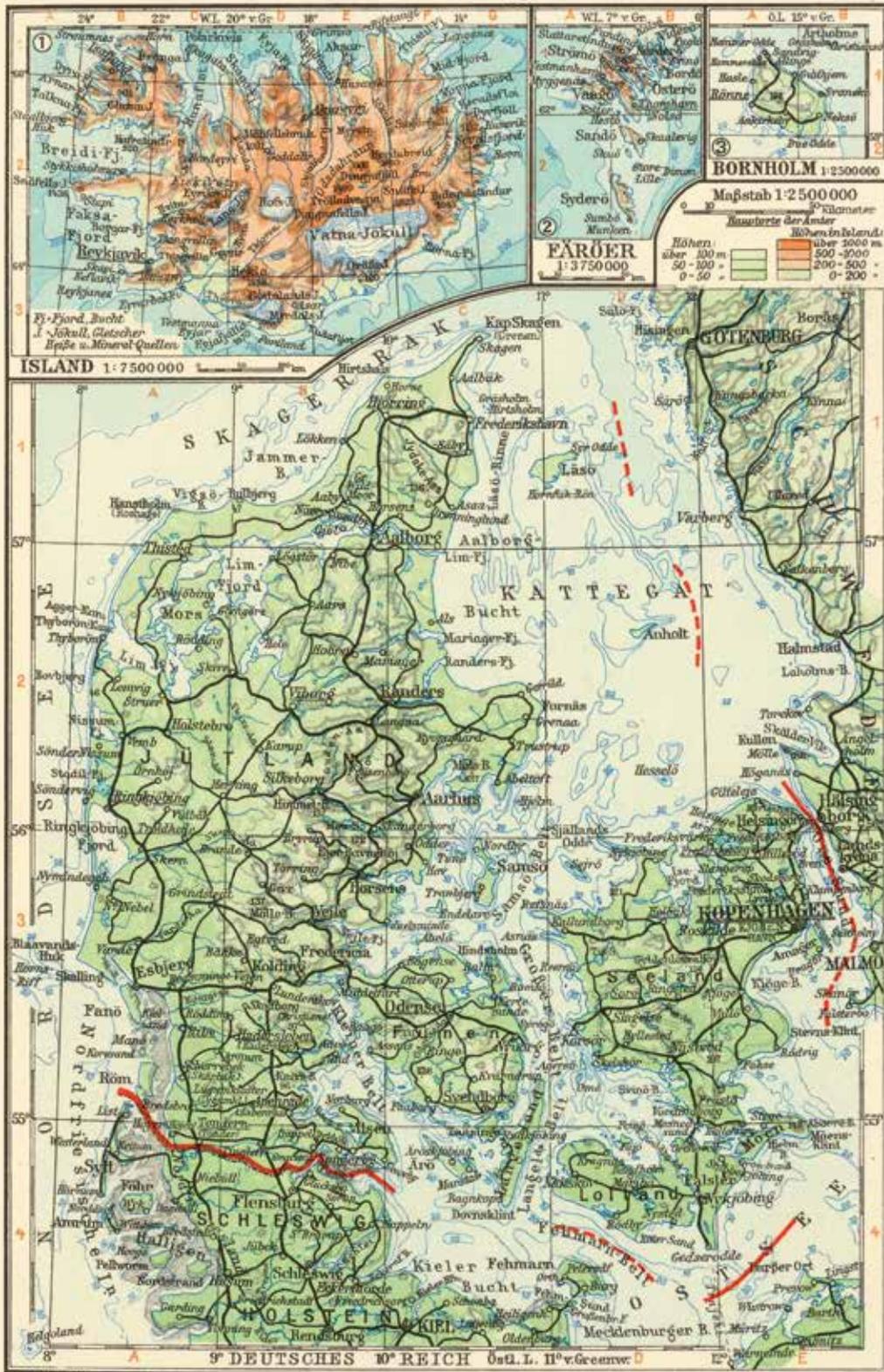
Auch jüdische Flüchtlinge sind ab 1934 vermehrt von Regierungsmaßnahmen betroffen. So soll etwa die Einreise nicht-deutscher Flüchtlinge, also vor allem Juden osteuropäischer Herkunft, möglichst verhindert werden. Zudem wird der Zugang zum Arbeitsmarkt beschränkt: Ab 1935 benötigen ausländische Lohnarbeiter in bestimmten Branchen eine Arbeitserlaubnis, 1937 wird ein Gesetz verabschiedet, das Unternehmensgründungen durch Ausländer reguliert.

Die Politik wird zunehmend restriktiver und erreicht im Frühjahr 1938 eine neue Stufe: Flüchtlinge gelten nun als „unerwünschte Elemente“. Neuankömmlinge dürfen ab Mai 1938 nur noch in Ausnahmefällen einreisen, für alle anderen sind die Grenzen fortan geschlossen.

An diesem Einreisestopp hält die niederländische Delegation auch bei der Évian-Konferenz fest. Nach dem Novemberpogrom weicht die Regierung vorübergehend von ihrem strikten Kurs ab und lässt – auch auf Druck der Öffentlichkeit – weitere Flüchtlinge zu. Etwa 10.000 Menschen kommen (teils illegal) ins Land, von denen ein Teil in neu errichteten Lagern untergebracht wird.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Der niederländische Delegierte W. C. Beucker Andreae erklärt am zweiten Tag der Konferenz, dass die Niederlande aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte und der großen Arbeitslosigkeit aktuell keine weiteren Flüchtlinge – von Ausnahmefällen abgesehen – aufnehmen könnten. Erst nach Weiterwanderung derjenigen, die sich bereits im Land befinden, „wird es möglich sein, weitere Flüchtlinge für einen temporären Aufenthalt zuzulassen, vorausgesetzt, dass ihre endgültige Emigration in Länder, in denen sie sich permanent niederlassen werden, ausreichend



Dänemark

vertreten durch

Niels Carl Gustav Magnus Rasmussen

Troels Hoff

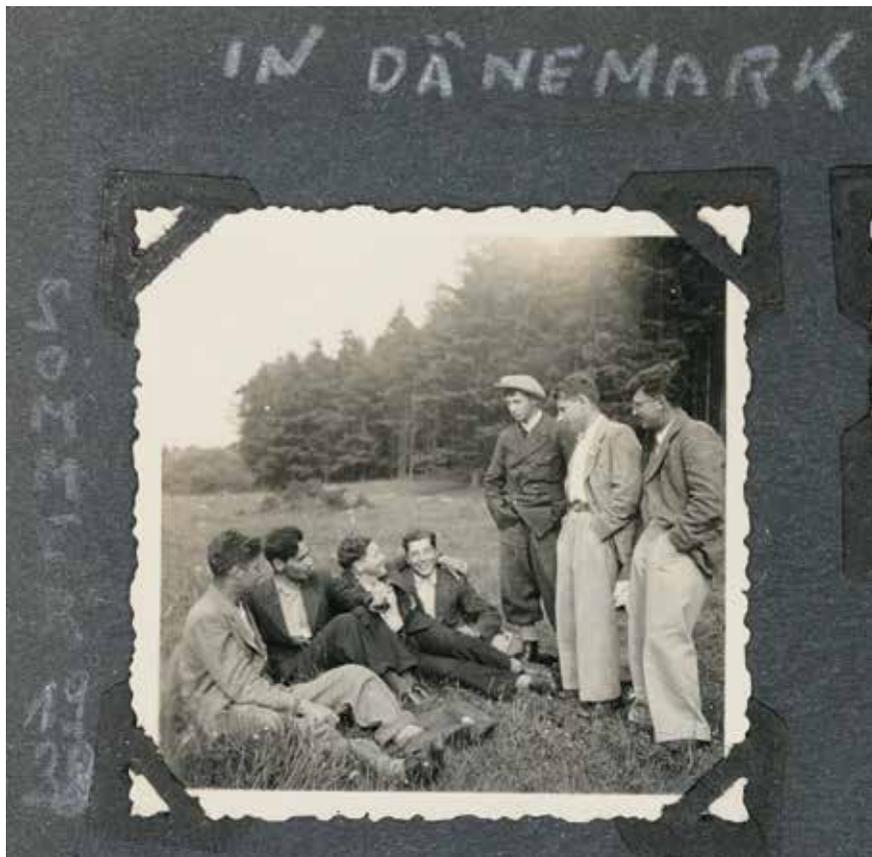


Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 3.700.000
Fläche (km ²)	ca. 44.000
Einwohner pro km ²	84
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	336 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	7.000 (0,2%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	35%
Bergbau und Industrie	30%
Handel und Verkehr	17%
Übrige Berufe	20%

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Einwanderungspolitik im Königreich Dänemark, ebenso wie in den nordischen Nachbarländern Schweden und Norwegen, von Protektionismus und Sorge um den heimischen Arbeitsmarkt geprägt. Zu Beginn der 1930er-Jahre kommt die außenpolitische Rücksichtnahme auf NS-Deutschland als verschärfender Faktor hinzu. Man ist bemüht, Kommunisten und Juden aus dem Deutschen Reich möglichst von der Einreise abzuhalten. Verwaltungsbeamte und Diplomaten begründen den restriktiven Umgang mit jüdischen Flüchtlingen häufig mit antisemitischen Stereotypen.

Zwischen 1934 und 1939 führt eine sukzessive Verschärfung der „Fremdengesetzgebung“ zu einer Drosselung der Einwanderung. So wird ab 1934 die Pass- und Visumvergabe insofern weiter erschwert, als der Polizei das Recht gegeben wird, Ausländer aus „Gründen der staatlichen Sicherheit“ bereits beim Einreiseversuch abzuweisen. Die dänischen Grenzstellen erhalten im Oktober 1938 die Anweisung, „Ausländer zurückzuweisen, die aufgrund von Schwierigkeiten in ihrem Heimatland auszuwandern beabsichtigen und darum nicht in ihr Heimatland zurückkehren können.“ Dies führt dazu, dass bis 1940 jährlich nur noch etwa 200 jüdischen Jugendlichen aus Deutschland, deren Weiterwan-



Erich Meyer aus Frankfurt am Main während der Hachscharah (Vorbereitung) in Dänemark 1938 In landwirtschaftlichen Ausbildungszentren werden jüdische Jugendliche auf das Leben in Palästina vorbereitet.



Fischerboot mit jüdischen Flüchtlingen auf dem Weg vom dänischen Falster ins schwedische Ystad, fotografiert von einem der Flüchtlinge, September/Oktober 1943

derung nach Palästina feststeht, die Einreise gestattet wird. Insgesamt suchen etwa 4.500 Juden aus Deutschland, der Großteil von ihnen Transitflüchtlinge, zwischen 1933 und 1945 Zuflucht in Dänemark.

Als Dänemark am 9. April 1940 von der deutschen Wehrmacht besetzt wird, leitet die dänische Regierung unter dem Sozialdemokraten Thorvald Stauning eine Politik der Zusammenarbeit mit den Besatzern ein, die es ermöglicht, dass Dänemark formell weiter ein souveräner Staat bleibt und sowohl König als auch Regierung nach ihrer Zustimmung zur „Friedensbesatzung“ weiter im Amt bleiben können.

Ende August 1943 wird jedoch der militärische Ausnahmezustand verhängt und die Regierung aufgelöst, da sie nicht genug gegen die zunehmenden Widerstandsaktivitäten im Land vorgeht. Infolgedessen geraten die im Land befindlichen Juden in akute Gefahr. Durch ein breites Engagement in der Bevölkerung, des Widerstands und von Teilen der dänischen Polizei, kann die für den 2. Oktober geplante Deportation nicht durchgeführt werden: 8.000 Menschen können von Helfern mit Schiffen nach Schweden ins Exil gebracht werden.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Der dänische Delegierte Rasmussen betont in seiner öffentlichen Stellungnahme die schwierige Situation, die Dänemark mit anderen Nachbarländern Deutschlands teile. Dänemark sei kein Einwanderungsland – vielmehr habe lange die Auswanderung überwogen – und bereits dicht besiedelt sowie durch anhaltende Arbeitslosigkeit gezeichnet. Dennoch habe das Land internationale Flüchtlingsabkommen ratifiziert und keinen politisch Verfolgten aus Deutschland abgewiesen. Während ein mehr als dreimonatiger oder gar dauerhafter Aufenthalt einer Genehmigung bedürfe, gelte dies nicht für politische Flüchtlinge. Diesen sei zudem, mit Einschränkungen, nach zwei Jahren eine Arbeitsaufnahme gestattet. Rasmussen signalisiert die Bereitschaft Dänemarks, auch weiterhin politische Flüchtlinge aufzunehmen, verweist aber gleichwohl auf die Notwendigkeit internationaler Lösungen. Dänemark könne bei seinen Zugeständnissen keinesfalls über diejenigen von Ländern ähnlicher Größe und Umstände hinausgehen.



Niels Carl Gustav Magnus Rasmussen,
1942

Niels Carl Gustav Magnus Rasmussen

10. August 1895 Odense – 13. September 1953 Kopenhagen

Bereits als Jurastudent arbeitet Gustav Rasmussen während des Ersten Weltkrieges als Sekretär für die dänische Vertretung in Petrograd. Nach seinem Examen tritt er 1921 in den diplomatischen Dienst ein und wird ein Jahr später an die Gesandtschaft in der Schweiz beordert. 1932/33 vertritt er Dänemark im Streit um norwegische Gebietsansprüche auf Grönland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. 1934 wird er als Völkerrechtsexperte der Ständigen Vertretung beim Völkerbund zugeteilt und 1935 zum Bürochef des Außenministers ernannt.

Nach der Teilnahme an der Konferenz in Évian wird Rasmussen 1939 an die dänische Gesandtschaft in London versetzt. Dort weigert er sich 1941, weiterhin Anweisungen aus dem deutsch besetzten Dänemark auszuführen, und schließt sich wenig später dem *Dänischen Freiheitsrat* an.

Im Herbst 1945 wird er als bisher einziger Parteiloser zum Außenminister ernannt. Wegen einer Führungskrise im Außenministerium gibt Rasmussen 1950 sein Amt auf und wird Botschafter in Italien.

Troels Hoff, vor 1945



Troels Hoff

21. August 1903 – 8. Dezember 1961

Nach dem Juraexamen arbeitet Troels Hoff 1928 zunächst als Richter, wechselt aber noch im selben Jahr in das dänische Justizministerium. Hier ist er ab 1933 für Flüchtlingsangelegenheiten zuständig.

Nach der deutschen Besetzung Dänemarks wird er 1942 Staatsanwalt für besondere Angelegenheiten. In dieser Funktion arbeitet er eng mit der gleichnamigen Polizeiabteilung, der Wehrmacht und der Gestapo zusammen und ist für die Verfolgung von Dänen zuständig, denen Spionage, Sabotage und Widerstand gegen die Besatzungsmacht vorgeworfen wird.

Trotz oder gerade wegen seiner Loyalität gegenüber dem Justizministerium bleibt Hoff nach 1945 Staatsanwalt für besondere Angelegenheiten und bekämpft nun mit der Aufklärungsabteilung – und in Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst – in Dänemark zurückgebliebene deutsche Agenten.

Erst 1951 endet seine Karriere abrupt, als sich herausstellt, dass er sich von der Kopenhagener Unterwelt mit Pelzen für seine Frau hat bestechen lassen, weswegen ihn der Oberste Gerichtshof verurteilt.



Schweden

vertreten durch

Gösta Engzell

Carl Albert Magnus Hallenborg



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 6.265.000
Fläche (km ²)	ca. 450.000
Einwohner pro km ²	14
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	n.n.
Anzahl der Juden vor 1938	8.000 (0,11%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	41%
Bergbau und Industrie	32%
Handel und Verkehr	14%
Übrige Berufe	13%

Seit 1880 verfolgt das Königreich Schweden eine protektionistische Einwanderungspolitik. Dabei geht es einerseits um den Schutz des Arbeitsmarktes vor ausländischer Konkurrenz, andererseits aber auch um den Schutz der „schwedischen Rasse“ vor einer „Überfremdung“. Die weite Verbreitung und gesamtgesellschaftliche Akzeptanz von Xenophobie und Antisemitismus spiegelt sich auch in der Gesetzgebung wider. Im öffentlichen Diskurs findet dies in der Devise „Schweden den Schweden“ seinen Ausdruck. Die Weltwirtschaftskrise von 1929–1932 verursacht in dem skandinavischen Staat einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 23 Prozent und hat direkte Auswirkungen auf die Verschärfung der Zuwanderungspolitik Mitte der 1930er-Jahre. Das bereits im Jahr 1927 erlassene und 1932 um weitere fünf Jahre verlängerte „Fremdengesetz“ sieht einen Passzwang vor und gibt den Provinzial- und den lokalen Polizeibehörden weitreichende Befugnisse in Aufenthalts-, Abweisungs- und Internierungsfragen von einreisenden Ausländern.

Nach einer Revision des Gesetzes 1936/37 übernimmt die Ausländerabteilung (Utlänningsbyrån) der schwedischen Sozialbehörde (Socialstyrelse) zunehmend Aufgaben der lokalen Polizeibehörden und entscheidet über Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen. Visa werden generell erst nach Erteilung der Arbeitserlaubnis, die wiederum vorrangig



Auf der Flucht von Norwegen nach Schweden
Aquarell von Dodo Kroner vom 9. April 1940

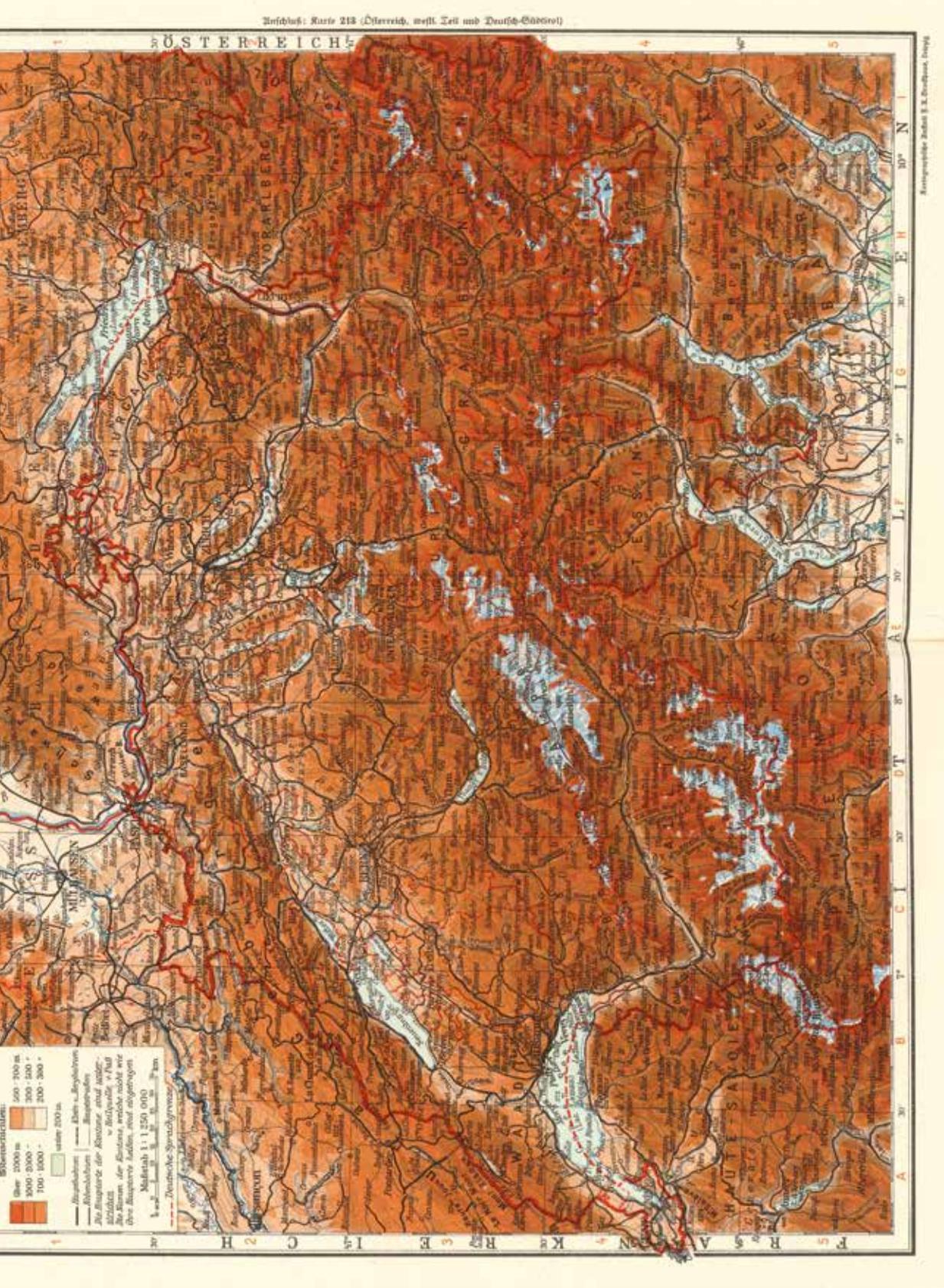
hochqualifizierte Facharbeiter erhalten, ausgestellt. Nur eine sehr geringe Anzahl deutscher Juden emigriert in den 1930er-Jahren nach Schweden. Wie die Schweiz akzeptiert auch Schweden 1938 die deutsche Kennzeichnung der Reisepässe von Juden mit dem eingestempelten roten „J“. „Nicht-Arier“ sollen auf diese Art und Weise schneller identifiziert und bereits an der Grenze abgewiesen werden können.

Die Neutralitätserklärung zu Beginn des Zweiten Weltkriegs hindert das Königreich Schweden nicht daran, weiterhin Wirtschaftsbeziehungen zum Deutschen Reich aufrechtzuerhalten. Dennoch wird die Einwanderungspolitik zu Beginn der 1940er-Jahre liberaler. 1942 genehmigt das Königreich die Einreise von 900 Juden aus Norwegen. Im Oktober 1943 gewährt Schweden etwa 8.000 jüdischen Flüchtlingen, die in kleinen Fischerbooten über den Öresund, das Kattegat und die Insel Bornholm vor der drohenden Deportation aus dem von den Deutschen besetzten Nachbarland Dänemark fliehen, Asyl.

Insgesamt finden zwischen 1933 und 1945 etwa 4.000 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland oder Österreich in Schweden Zuflucht.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Der schwedische Delegierte Engzell erklärt, dass Schweden, obwohl kein Einwanderungsland, zahlreiche politische Flüchtlinge aufgenommen habe. Die Haltung des Landes gegenüber Einwanderern sei mitfühlend und selektiv zugleich, was sich in der Notwendigkeit von Einreise-, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen zeige. Politische Flüchtlinge, die die „schwedische Gastfreundschaft nicht missbrauchten“, würden aber nicht abgeschoben. Allerdings führten zu viele Büro- und Handelsangestellte zu ökonomischen Problemen. Schweden müsse sich zudem gegen „kriminelle“ Einwanderer schützen. Ohne eine Zahl zu nennen, signalisiert Engzell die Bereitschaft Schwedens, nach Einzelfallprüfungen weitere Flüchtlinge mit den „notwendigen Qualifikationen“ zur „Anpassung an die schwedischen Bedingungen“ aufzunehmen. Allgemein gebe es einen Zusammenhang der aktuellen Fluchtbewegung, für die er Ziele außerhalb Europas präferiere, mit dem „Problem europäischer jüdischer Migration“. Hilfe durch Flüchtlingsorganisationen und die Abstimmung mit dem Völkerbund seien wichtig.



Schweiz

vertreten durch
 Heinrich Rothmund
 (William) Henri Werner



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 4.174.000
Fläche (km ²)	ca. 41.000
Einwohner pro km ²	101
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	448 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	20.000 (0,47%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	21%
Bergbau und Industrie	45%
Handel und Verkehr	18%
Übrige Berufe	15%

Die deutschsprachigen Kantone der Schweiz sind naheliegende Fluchtziele für vom NS-Regime verfolgte Deutsche. 1933 kommen fast 10.000 Flüchtlinge, darunter allein 7.631 Juden, die zwischen März und Mai über Basel einreisen.

Mit einem Bundeserlass vom 31. März 1933 werden zwei Kategorien von Flüchtlingen unterschieden: „Politischen Flüchtlingen“ in der Tradition des 19. Jahrhunderts, in welchem Liberale aus den autokratisch regierten deutschen Fürstentümern in die demokratischen Kantone der Schweiz geflohen waren, kann Asyl gewährt werden. Darüber entscheidet die Bundesanwaltschaft, die auch für die Bekämpfung umstürzlerischer Bestrebungen zuständig ist. Da die meisten der als politisch eingestuften Flüchtlinge Anhänger der linken Parteien sind, erhalten zwischen 1933 und 1945 nur ungefähr 650 von ihnen Asyl.

Aus „rassenideologischen“ Gründen Verfolgte gelten dagegen als „Emigranten“. Für die angesichts von Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zunehmenden antisemitischen Strömungen in der Gesellschaft sind sie „unerwünschte Elemente“. Für diese ist die Eidgenössische Fremdenpolizei zuständig, die nach dem Ersten Weltkrieg als Reaktion auf Ängste vor „Überfremdung“ geschaffen worden ist. Die „Emigranten“ erhalten als „Flücht-



Jüdische Flüchtlinge werden von einem schweizerischen Soldaten über die Grenze geleitet, 1933



Jüdische Flüchtlinge im Aufnahmehaus Diepoldsau, Sankt Gallen, 20. August 1938 Für die Unterbringung, den Lebensunterhalt und die Kosten der Weiterwanderung müssen die schweizerischen jüdischen Organisationen aufkommen, die auch das Flüchtlingslager Diepoldsau betreiben. Da Juden aber nie mehr als 0,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung ausmachen, sind sie damit hoffnungslos überfordert, so dass ab 1939 das *American Jewish Joint Distribution Committee* mehr als die Hälfte der Kosten für die Unterstützung der jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz trägt.

linge im Transit“ nur eine Duldung von sechs Monaten, keine Arbeitserlaubnis oder staatliche Unterstützung. Während zunächst die Kantone über Aufenthaltsbewilligungen entscheiden, bedürfen sie ab 1934 der Zustimmung der Fremdenpolizei. Ende 1933 befinden sich nur noch 2.500, und in den folgenden Jahren nie mehr als 5.000 Flüchtlinge in der Schweiz.

Mit der Massenflucht von Juden aus Österreich verdoppelt sich die Zahl bis Ende 1938 auf 10–12 Tsd., obwohl die Schweiz zum 1. April 1938 die Visumpflicht für Inhaber österreichischer Pässe eingeführt hat. Auf die Einführung reichsdeutscher Ausweisdokumente in ganz Österreich reagiert die Fremdenpolizei im August 1938 mit einer Grenzsperrung für jüdische Flüchtlinge, die sich aber nicht durchhalten lässt. Deswegen erlässt die Schweiz Anfang Oktober 1938 eine Visumpflicht für Inhaber deutscher Pässe mit dem roten „J“-Stempel, was eine Einreise für jüdische Flüchtlinge unmöglich macht.

Die Versuche einzelner Kantone wie Basel-Stadt oder Sankt Gallen, wo der Polizeihauptmann Paul Grüniger mehr als 1.000 jüdischen Flüchtlingen die Einreise ermöglicht, an einer liberaleren Flüchtlingspolitik festzuhalten, sowie die großzügige Visaerteilung durch einzelne Konsulatsbeamten im Frühjahr 1939 mit der Absetzung und disziplinarischen Bestrafung der Verantwortlichen.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Der Schweizer Delegierte Rothmund betont in seiner öffentlichen Stellungnahme, dass die Schweiz nur ein Transitland sein könne. Wegen ihrer kleinen Fläche und herrschender Arbeitslosigkeit könne man „natürlich nicht darüber nachdenken, Flüchtlingen einen permanenten Aufenthalt zu gewähren“. Für die vielen aus den Nachbarländern Deutschland und Österreich Kommenden gebe es von Behörden und Hilfsorganisationen jedoch breite Versorgung und Unterstützung bei der Vorbereitung der Weiterreise. Allerdings gelte für Österreicher wieder Visumpflicht; Flüchtende müssten zudem ihren Aufenthalt beantragen oder ihren – eng definierten – Status als politische Flüchtlinge nachweisen. Die Arbeit des Zwi-



Zentralamerika

Nicaragua

vertreten durch

Constantino Herdocia y Terán



Statistische Übersicht 1938

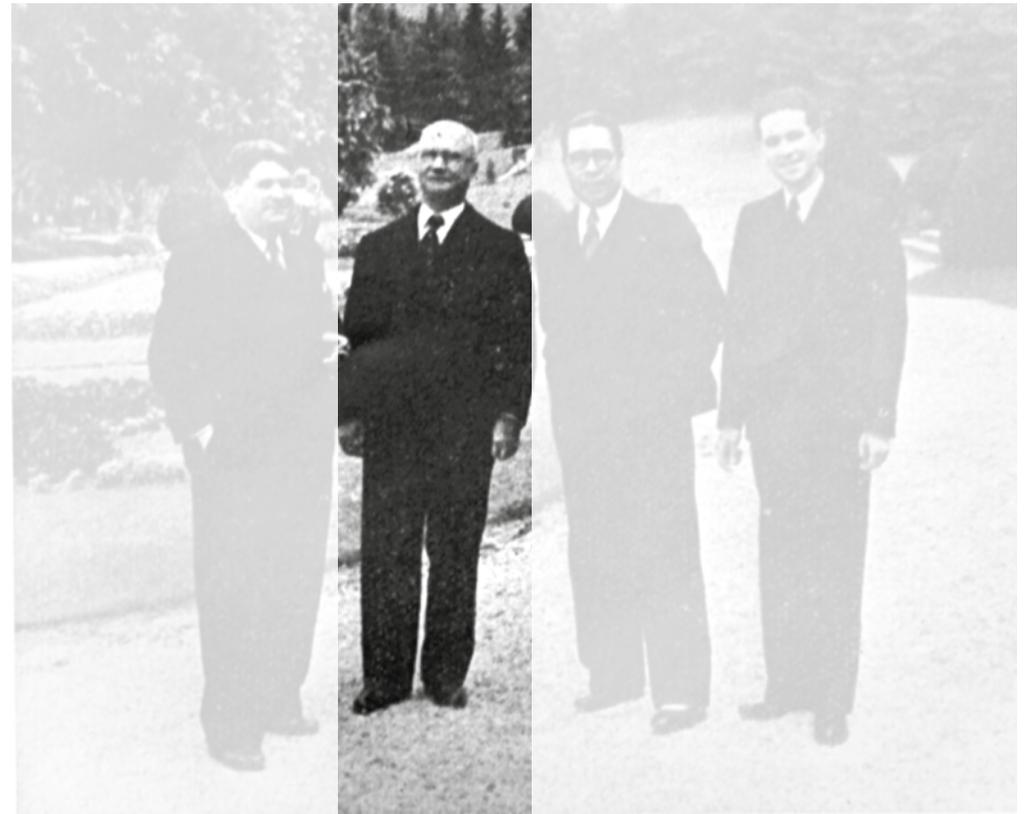
Einwohnerzahl	ca. 1.130.000
Fläche (km ²)	ca. 120.000
Einwohner pro km ²	9
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	n.n.
Anzahl der Juden vor 1938	100 (0,01%)
Berufsgliederung	n.n.

Im Vergleich zu den drei anderen Diktaturen des Nordens gelingt es dem Begründer der am längsten andauernden Diktatur in Zentralamerika, Anastasio Somoza Garcia, erst relativ spät, sich gegenüber großen Teilen der Elite des Landes durchzusetzen.

Zunächst inszeniert sich Somoza als vermeintlicher Hüter der Interessen der Lohnabhängigen. Dann gewinnt er durch seine Abwertungspolitik in den Jahren extremer Inflation 1937 bis 1939 zunehmend die Unterstützung der Oligarchie, während die Mittel- und Unterschicht verarmen.

Die in Anlehnung an die SA aufgebaute Nationalgarde erhält polizeiliche Funktionen und kontrolliert die Ein- und Auswanderung, was für den Somoza-Clan eine erhebliche Einnahmequelle darstellt. Aber erst durch die Unterstützung der USA (Einladung nach Washington) 1939 setzt sich der frühere Dolmetscher für US-Truppen als unangefochtener Machthaber durch. Erst jetzt beendet Nicaragua auch die bis zu diesem Zeitpunkt bedeutenden Außenhandelsgeschäfte mit dem Deutschen Reich.

Als Zufluchtsland spielt Nicaragua in diesen Jahren keine Rolle: Nur etwa 35 Emigranten erreichen das zentralamerikanische Land.



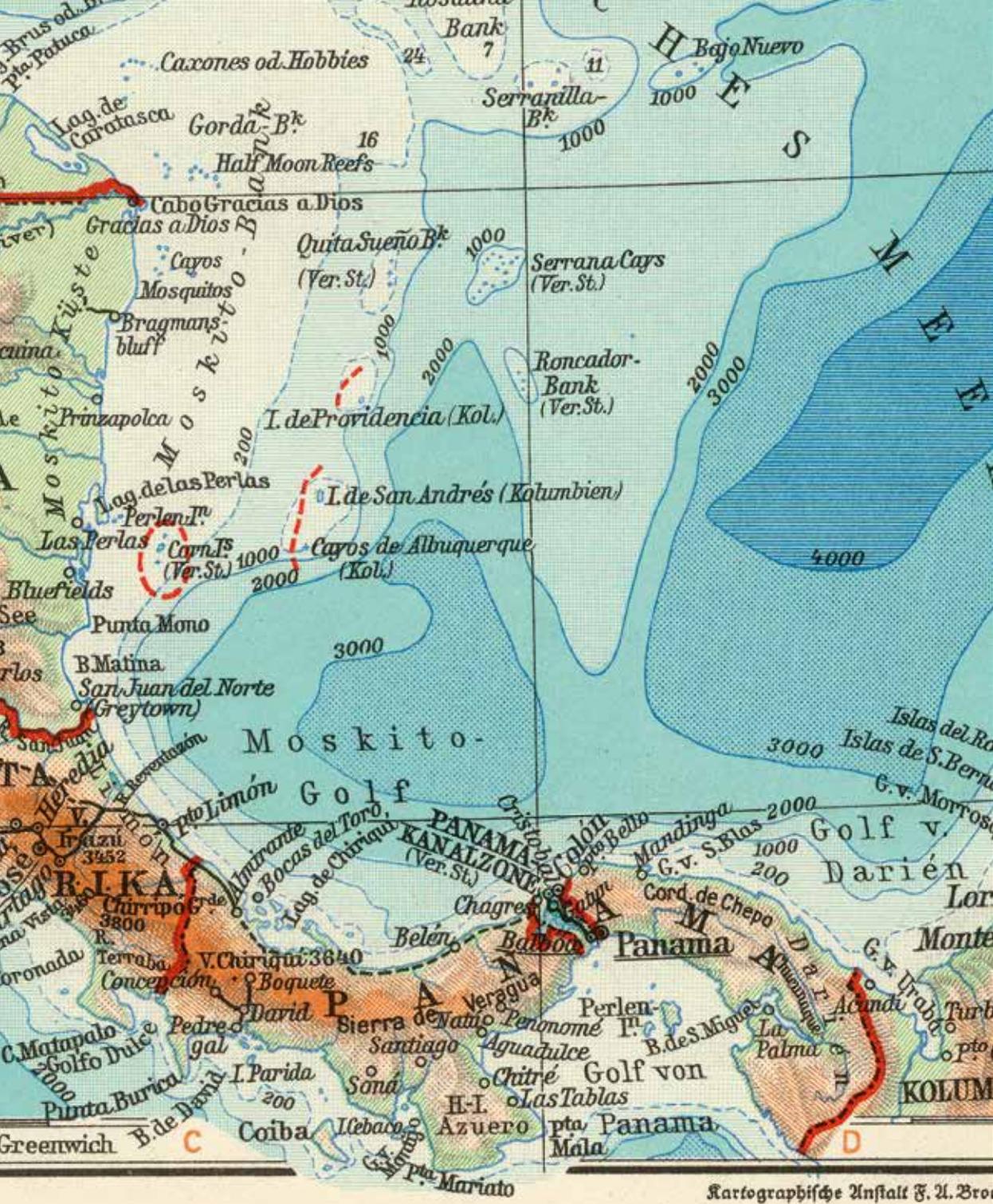
Constantino Herdocia y Terán, 15. Juli 1938

Constantino Herdocia y Terán

18. Januar 1880 Ciudad de León, Nicaragua – 21. Mai 1953 San José, Costa Rica

Der gebürtige Nicaraguaner Constantino Herdocia y Terán geht für das Medizinstudium nach Europa und studiert in Paris und Berlin. Nach dem abgeschlossenen Studium praktiziert Terán ab 1913 in Costa Rica, wo er bald zu einem bekannten Hals-Nasen-Ohrenarzt wird und an der Universität San José lehrt.

In den 1930er-Jahren tritt der erfolgreiche Arzt in den diplomatischen Dienst Nicaraguas ein und wird nach Europa geschickt. Dort fungiert er ab 1934 als Gesandter Nicaraguas in Frankreich sowie ab 1937 in Österreich und im Vatikan.



Zentralamerika

Panama

vertreten durch

Ernesto Hoffmann



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 520.000
Fläche (km ²)	ca. 75.000
Einwohner pro km ²	7
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	n.n.
Anzahl der Juden vor 1938	850 (0,16%)
Berufsgliederung	n.n.

Seit seiner Gründung 1903 ist Panama wirtschaftlich und politisch abhängig von den USA. Als Reaktion auf den zunehmenden politischen Einfluss des nationalsozialistischen Deutschen Reiches setzen die USA auf eine massive Verstärkung ihrer militärischen Position am Panamakanal. Dafür erklären sie sich 1936 bereit, den Panamavertrag neu zu verhandeln und auf bis dahin gesicherte hoheitliche Rechte außerhalb der Kanalzone und der Militärbasen zu verzichten.

In Bezug auf die Einwanderungsbestimmungen ist Panama von Beginn an restriktiv gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen. Das Gesetz Nr. 6 vom 11. März 1904 verbietet die Einwanderung von „Chinesen, Türken und Syrern“. Obwohl es anfangs keinerlei Auswirkungen auf den Status der Betroffenen hat, ist seine Begründung doch eindeutig rassistisch: Es diene dem Schutz vor einer Schädigung der „Volks Gesundheit“ durch die Gewohnheiten und ethnologischen Eigenarten „der mongolischen und semitischen Rassen“.

Wer in den 1930er-Jahren Zuflucht in Panama sucht, muss finanziell in der Lage sein, seine Lebenshaltungskosten für das erste Jahr selbst tragen zu können. Zudem müssen bei der Einreise mindestens 100 US-Dollar vorgezeigt werden. Wer länger als 60 Tage im Land bleibt, benötigt ein Visum. Insgesamt gelangen nicht mehr als 600 Flüchtlinge in das zentralamerikanische Land.

B. 13. 2. 1931

von Herrn Villalaz
7. 2.
11. 2. 1931
Herrn Villalaz
Herrn Villalaz, interimistischer Geschäftsträger
in Genf
11. 2. 31

B-23-Pan-Genf.1 - ZK.

Notiz

Notiz.

Herrn Villalaz,
Bitte sich in Genf
zu erkundigen, ob
dies irgendwelche
Begründungen
über die Absetzung
von Herrn
Hoffmann ist.

Herr Villalaz, interimistischer Geschäftsträger der Republik Panama in Berlin, teilte mir anlässlich seines gestrigen Besuches mit, dass die Ernennung des Herrn Hoffmann zum Generalkonsul von Panama in Genf ein wahrer Skandal sei. Herr Hoffmann sei ein Abenteurer schlimmster Sorte, der seine Einkünfte aus allerlei dunkeln Quellen, hauptsächlich aus Spielsälen beziehe, und er sei denn auch öfter in Zoppot und ähnlichen Orten zu finden als in Genf. Herr Villalaz werde bei seinem demnächstigen Aufenthalt in Panama dafür sorgen, dass Herr Hoffmann als Generalkonsul in Genf abgesetzt werde.

11. Februar 1931.

H.

Notiz des Schweizer Gesandten in Berlin, 11. Februar 1931 In der Notiz werden Mitteilungen des panamaischen Geschäftsträgers in Berlin wiedergegeben, nach denen Ernesto Hoffmann „ein Abenteurer schlimmster Sorte“ sei, der „seine Einkünfte aus allerlei dunkeln Quellen, hauptsächlich aus Spielsälen beziehe.“

Ernesto Hoffmann

5. Oktober 1879 Rüdenhausen, Bayern – 26. März 1943 Genf

Ernst Hoffmann geht nach einem Lehrerstudium nach Panama und arbeitet dort an einer staatlichen Schule. 1906 wird er zum Direktor des *Nationalen Instituts für Handel und Sprachen* ernannt. Als der Protestant Hoffmann das Schulwesen Panamas nach deutschem Vorbild reorganisieren will, scheitert er am Widerstand der dominierenden katholischen Kirche.

Hoffmann heiratet die Tochter eines wohlhabenden panamaischen Rechtsanwalts, der ihm ab 1910 ein Medizinstudium in Deutschland finanziert. Während des Ersten Weltkrieges als Militärarzt in Berlin eingesetzt, geht Hoffmann 1915 nach Panama zurück, wo er mit dem Geld seines Schwiegervaters eine Arztpraxis und eine Apotheke eröffnet.

Nach dem Kriegseintritt der USA wird er als „feindlicher Ausländer“ interniert und kehrt 1919 kurz nach Deutschland zurück, um sich dafür eine hohe Entschädigungssumme auszahlen zu lassen.

Anschließend nimmt er die Staatsbürgerschaft Panamas an und lässt sich durch den Einfluss seines Schwiegervaters zum Honorarkonsul in Berlin ernennen. Seinen neuen Status nutzt er vermutlich dazu, im Diplomatengepäck große Mengen Salvarsan, ein arsenhaltiges Medikament gegen Syphilis, nach Panama zu schmuggeln.

Gegen Kritik und Intrigen anderer panamaischer Diplomaten kann er sich behaupten, weil eine Schwester seiner Frau 1929 den amtierenden panamaischen Außenminister heiratet.

1930 wird Hoffmann zum Generalkonsul in Genf und zum Ständigen Vertreter Panamas beim Völkerbund ernannt. Er hält sich aber weiterhin oft in Berlin auf, wo er die meiste Zeit in Vergnügungslokalen und Spielhallen verbracht haben soll, und stirbt 1943 in Genf.



Zentralamerika

Honduras

vertreten durch

Mauricio Claudio Rosal Bron



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 960.000
Fläche (km ²)	ca. 155.000
Einwohner pro km ²	6
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	n.n.
Anzahl der Juden vor 1938	250 (0,02%)
Berufsgliederung	n.n.

Anfang der 1930er-Jahre setzt sich der honduranische Diktator Tiburcio Carías Andino in inneren Machtkämpfen gegen die *Liberale Partei* durch, ohne dass er sich auf ein starkes Militär hätte stützen können. Hilfreich dabei ist die Unterstützung durch die Diktatoren im Norden, Ubico und Martínez. Carías Andino setzt die von ihm aufgebaute Geheimpolizei ein, um die Opposition zu unterdrücken und überlässt der US-amerikanischen *United Fruit Company*, der eigentlichen wirtschaftlichen Macht, die Herrschaft über die Plantagenregion an der Atlantikküste.

Obwohl die Einwanderungsbedingungen für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich weniger restriktiv sind als beispielsweise in Panama – so muss bei der Ankunft kein Eigenkapital vorgewiesen werden und eine Einreise ist zeitweise ohne Visum möglich – gelangen insgesamt nur etwa 100 Menschen in den zentralamerikanischen Staat.

Ninguno es profeta en su tierra...

El proverbio de que ninguno es profeta en su tierra, está un poco sobado; pero no hallamos otro a la medida para decir lo que vamos a decir y lo plantamos, además, como una confirmación de la verdad que se encierra en tan pocas palabras.

El Gobierno tenía como Secretario de la Legación de Guatemala en Honduras al señor don Mauricio Rosal, joven de guapa presencia, de educación fina recibida en Francia y con un apellido ilustre en nuestra ciencia médica. No estaba el joven Rosal muy bien de bienes de fortuna; pero tenía dentro de su corazón una alondra que le cantaba un buen amanecer. Y, un día de tantos, se casó con una hija del señor presidente Carias, pa-

ra lo cual se quitó la nacionalidad guatemalteca y se plantó el capisayo hondureño. Por más que la elegida de su corazón fuera de distinta nacionalidad, no era el caso de ver con despego a la buena Guatemala.

Pero aparte de lo que supone un amor triunfante es el caso que tenemos a la vista La Gaceta, Diario Oficial de la República y en la edición del 23 del mes pasado, nos encontramos la transcripción de tres acuerdos, tres acuerdos que son como un alejarse de felicidades.

Por el acuerdo número 72 se nombra al señor don Mauricio Rosal Cónsul ad-honorem de Honduras en Berlín; por el acuerdo número 79 se autoriza la erogación de mil doscientos lempiras que se pagarán a don Mauricio Rosal para sus gastos de viaje a Berlín en donde desempeñará el cargo de cónsul ad-honorem; y, por el acuerdo número 80 se autoriza la erogación de mil ochocientos lempiras que se pagarán al señor Mauricio

Rosal para gastos de la misión extraordinaria que lleva a Berlín y durante los meses de noviembre y diciembre del corriente año...

Lo que decíamos; ninguno es profeta en su tierra; en Guatemala, don Mauricio es casi seguro que no tuviera tales brevas. Ha sido preciso ir a Honduras, para que se obtenga con tanta facilidad la felicidad del corazón, la honra de desempeñar cargos adhonorem y la lluvia de lempiras, como lluvia milagrosa. Todo está muy bien: lo único que deja un amargor en la boca es que, por conveniencias muy personales, se renuncie a la nacionalidad guatemalteca que es algo natural, y se vea a Guatemala con repudio, después de haber sido una buena madre...

„Nichts gilt der Prophet im eigenen Land ...“

Nuestro Diario, Guatemala, 6. Dezember 1937

Rosals Wechsel der Staatsangehörigkeit, seine Ernennung zum honduranischen Honorarkonsul in Berlin und die vom Staatspräsidenten angeordnete Zahlung seiner Reisekosten aus der Staatskasse wird von der guatemaltekischen Presse kritisch kommentiert.



Mauricio Claudio Rosal Bron, 15. Juli 1938

Mauricio Claudio Rosal Bron

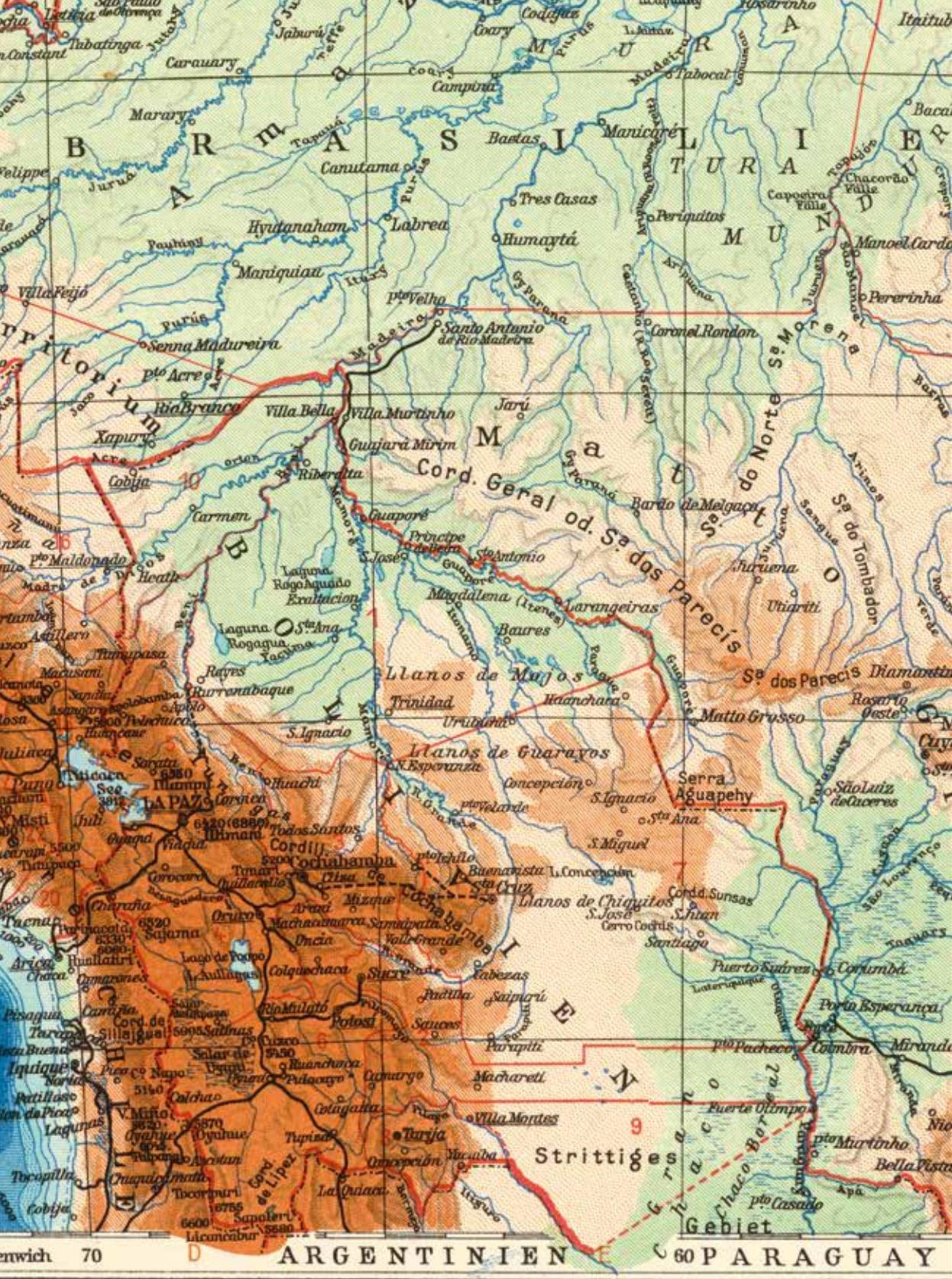
23. Dezember 1912 Guatemala – 1975 USA

Der Guatemalteke Mauricio Claudio Rosal Bron arbeitet ab 1934 als Sekretär an der guatemaltekischen Gesandtschaft in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa, in deren Gesellschaftskreisen er sich bald großer Beliebtheit erfreut.

1937 erwirbt er die Staatsbürgerschaft von Honduras, um im Herbst desselben Jahres Marta Carías, die Tochter des honduranischen Staatspräsidenten Tiburcio Carías Andino, zu heiraten. Unmittelbar darauf wird er zum honduranischen Honorarkonsul in Berlin ernannt. Nachdem Rosal 1932 zum Berufskonsul in Berlin befördert worden ist, wird er im Frühjahr 1938 Ständiger Vertreter von Honduras beim Völkerbund in Genf und vertritt in dieser Funktion sein Land bei der Konferenz in Évian.

Anschließend geht er als Konsul nach Frankreich, wo er ab 1940 bei der Kollaborationsregierung in Vichy akkreditiert ist. 1944 gehört er zu den Unterzeichnern eines „Manifesto del Comité Liberal Demócrata de Honduras en México“, das sich gegen seinen Schwiegervater, den Militärdiktator Tiburcio Carías Andino, richtet. Später nimmt Rosal wieder die guatemaltekische Staatsbürgerschaft an und fungiert 1958 als Privatsekretär des in gefälschten Wahlen an die Macht gekommenen Staatspräsidenten Miguel Ydígoras Fuentes, der ihn 1959 zum Botschafter Guatemalas in Belgien und den Niederlanden ernennt.

Auf einer Reise von Brüssel nach Guatemala wird Rosal bei einem Zwischenstopp in New York am 3. Oktober 1960 von der amerikanischen Drogenfahndung festgenommen, nachdem 224 Pfund Heroin in seinem Gepäck gefunden worden sind. Das Bezirksgericht New York-Süd verurteilt ihn zu fünfzehn Jahren Haft.



Bolivien

vertreten durch
 Adolfo Costa du Rels
 Simón Iturri Patiño



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 3.000.000
Fläche (km ²)	ca. 1.300 000
Einwohner pro km ²	2
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	39 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	350 (0,01%)
Berufsgliederung	n.n.

Bolivien gilt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als eines der ärmsten lateinamerikanischen Länder und als unattraktives Zuwanderungsland. Die indigene Bevölkerung lebt unter Bedingungen, die der Leibeigenschaft ähneln. Eine Mittelschicht, Gewerkschaften und ein moderner nationaler Markt bilden sich nur langsam heraus. Der Außenhandel ist vollständig von der Zinnproduktion abhängig. Im Chaco-Krieg (1932–1935) werden 52.000 Bolivianer getötet. Die Niederlage gegen Paraguay führt zu enormen Gebietsverlusten und Auslandsschulden sowie politischer Instabilität. Bis im Juli 1937 Germán Busch, Sohn eines deutschen Arztes, die Staatspräsidentschaft übernimmt, wird Bolivien vom Militär regiert.

In der Hoffnung, die darniederliegende bolivianische Wirtschaft anzukurbeln, bietet die Regierung im Juni 1938 unbeschränkte Zuwanderungsmöglichkeiten für alle in der Landwirtschaft tätigen Einwanderer an. Der deutsch-jüdische Industrielle Moritz Hochschild, der für die Einwanderung von Juden nach Bolivien eine wichtige Rolle spielt, unterstützt die Erteilung solcher Visa. Er gründet im Januar 1939 in Zusammenarbeit mit dem American Jewish Joint Distribution Committee die *Sociedad de Protección a los Imigrantes Israelitas/SOPRO* (Gesellschaft für den Schutz der israelitischen Einwanderer). Ein von ihm gefördertes Siedlungsprojekt im unerschlossenen Tiefland soll die Zuwanderung größerer Gruppen jüdischer Flüchtlinge ermöglichen.

Die liberale Einwanderungspolitik bleibt nicht unwidersprochen. Gerüchte über einen Handel mit Blanco-Visa und unkontrollierte Zuwanderung durch jüdische Flüchtlinge



Paraguayische Soldaten mit bolivianischen Kriegsgefangenen während des Chaco-Kriegs, Januar 1935 Gerüchte, dass Paraguay die im Krieg verlorenen menschenleeren Gebiete des Chaco mit geflüchteten Juden besiedeln will, schüren Misstrauen sowohl gegen Flüchtlinge als auch gegen die liberale Einwanderungspolitik.

Augenzeugenbericht über „Anti-jüdische Pressehetze“ in Bolivien, um 1939

Anti-jüdische Pressehetze

Am Montag, den 17. April 1939, erschien zum ersten Mal die Zeitschrift "El Eco Libre", ein Blatt, das man als eine Miniaturausgabe des "Stürmers" bezeichnen kann. Es ist vielleicht nicht ganz richtig, wenn ich sage: zum ersten Male, denn das Blatt trägt die Nummer 36, Jahrgang III. Aber die vorige Nummer sah ganz anders aus. No 35 enthielt Karikaturen, selbst Beschimpfungen, der Diktatoren, war durchaus anti-fascistisch und .. pro-jüdisch! Früher veröffentlichte sie sogar Artikel, die zur Flüchtlingshilfe aufriefen. Jetzt erscheint das Blatt in folgender Aufmachung: auf der Titelseite ein Bild des gekreuzigten Jesus, mit der Unterschrift: "El Pueblo" (Das Volk) Um Hände und Beine sind schwere Stricke geschlungen, an denen Juden ziehen. Dazu folgender Text: "En manos de los judios bolivianos - y de los judios extranjeros .. está el pueblo boliviano".

Ein anderer Artikel auf der Titelseite: "El Nuevo Shylock". Da heisst es von den jüdischen Flüchtlingen: "Se trata de una obra sólida, dura y de alto teatro, que ha de tener reperplanteado la lucha de razas, frente ala manga de langostas judias, que ha caído sobre nuestros campos como agricultores, y los cuales cultivan nuestras tierras, en la Confiteria Apolo oen el Hotel Paris". Und so weiter: auf Seite 2, Seite 4, Seite 8 - immer dasselbe Thema: "Das Emigrantengesindel fängt an, sich unter uns breit zu machen".

Die einzige Zeitschrift, die vielleicht noch auf einem etwas höheren Niveau steht, "La Revista de Bolivia", eine Monatsschrift, bringt in ihrer März-Ausgabe verschiedene Bilder unter dem Titel "Ecos del Carnaval". "La pareja Dietrich-Alborta" stellen "los judios" dar und bekommen für ihre "humoristische" Kostümierung den ersten Preis. Der Junge in einem zu grossen Anzug mit viel zu langen Ärmeln und Rosen, in der einen Hand einen Stock, in der anderen einen Koffer; das Mädchen mit einem Hut aus Grossmutter's Zeit und einem Rock, der bis weit auf die Erde reicht, ausserdem Regenschirm und dunkle Brille. Darunter als Erklärung, "Die Juden"!

ohne landwirtschaftliche Qualifikation führen zu politischen Verwerfungen. Restriktivere Einwanderungsbestimmungen werden erlassen, jedoch nicht konsequent umgesetzt. Antisemitische Anfeindungen nehmen zu.

Dennoch entwickelt sich Bolivien bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs zu einem der Hauptaufnahmelande des lateinamerikanischen Kontinents, bis im April 1940 die bolivianische Regierung ein Gesetz erlässt, das die Einwanderung von Juden ausnahmslos und auf unbestimmte Zeit verbietet. Insgesamt können sich ca. 8.000 deutsche und österreichische Juden nach Bolivien retten.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Adolfo Costa du Rels betont in der Abschlussitzung der Évian-Konferenz, dass in Flüchtlingsfragen nicht Politik oder Ideologie, sondern Humanität an erster Stelle stehen müsse. Er sagt Boliviens allgemeine Unterstützung der Konferenzziele im Rahmen seiner materiellen und gesetzlichen Grenzen zu; die Bildung eines Zwischenstaatlichen Komitees und die Abschlussresolution der Konferenz seien eine zukunftsweisende Weiterführung der Arbeit des Völkerbundes. Costa du Rels bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die jüdische Emigration „zum Aufkommen neuer Formen der Zivilisation und der Entwicklung von Fortschritt in südamerikanischen Ländern“ beitrage.



Artikel zum Ende der liberalen Einwanderungspolitik in der in Bolivien erscheinenden deutschsprachigen Rundschau vom Illimani vom 3. Mai 1940 Das Einwanderungsgesetz vom 30. April 1940 richtet sich gezielt und ausschließlich gegen jüdische Flüchtlinge. „In Bezug auf die Einwanderung nichtjüdischer Elemente wird eine liberale Politik angewendet“, berichtet die von deutschen Sozialdemokraten herausgegebene Wochenzeitung Rundschau vom Illimani.



Adolfo Costa du Rels,
undatiert

Adolfo Costa du Rels

19. Juni 1891 Sucre – 1980

Der Sohn eines französischen Vaters und einer bolivianischen Mutter wächst in Frankreich auf; er studiert dort Literatur und Rechtswissenschaften. 1912 kehrt Costa du Rels nach Bolivien zurück. Im Ölgeschäft gelangt er in kurzer Zeit zu großem Vermögen.

1917 tritt er in den diplomatischen Dienst ein, 1930 wird er zum bolivianischen Delegierten beim Völkerbund ernannt. Gleichzeitig verfolgt Costa du Rels eine Karriere als Schriftsteller. In Gedichten, Theaterstücken und Prosa kritisiert er die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung und die Privilegien der bolivianischen Eliten. Seine diplomatischen Bemühungen im Chaco-Krieg scheitern.

Seit Beginn des Jahres 1938 ist er in Verhandlungen des *Internationalen Nansen-Büros für Flüchtlinge* involviert, um Bolivien als mögliches Zufluchtland für deutsche Juden zu gewinnen. An der Konferenz von Évian nimmt er nicht von Beginn an teil.

Simón Iturri Patiño, undatiert,
auf einem Gemälde von Avelino
Nogales



Simón Iturri Patiño

1. Juni 1862 Cochabamba – 20. April 1947 Buenos Aires

Simon Patiño wächst in ärmlichen Verhältnissen auf. Er gelangt durch glücklichen Zufall in den Besitz einer außerordentlich ertragreichen Zinnmine. 1905 gehört ihm die größte bolivianische Bergbaugruppe, 1906 auch die größte Bank Boliviens. Patiño hat unmittelbaren Zugang zum Präsidenten und allen politischen Organen.

Das Angebot der *Liberalen Partei*, für diese in den Senat zu ziehen, lehnt Patiño 1911 ab, ebenso die 1920 von der *Republikanischen Partei* angebotene Präsidentschaftskandidatur. Seine politischen Interessen und Einflussnahme richten sich vor allem auf die Expansion der Bergbauindustrie. Patiño kontrolliert den weltweit größten Zinnkonzern und gilt als reichster Mann der Welt.

1923 verlegt er seinen Lebensmittelpunkt nach Paris und bekleidet in Frankreich das Amt eines bevollmächtigten Ministers. Als solcher nimmt er an der Konferenz von Évian teil, ohne sich dort öffentlich zu äußern.



Brasilien

vertreten durch

Hélio Lobo

Jorge Olinto de Oliveira



Statistische Übersicht 1938

Einwohnerzahl	ca. 47.000.000
Fläche (km ²)	ca. 8.500.000
Einwohner pro km ²	6
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	33 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	55.000 (0,12%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	69%
Bergbau und Industrie	14%
Handel und Verkehr	8%
Übrige Berufe	9%

Die brasilianische Bevölkerung im 19. Jahrhundert geht mehrheitlich auf Einwanderung oder Zwangsverschleppung aus Afrika, Europa und Asien zurück. Nach dem Ende der Sklaverei 1888 fördert die Republik mit liberalen Gesetzen die Immigration, um einerseits die riesigen Flächen des Landes zu besiedeln und zu kultivieren und andererseits den Bedarf an Arbeitskräften im boomenden Kaffeeanbau sowie in den wachsenden Metropolen zu decken. Allerdings versucht die Regierung, Zuwanderung aus Afrika und Asien zu unterbinden, während Einwanderer aus Europa mit offenen Armen aufgenommen werden. In den 1920er-Jahren fordern führende Politiker und Medien – von Ideen der Eugenik beeinflusst – die Beschränkung auf „reine“ Europäer.

Begünstigt durch den Verfall des Kaffeepreises infolge der Weltwirtschaftskrise gewinnt 1930 Getúlio Vargas mit einem nationalistischen und auf wirtschaftlichen Fortschritt setzenden Programm die Präsidentschaftswahlen. Seine Vorstellungen eines „Estado Novo“ (Neuer Staat) sind antikommunistisch, rassistisch und antisemitisch und gründen auf einer Änderung der Bevölkerungspolitik: Mindestens zwei Drittel der Belegschaft eines Betriebes müssen fortan brasilianisch sein.

Vargas wendet sich zudem gegen separatistische Tendenzen in der Bevölkerung, etwa solche der deutschen Minderheit. In die möglichst weiße „brasildade“ sollen sich neue

Die Einwanderung nach Brasilien / Sonderbericht für die C.V.-Zeitung

L.B. Rio de Janeiro, 5. September
 Die Ausführungsbestimmungen zum Dekret Nr. 3010 vom 20. August bringen wichtige Ergänzungen zum Einwanderungsdekret Nr. 406 vom 4. Mai dieses Jahres (vgl. C.V.-Zeitung Nr. 21 vom 26. Mai). Sie werden im folgenden kurz charakterisiert:

Die Einwanderungsquote

von 2% der Einwanderer aus jedem Land zwischen dem 1. 1. 1884 und dem 31. 12. 1933 ist für die wichtigsten Länder folgende:

Land:	Gesamt:	Landwirtsch.:	Sonstige:
Italien	27 927	22 421	5 506
Portugal	22 055	18 264	4 791
Spanien	11 545	9 296	2 209
Deutschland	4 712	3 817	955
Türkei	1 563	2 817	312
Japan	2 849	3 279	570
Polen	1 230	954	246
Frankreich	1 010	654	216
Litauen	896	717	179
Rumänien	791	609	152
Jugoslawien	721	577	144
Großbritannien	425	350	86
Ungarn	325	260	65
Diverse	1 071	—	—
Insgesamt	79 820	61 718	15 331

Aenderungsmöglichkeiten der Quote

Wenn die Quote eines Staates 3000 Personen nicht überschreitet, kann sie der Conselho de Imigração e Colonização (CIC) bis zu dieser Grenze erhöhen. Wenn die Quote eines Staates in einem Jahr nicht erreicht wird, kann sie zugunsten landwirtschaftlicher Einwanderer anderer Nationalitäten, deren Quote erschöpft ist, verwandt werden. Nicht erreichte Quoten können im Saldo auf das folgende Jahr übernommen werden, jedoch nicht länger als auf drei Jahre.

In die Quote eingeschlossen sind alle Ausländer von über 1 Jahr, die dauernd nach Brasilien einwandern wollen und die in anderen Ländern naturalisierten Brasilianer. Von der Quote ausgenommen sind mit Brasilianern verheiratete Ausländerinnen und die minderjährigen Kinder brasilianischer Bürger sowie Ausländer, die ein brasilianisches Kind (in Brasilien geboren) haben. Der Quote unterworfen sind Ausländer, die mit begrenztem Aufenthalt nach Brasilien kommen und dort bleiben wollen (Touristen). Bei Ehepaaren mit verschiedener Nationalität gilt im Zweifel diejenige, deren Quote noch nicht erschöpft ist.

Das Kriterium für landwirtschaftliche Einwanderung muß bei dem Konsul erbracht werden, der das Visum erteilt. Notwendig ist ein Beweis einer öffentlichen Vereinigung, einer Gesellschaft oder glaubwürdiger Personen. Soweit solche Beweise von Brasilien aus erbracht werden, ist es genügend, jedoch hat die

Konsulatsstelle zu prüfen, ob die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen gewahrt sind.

Die Verteilung der Quoten auf die Konsulatsstellen in den einzelnen Ländern wird von dem jeweils ranghöchsten Konsulat vorgenommen. Etwaige Salden können auf die anderen Konsulatsstellen desselben Landes übertragen werden. Bei erschöpften Quoten können Einwanderungswillige in der Reihenfolge des Antrags- eingangs vorgemerkt werden.

Erfordernisse für das Visum

Für die dauernde Einwanderung ist die Einreichung folgender Beweise bei der Konsularstelle erforderlich: Gültiger Reisepaß, Leumundzeugnis für 5 vorausgehende Jahre, politisches Führungszeugnis einer Polizeistelle oder 2 von der Konsularstelle anerkannter glaubwürdiger Personen, Gesundheitszeugnis, Impfzeugnis, Beweis des angegebenen Berufs, Geburtschein, Trauschein. Personen über 60 Jahre ohne Angehörige in Brasilien bedürfen eines Beweises, daß sie über \$ 600 000 monatlich einnehmen. Personen hoher sozialer Stellung können von den polizeilichen und Berufsstaten nach Gutdünken des Konsuls befreit werden.

Staatenlose können das Visum nur erhalten, wenn sie nachweisen können, daß sie jederzeit ohne Schwierigkeiten in das Land zurückkehren können, in dem

C.V.-Zeitung. Allgemeine Zeitung des Judentums,

15. September 1939 In dem Sonderbericht für die Zeitung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens werden die neuen Quotenregelungen für die Einwanderung nach Brasilien erläutert. Die Zahl der Immigranten soll zwei Prozent der bereits ansässigen Einwanderer aus den verschiedenen Ländern nicht überschreiten. Die Erfordernisse für den Erhalt eines Visums, die der Artikel ebenfalls nennt, sind hoch.

Zuwanderer nahtlos einfügen; mit der neuen Verfassung von 1934 gilt eine jährliche Einwanderungsquote. Im August 1938 bekräftigt Präsident Vargas seine Politik: „Die Einwanderer müssen sich als Kraft für den Fortschritt erweisen, [...] wir müssen uns jedoch gegen das Einsickern bzw. Einschleusen von Elementen schützen, die sich in ideologische oder rassische Abweichler verwandeln könnten.“

Antisemitische Kräfte forcieren nun ein völliges Verbot der Einwanderung von Juden. Die Visavergabe ist zudem abhängig von der Einstellung der jeweiligen Konsulate. Ab 1939 wird empfohlen, Juden, die als „hilfreich“ für die Entwicklung des Landes anzusehen seien, ein Visum auszuhändigen. An der Entscheidung über Anträge sind das Justizministerium, der Generalstab und die politische Polizei beteiligt. Hierdurch gerät die Frage der Zuflucht für Juden zu einem Thema nationaler Sicherheit.

Einer großen Zahl jüdischer Flüchtlinge gelingt es, durch falsche Angaben zur Religion nach Brasilien zu gelangen. Von 1933 bis 1945 finden 23.572 Juden Zuflucht in Brasilien.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Hélio Lobo betont in Évian die Souveränität Brasiliens und seine traditionell liberale Einwanderungspolitik, die allerdings eine strikte Assimilierung der Einwanderer fordere. Die jüngste Einwanderung aus Osteuropa und Asien mache zudem Quoten notwendig, um den „ethnischen“ Status quo zu erhalten. Für Deutschland und Österreich seien 3.099 bzw. 1.655 Einwanderungen vorgesehen. Wegen des Arbeitskräftemangels auf dem Land befürworte Brasilien seit Kurzem die Einwanderung von Technikern und Landwirten und helfe hiermit den USA in ihren Bemühungen, der humanitären Notsituation entgegenzutreten. Um öffentliche Anerkennung bemüht, versucht Lobo einerseits den auf Ausgrenzung von Juden zielenden Vorgaben des Außenministeriums zu entsprechen und andererseits einen gewissen Spielraum zu erlangen, indem er für die Aufnahme von „nichtarischen“ Katholiken wirbt. Lobo vermeidet jeden konkreten Bezug auf die jüdischen Flüchtlinge, und darüber hinaus jede Festlegung auf die ohnehin geringen Zugeständnisse.

US-Präsident Roosevelt (Mitte) mit Brasiliens Präsident Getúlio Vargas (links) bei einem Treffen auf einem US-Zerstörer vor der brasilianischen Hafenstadt Natal, Januar 1943 Vargas bemüht sich um eine Annäherung an die USA. Gleichzeitig werden ihm persönliche Sympathien für Hitler nachgesagt. Er betreibt eine Politik der Neutralität und Balance zwischen den Machtblöcken, da er weder die Geschäfte mit dem Deutschen Reich noch die Beziehungen zu den USA gefährden will.





Hélio Lobo, mit Frau und Kind,
undatiert

Hélio Lobo

27. Oktober 1883 Juiz de Fora – 1. Januar 1960 Rio de Janeiro

Nach dem erfolgreichen Abschluss eines Jurastudiums spezialisiert sich Hélio Lobo auf Militärstrafrecht. Im Anschluss arbeitet er als Redakteur für verschiedene Zeitungen, bevor er in den diplomatischen Dienst wechselt. Er gilt als Vertreter der Politik der Amerikanisierung, die insbesondere eine Annäherung Brasiliens an die USA vorsieht.

Als Mitglied des Brasilianischen Instituts für Geschichte und Geographie publiziert er historische Untersuchungen über die brasilianische Diplomatie, in denen er die These vertritt, dass internationales Recht zur Wahrung des Friedens beiträgt. Seine diplomatische Karriere führt ihn 1919 als Delegierten Brasiliens zu den Friedensverhandlungen nach Versailles und von 1920 bis 1926 als Generalkonsul nach London und New York. In den 1920er- und 1930er-Jahren vertritt er Brasilien zudem auf den wichtigsten interamerikanischen und internationalen Konferenzen.

In Évian leitet Lobo die brasilianische Delegation und wird später Mitglied im Vorstand des Zwischenstaatlichen Komitees für Flüchtlinge in London.

Jorge Olinto de Oliveira,
um 1938 in der Schweiz

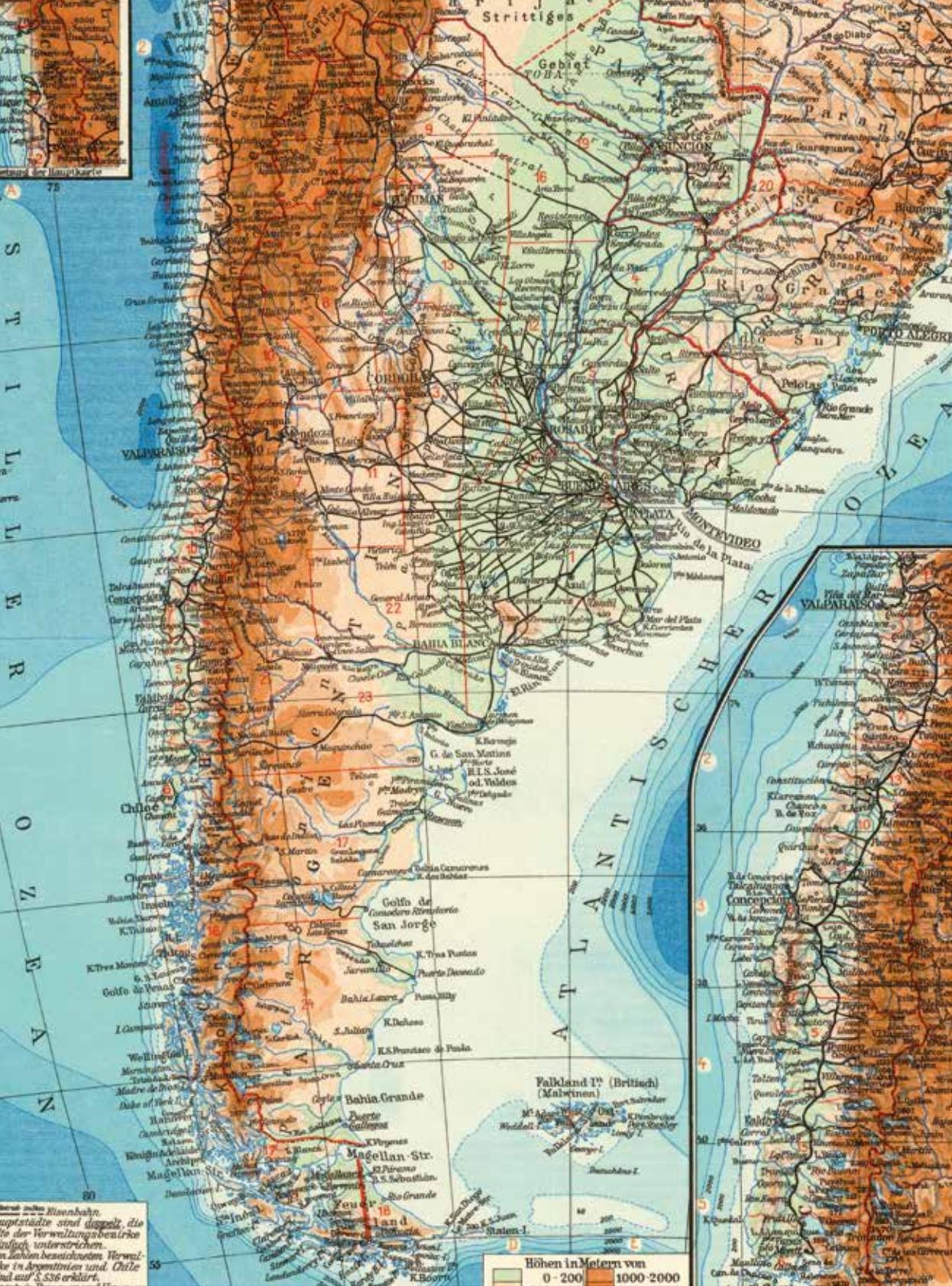


Jorge Olinto de Oliveira

1885 Porto Alegre, Rio Grande do Sul – unbekannt

Der zweite Delegierte des Landes wird als Sohn eines bekannten Facharztes für Pädiatrie im südbrasilianischen Porto Alegre geboren. Nach dem Studium entscheidet sich auch Olinto de Oliveira für die diplomatische Laufbahn: Von 1934 bis 1936 ist er Geschäftsträger der Botschaft in Kopenhagen, 1938 Erster Sekretär und anschließend Generalkonsul in Genf.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist er zwei Jahre lang Botschafter in Honduras. 1959 kehrt er als Vertreter Brasiliens in Finnland nach Europa zurück.

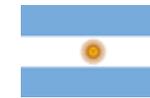


Argentinien

vertreten durch

Tomás A. Le Breton

Carlos Alberto Pardo Bidart

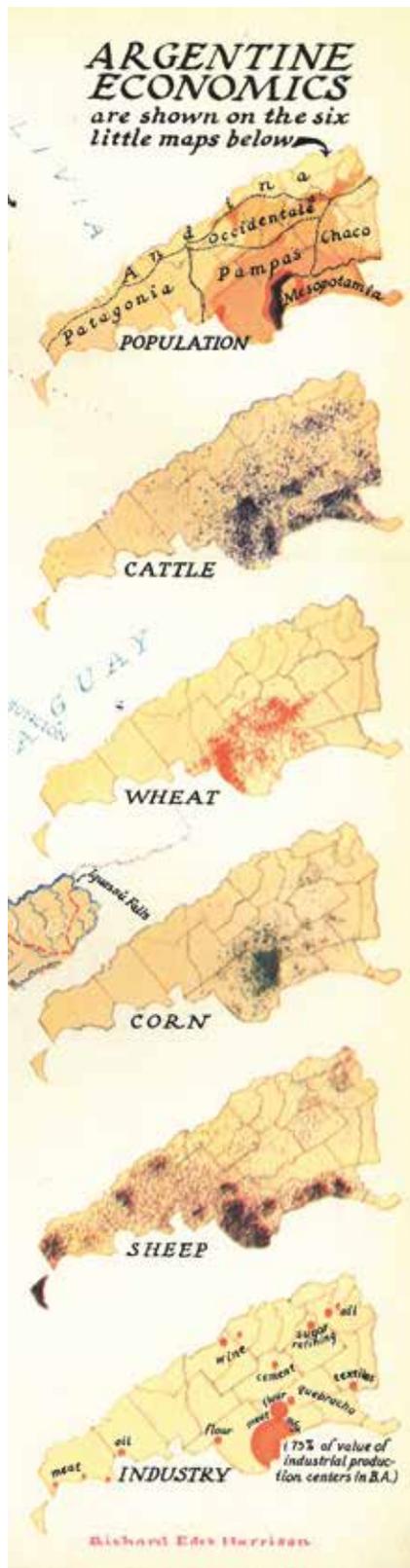


Statistische Übersicht 1938

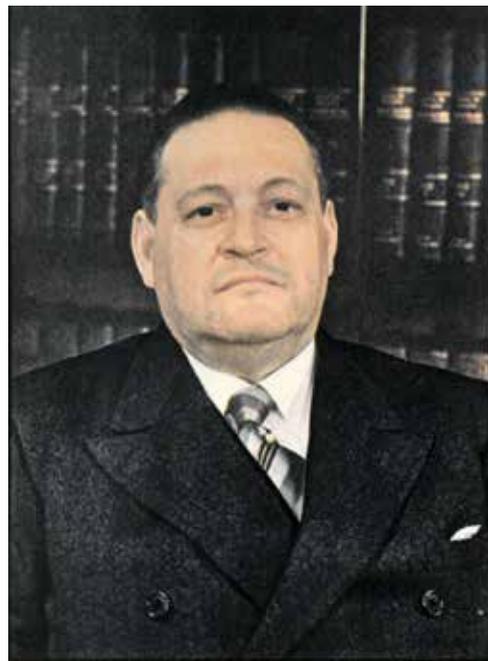
Einwohnerzahl	ca. 12.400.000
Fläche (km ²)	ca. 2.800.000
Einwohner pro km ²	4
Bruttosozialprodukt pro Einwohner	156 US\$
Anzahl der Juden vor 1938	270.000 (2,18%)
Berufsgliederung	
Land- und Forstwirtschaft	23%
Bergbau und Industrie	43%
Handel und Verkehr	15%
Übrige Berufe	19%

Migrationsbewegungen prägen die argentinische Geschichte. Zwischen 1870 und 1930 wandern rund sechs Millionen Europäer in das Land ein. Ein 1876 verabschiedetes Einwanderungsgesetz erlaubt weitgehend freie Einreise. Um eine „weiße“ argentinische Nation zu schaffen, werden Migranten gezielt angeworben, während die indigene Bevölkerung Patagoniens fast vollständig ermordet wird. „Gobernar es poblar“ („regieren heißt bevölkern“) lautet das Motto der europäisch geprägten Eliten. Argentinien zählt in den 1920er-Jahren weltweit zu den führenden Exportnationen für landwirtschaftliche Produkte.

Die Weltwirtschaftskrise trifft das Land an einer empfindlichen Stelle. Zwischen 1929 und 1932 sinken die Staatseinnahmen drastisch, die Arbeitslosenzahlen steigen. 1930 putscht das Militär. Ein Bündnis rechtsgerichteter Parteien dominiert nun das Land und erlässt 1936 ein Dekret, das die Einwanderung empfindlich einschränkt. Die Verordnungen richten sich vor allem gegen kommunistische, republikanische und jüdische Flüchtlinge aus Spanien und Deutschland. Sie werden als Gefahr für die Gesundheit der argentinischen Bevölkerung und die politische Ordnung des Landes diffamiert.



Fortune, Juli 1938 „Die argentinische Wirtschaft“. Ein wesentliches Ziel argentinischer Migrationspolitik ist die Wiederbesiedlung und Kultivierung von Gebieten, die durch den Völkermord an den indigenen Einwohnern verwaist sind. Die grundsätzlich befürwortete Einwanderung unterliegt ökonomischen Nützlichkeitskriterien. In den 1930er-Jahren soll die Beschränkung auf Landwirte zudem jüdische Flüchtlinge fernhalten. Dennoch gelingt vielen die Einreise.



Roberto María Ortiz, Abbildung in Fortune, Juli 1938 Die Regierung des 1938 zum Präsidenten gewählten Ortiz ist mit Großbritannien politisch und ökonomisch eng verbunden. Dennoch bleibt Ortiz außenpolitisch neutral. Innenpolitisch beteuert er demokratische und humanitäre Positionen, doch verschärft auch er die Einwanderungsgesetze, um den faschistischen Kräften im Land das Wasser abzugraben.

Von 1938 bis 1942 regiert Präsident Roberto María Ortiz, der für eine Stärkung von Demokratie und liberaler Politik steht. Doch auch seine Regierung verschärft die Zuwanderungsgesetze und begründet dies mit der „nationalen Sicherheit“, den Interessen der argentinischen Arbeiterschaft sowie der Argumentation, dass so das Erstarken faschistischer Kräfte im Land zurückgedrängt werde.

Noch während der Konferenz von Évian werden alle argentinischen Botschafter angewiesen, das Erteilen von Visa grundsätzlich abzulehnen, wenn anzunehmen ist, dass die Antragsteller das Heimatland verlassen wollen, weil sie dort unerwünscht sind. Zwei Wochen nach der Konferenz werden die Kontrollen an den Außengrenzen verschärft, um illegale Einwanderungsversuche zu verhindern.

Am 28. Juli 1938 schafft ein Dekret das liberale Einwanderungsgesetz von 1876 faktisch ab. Immigranten brauchen fortan ein Visum des argentinischen Konsulats im Herkunftsland, eine Ausschiffungserlaubnis der Einwanderungsbehörde und den Nachweis eines landwirtschaftlichen Vorhabens. Strenge Kontrollen aller Dokumente durch Behörden des Justizministeriums, der politischen Polizei und des Generalstabs machen ab Sommer 1938 die Einreise für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich nach Argentinien nahezu unmöglich.

Öffentliche und interne Stellungnahmen auf der Konferenz

Der argentinische Delegierte Le Breton betont gleich zu Beginn seiner öffentlichen Stellungnahme, mit Blick auf die Relation von Immigration zur Bevölkerung habe „kein Land mehr getan als Argentinien, um Einwanderer unabhängig von Nationalität, politischer Überzeugung und religiösem Bekenntnis willkommen zu heißen“. Besonders für Landwirte gebe es große und fruchtbare Flächen, wobei Viehzucht der wichtigste Wirtschaftszweig sei. Eine Zahl zukünftig aufzunehmender Einwanderer nennt Le Breton nicht, Aufnahmemöglichkeiten würden laufend bekannt gegeben. Obwohl er erklärt, Argentinien sei „von Natur aus gastfreundlich“, betont er eine sozial und ökonomisch bedingte Grenze der Aufnahmebereitschaft. Eine Immigration dürfe nicht zu Lasten der ansässigen Bevölkerung gehen. Diese Restriktion findet in einem neuen Dekret zum

HAMBURG-SÜD

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft

Generalvertretung Wien

Fernsprecher: 21-0-27, R 21-3-17 / Telegrammadresse: Platafahrt
Postsparkassenkonto: 696

Sche.
Ki.

Wien I., 21. April 1938.
Kärntner Straße 38

An das Amt
des Reichsstatthalters
(Wanderungsamt)
I., Herrengasse Nr. 23.

Mit Gegenwärtigem möchten wir Ihnen höflichst zur Kenntnis bringen, dass uns seitens des argentinischen Konsulats, Wien 3., Jacquingasse Nr. 21, bezüglich Erteilung des argentinischen Visums Schwierigkeiten bereitet werden, insofern, als dasselbe seit einigen Tagen österr. Reisepässe, die bereits für die Ausreise gültig sind, nicht mehr annehmen will, sondern unbedingt reichsdeutsche Pässe verlangt.

So hätten wir vor einigen Tagen einen Fall bei einer Kassa-Passagierin, der Schülerin Helene Ujvari, mit unserem MS. "Monte Rosa", 22.4. ab Hamburg nach Buenos Aires. Dieselbe ist Arierin (Religion r.k.) und besitzt österr. Pass, der in Wien am 12. ds. von der Polizeidirektion ausgestellt wurde. Die Erteilung des argentinischen Visums wurde verweigert, unter Hinweis darauf, dass nur reichsdeutsche Pässe angenommen werden.

Nun haben wir wieder 2 Passagiere (Kassa) die ebenfalls Arier (Religion r.k.) und mit unserem D. "General San Martin", 29.4. ab Hamburg nach Buenos Aires reisen wollen. Auch hier wurde uns die Erteilung des Visums verweigert, da österr. Pässe vorliegen.

Frl. Ujvari sprach selbst beim Konsulat diesbezüglich vor, während wir für die beiden anderen Passagiere persönlich dortselbst intervenierten und ebenfalls die gleiche Auskunft erhielten.

Da uns der Standpunkt des argentinischen Konsuls in Wien ganz unverständlich ist, zumal doch das Konsulat von Paraguay und auch von Brasilien ohne Schwierigkeiten auch heute noch österr. Reisepässe erteilen, möchten wir Sie höflichst bitten, wenn eben möglich, in dieser Angelegenheit beim argentinischen Konsulat zu intervenieren.

Für Ihre Mithilfe danken wir Ihnen im Voraus bestens und sehen Ihrem allfälligen Bescheide gerne entgegen, ob der argentinische Konsul tatsächlich das Recht hat, österr. Pässe nicht mehr anzunehmen.

Heil Hitler !

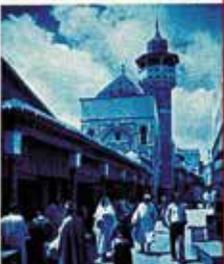
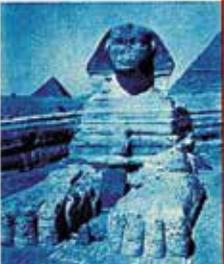
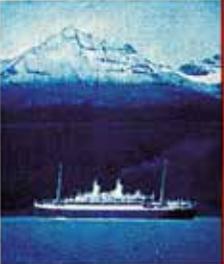
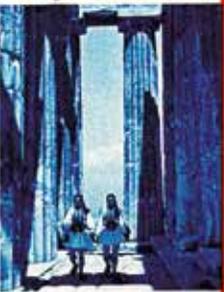
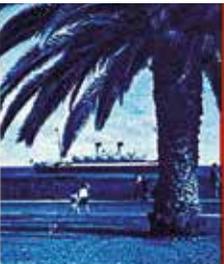
Wanderun.
22. APR. 1938

Big.

94842

Hamburg-Südamerikanische
Dampfschiffahrts-Gesellschaft
Wien I., Kärntnerstrasse Nr. 38

Schnellste und bequemste Verbindung nach und von Südamerika
mit den beliebten „Cap“-Schnelldampfern und den „Monte“-Einheitschiffen
Billige Touristen- und Erholungsreisen nach dem Orient, Mittelmeer, Madeira, Tenerife, Nordland,
Island, England, Schottland usw. Studienreisen nach Südamerika



Schreiben der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft über die Verschärfung von Visabestimmungen, 21. April 1938 Schon im April 1938 erweisen sich argentinische Konsulate als äußerst restriktiv bei der Vergabe von Visa für österreichische Antragsteller, die nach der Eingliederung in das Deutsche Reich das Land verlassen wollen.

seit 1876 gültigen Einwanderungsgesetz seinen Niederschlag, das eine zusätzliche Einreisegenehmigung unter Kontrolle der Außen-, Innen- und Landwirtschaftsbehörden vorsieht.

Dank

Für die Hilfe bei der Recherche gilt folgenden Institutionen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unser Dank:

Argentinien

Archivo del Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto, República Argentina, Buenos Aires

Australien

Department of Foreign Affairs and Trade, Canberra
Fairfax Syndication, Sydney
National Library of Australia, Canberra
Pymont History Group, Sydney
State Library of New South Wales, Sydney

Belgien

Collection CEGES, Brüssel
Christian Carez, Brüssel

Bolivien

Fundación Universitaria Simón Patiño, Cochabamba

Chile

Archivo General Histórico, Ministerio de Relaciones Exteriores de Chile, Santiago de Chile

Dänemark

Danmarks Nationalbibliotek, Kopenhagen
Nationalmuseet, Kopenhagen

Deutschland

Abendakademie Mannheim
Akademie der Künste, Berlin
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Archiv der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Marburg
Archiv Udo Klüm, Varel
Auswärtiges Amt/Politisches Archiv, Berlin
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
Bundesarchiv, Berlin
Bundesarchiv-Bildarchiv, Koblenz
Centrum Judaicum Archiv, Berlin
Collegium Carolinum, München
Deutsches Literaturarchiv, Marbach
Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main
Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Kiel
Gedenkstätte Buchenwald, Weimar
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin
Institut für Zeitgeschichte, München
John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin
Jüdisches Museum Berlin
Landesarchiv, Berlin
Landesarchiv Baden-Württemberg/Staatsarchiv Freiburg, Freiburg i. Br.
Sammlung Wolfgang Haney, Berlin
Staatsbibliothek zu Berlin
Stadtarchiv Stuttgart
SZ Photo, München
Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin
Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin

Frankreich

Archives départementales d'Indre et Loire, Tours
Archives départementales de la Haute-Savoie, Annecy
Archives départementales de la Somme, Amiens
Archives diplomatiques du Ministère des Affaires étrangères, La Courneuve
Archives Nationales, Paris
Bibliothèque Nationale, Paris
Évian Resort, Thonon-les-Bains

Irland

Getty Images International, Dublin
National Archives of Ireland, Dublin

Israel

Central Zionist Archives, Jerusalem
Nachlass Eli Carmel, Pardes Chana
Yad Vashem Archives, Jerusalem

Kanada

Library and Archives Canada, Ottawa

Kolumbien

Biblioteca Nacional de Colombia, Bogotá

Neuseeland

Alexander Turnbull Library, Wellington

Nicaragua

Hospital San Juan de Dios, Granada

Niederlande

Herinneringscentrum Kamp Westerbork, Hooghalen
Koninklijke Bibliotheek, Den Haag
Nationaal Archief, Den Haag
Universitätsmuseum Utrecht
Widerstandsmuseum Amsterdam

Norwegen

Arbeiderbevegelsens arkiv og bibliotek, Oslo
Nasjonalbiblioteket, Oslo
Oslo-Museum, Oslo

Österreich

Archiv der Universität Wien
Österreichische Nationalbibliothek, Wien
Österreichisches Staatsarchiv, Wien

Polen

Narodowe Archiwum Cyfrowe, Warschau

Rumänien

Arhive Naționale Istorice Centrale, Bukarest

Russland

Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Kinofotodokumentov, Moskau
Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau

Schweden

Riksarkivet, Stockholm

Schweiz

Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich
Archives d'État de Genève, Genf
Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
Staatsarchiv Basel-Stadt, Basel
Staatsarchiv des Kantons Bern, Bern
United Nations Archives, Genf
Universal Postal Union, Bern
Zentralbibliothek Zürich

Spanien

Biblioteca Nacional de España, Madrid
Instituto Homeopático y Hospital de San José, Madrid

Uruguay

Archivo Historico-Diplomatico, Ministerio de Relaciones Exteriores, Montevideo

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

Foreign & Commonwealth Office, London
Hackney Archives, London
Imperial War Museum, London
National Portrait Gallery, London
The Wiener Library for the Study of the Holocaust & Genocide, London

Vereinigte Staaten von Amerika

American Jewish Joint Distribution Committee Archives, New York, NY
Bauer Rare Books, San Diego, CA
Chabad Media Center, Brooklyn, NY
Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, NY
Harry S. Truman Presidential Library and Museum, Independence, MO
Jewish Telegraphic Agency Archives, New York, NY
Library of Congress, Washington, DC
Minnesota Historical Society, St. Paul, MN
National Archives, College Park, MD
National Archives Personnel Records Center, St. Louis, MO
United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC

Trotz aller Bemühungen konnten nicht für alle Dokumente und Bilder die Rechteinhaber ermittelt werden. Im Falle berechtigter Ansprüche bitten wir, sich mit dem Veranstalter in Verbindung zu setzen.

Besonderer Dank gilt den Familienangehörigen von jüdischen Emigranten und Teilnehmern der Évian-Konferenz, die uns Material aus ihrem Privatbesitz zur Verfügung gestellt haben:

François Bressy
Irene Freudenheim
Harriet und Bill Mohr
Veronica Ingrid Piñero Wiengreen
Ida Thompson-Ranicki
Rodrigo Uprimny
Terence Wrong

Für ihre großartige Unterstützung danken wir sehr herzlich:

Valérie Chevillet, Évian Resort

Irmela Roschmann-Steltenkamp, Bibliothek des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin

Dr. Juliane Wetzel und Prof. Dr. Dorothee Wierling, Freunde und Förderer des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin e.V.

Impressum

Geschlossene Grenzen – Die Internationale Flüchtlingskonferenz von Évian 1938

Eine Ausstellung des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Konzeption und Projektleitung

Dr. Winfried Meyer

Wissenschaftliche Mitarbeit

Frédéric Bonnesoeur
Dr. Isabel Enzenbach
Martin Jost
Christine Kausch
Thomas Lindner
Julia Pietsch

unterstützt von

Saskia Beyer
PD Dr. Barbara Dröscher
Dr. Marcus Funck
Karoline Georg
Dikla Katz
Veronika Kiesche
Prof. Dr. Klaus Neumann

Gestaltung

Bettina Kubanek

Übersetzung

Toby Anne Axelrod
Uwe Heyser
Jake Schneider
Jane Yager

Lektorat

Birgit Kaiser

Projektbuchhaltung

Niels van Wieringen

Videos

Sebastian Luhdo

Ausstellungsbau

Torsten Spielhagen,
Technische Universität Berlin

Druck Ausstellungstafeln

Schulz & Schulz GmbH

Ausstellungskatalog

Herausgeber

Frédéric Bonnesoeur
Christine Kausch
Thomas Lindner
Dr. Winfried Meyer
Julia Pietsch

Gestaltung

Bettina Kubanek

Satz

Judith Miller

Druck

Laserline Druckzentrum Berlin

ISBN 978-3-9820069-0-1

Juli 2018



Zentrum für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin
Ernst Reuter-Platz 7
10587 Berlin

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13–14
10785 Berlin
wechselausstellungen@gdw-berlin.de

Die Ausstellung wurde gefördert durch



friede springer stiftung



